

d'Lëtzebuerger **Land**

Land

Unabhängige Wochenzeitung für Politik,
Wirtschaft und Kultur

#15 65. Jahrgang 13. April 2018



5 453000 174663



4,00€

Nicht erschrecken!

In der Debatte für oder wider mehr
Wachstum, beziehungsweise mehr oder
weniger Industrie, beschwichtigt Fedil-
Direktor René Winkin

Beschwerte Kindheit

Die Bedeutung von Bildung in der
frühen Kindheit steigt: Der Staat fördert
das und setzt dadurch Eltern – und
vor allem Kinder – zunehmend unter
Leistungsdruck

„Fage ist nur ein Beispiel“

Umweltministerin Carole Dieschbourg
(Déi Gréng) im Interview über die
Trinkwasserversorgung der nahen und
ferneren Zukunft und was das mit der
Joghurtfabrik und Rifkin zu tun hat

Foto: Sven Becker

Interview mit Umweltministerin Carole Dieschbourg (Grüne) über die Trinkwasserversorgung in der nahen und fernerer Zukunft und was das mit der Joghurtfabrik und Rifkin zu tun hat

„Fage ist nur ein Beispiel“

Interview: Peter Feist

d'Land: Frau Ministerin, verbrauchen die Leute zu viel Wasser? In einer Präsentation zum Weltwassertag am 22. März sagten Sie, der tägliche Trinkwasserverbrauch betrage 120 000 Kubikmeter, das seien 200 Liter „pro Person“. In Deutschland liegt der Pro-Kopf-Verbrauch bei 124 Litern und in den meisten EU-Ländern nicht bei 200 Litern.

Carole Dieschbourg: Die 120 000 Kubikmeter Gesamtwasserverbrauch sind unserer spezifischen Situation geschuldet, auch unserer Wirtschaft. Wenn wir ihn auf die Einwohner runterbrechen, hören sich 200 Liter nach viel an. Bedenkt man, dass da auch der Bedarf der 180 000 Grenzpendler inbegriffen ist, und zieht ihn ab, kommen wir auf 137 Liter pro Ansässigen. Damit liegen wir in einem europäischen Schnitt. Aber mit Blick auf die Zukunft ist unser Verbrauch hoch, zu hoch.

Laut EU-Statistikamt Eurostat ist die Nachhaltigkeit der Trinkwasser-Ressourcen in 13 EU-Staaten „relativ gering“, darunter auch in Luxemburg. Das sind Trends, die über 20 Jahre gerechnet werden und anscheinend das Nachhaltigkeitsmaß sind.

Eigentlich hat Luxemburg genug Wasser. Jährlich fallen pro Quadratmeter Landesfläche im Schnitt 800 Liter Regen. Das ist einerseits gar nicht wenig, andererseits können wir nicht für mehr sorgen. Außerdem liegt Luxemburg auf der Wasserscheide zwischen Rhein und Maas und hat kleine Gewässer mit begrenztem Nutzungspotenzial. Die Hälfte unseres Trinkwassers kommt aus dem Stausee. Es käme noch infrage, Flusswasser zu Trinkwasser aufzubereiten, und wir lassen zurzeit studieren, ob das im Moseltal möglich wäre. Wir müssen den Quellschutz weitertreiben und uns Sparstrategien geben. Sind Ressourcen begrenzt, muss man schauen, wie man sie sinnvoll einsetzt. Deshalb habe ich zum Weltwassertag gesagt, dass unser Sparpotenzial längst nicht ausgereizt ist und wir unsere Hausaufgaben machen müssen.

Wer soll sparen? Glaubt man Eurostat, betrug 2015 der Jahres-Trinkwasserverbrauch Luxemburgs pro Kopf 42,2 Millionen Kubikmeter. Geteilt durch 365 Tage ergibt das rund 116 000 Kubikmeter. Aber die fallen laut Eurostat allein für die Privathaushalte an. Zu Landwirtschaft, Industrie oder Dienstleis-

tungsbranche steht da nichts. Verbrauchen die so wenig oder fehlen Daten?

Die Landwirtschaft verbraucht in Luxemburg tatsächlich wenig Wasser, die Industrie derzeit auch. Die Dienstleistungsbranche wird den Haushalten zugeordnet. Sparen müssen wir dennoch in allen Bereichen. Wir haben sowohl eine Studie über die Entwicklung von Bedarf und Versorgungskapazität mit Horizont 2040 anfertigen lassen, als auch eine über Einsparpotenziale. Da wurde immer auch sektoriell gerechnet. Je nachdem, wie ehrgeizig vorgegangen würde, könnte drei Szenarien zufolge bis 2040 der Verbrauch um 14 Prozent, um 26 beziehungsweise 31 Prozent gesenkt werden. Wobei das dritte Szenario allerdings ziemlich disruptiv wäre. Es würde strenge Restriktionen bedeuten, hohe Investitionen im Baubestand und einen enormen Kraftaufwand. Unternähmen wir dagegen gar nichts, wäre bei anhaltendem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum Mitte der 2030-er Jahre damit zu rechnen, dass der Spitzenverbrauch die Produktionskapazität übersteigt.

Wobei Spitzenverbrauch heißt?

Bei täglich rund 120 000 Kubikmetern lag 2016 unser Durchschnittsverbrauch. Ihm standen 177 600 Kubikmeter Versorgungskapazität gegenüber, davon 70 000 aus dem Stausee der Sebes, 66 000 aus Quellen und 41 600 aus Tiefbrunnen, die die Sebes und andere Wasserversorger für dringende Fälle in Reserve halten. Schreibt man die Bedarfsentwicklung fort, wofür wir ebenfalls eine Reihe Szenarien angenommen haben, dürfte der Durchschnittsverbrauch 2040 bei 170 000 Kubikmetern täglich liegen. Der Spitzenverbrauch dagegen betrug schon 2016 rund 160 000 Kubikmeter. Deshalb hatten wir in dem trockenen Sommer damals eine „Phase orange“ ausgerufen. Dass wir erst für Mitte der 2030-er mit Problemen zu Spitzenzeiten rechnen, liegt daran, dass 2021 der Ausbau der Sebes-Aufbereitungsanlage fertig wird. Die kann dann pro Tag 40 000 Kubikmeter Trinkwasser zusätzlich bereitstellen und die Gesamtversorgungskapazität steigt auf knapp 218 000 Kubikmeter. Kritisch werden könnte die Lage allerdings schon 2021 unmittelbar ehe der Sebes-Ausbau zum Abschluss kommt – falls der Spitzenbedarf dann ähnliche Formen annimmt wie 2016 und wir weiter wachsen wie bisher.



Das Trinkwasser-Reservoir Rebiert des interkommunalen Syndicat des eaux du Sud

Trifft es zu, dass im „weiter wachsen“ die neuesten Großverbraucher noch nicht inbegriffen sind – das Datenzentrum von Google mit seinem Kühlwasserbedarf und die Fage-Joghurtfabrik – und es schon 2019 oder 2020 Probleme geben könnte?

Das stimmt. Von Google liegt noch kein konkretes Projekt vor, so dass ich dazu nichts sagen kann. Wird die Fage-Molkerei gebaut, wächst der Durchschnittsbedarf auf einen Schlag um bis zu 3 500 Kubikmeter täglich. Das ist viel, fast so viel wie der Bedarf von 20 000 Einwohnern. Erschwe-

rend kommt hinzu, dass die Tiefbrunnen der Sebes nicht dauerhaft genutzt werden können.

Das sind die Reserven für Notfälle?

Dauerhaft anzapfen können wir die generell nicht, sonst würden diese Grundwasserreservoirs übernutzt. Aber nach dem Unfall, durch den 2014 die Pestizide Metazachlor und Metolachlor in den Stausee gerieten, haben wir umfassende Analysen über Rückstände in allen Reserven durchgeführt und fanden die Pestizide auch in den Tiefbrunnen. Deshalb aktivieren wir die derzeit nicht ganz.

Wie lange wird das noch dauern?

Wir arbeiten daran, sie wieder nutzen zu können. Den Einsatz des Maisanbau-Herbizids Metolachlor haben wir ganz verboten, den von Metazachlor stark eingeschränkt. Wir sehen, dass die Belastung der Tiefbrunnen abnimmt, aber es braucht Zeit, bis die Rückstände wieder weg sind.

Wenn 2016 der Durchschnittsbedarf 120 000 Kubikmeter täglich betrug und die Versorgungskapazität 177 600, die aber auf 136 000 Kubikmeter gesunken ist, weil die 41 600 in den Tiefbrunnen nicht nutzbar sind – was folgt daraus?

Dass wir 2021 in den Spitzen eventuell Probleme bekommen könnten, je nachdem, wie wir wachsen, und wir die Leute dann aufrufen müssten, zu sparen – wofür wir einen Maßnahmenkatalog aufgestellt haben. Sparen müssen wir sowieso. Ob es Probleme gäbe, hinge auch vom Wetter ab. Es wären vielleicht ein paar problematische Wochen in einem Jahr. Andererseits fände ich es kein gutes Zeichen, wenn jeder sparen müsste ...

... damit die Joghurtfabrik gebaut werden kann?

Ich meine, es wäre den Leuten politisch schwer zu erklären, dass eine kollektive Anstrengung wegen eines großen Betriebes nötig sein soll. Besser ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit so ein Betrieb sich niederlassen kann, ohne dass es zu Problemen führt.

Sie meinen, das Fage-Projekt kommt zu früh, wäre nach der Sebes-Erweiterung besser?

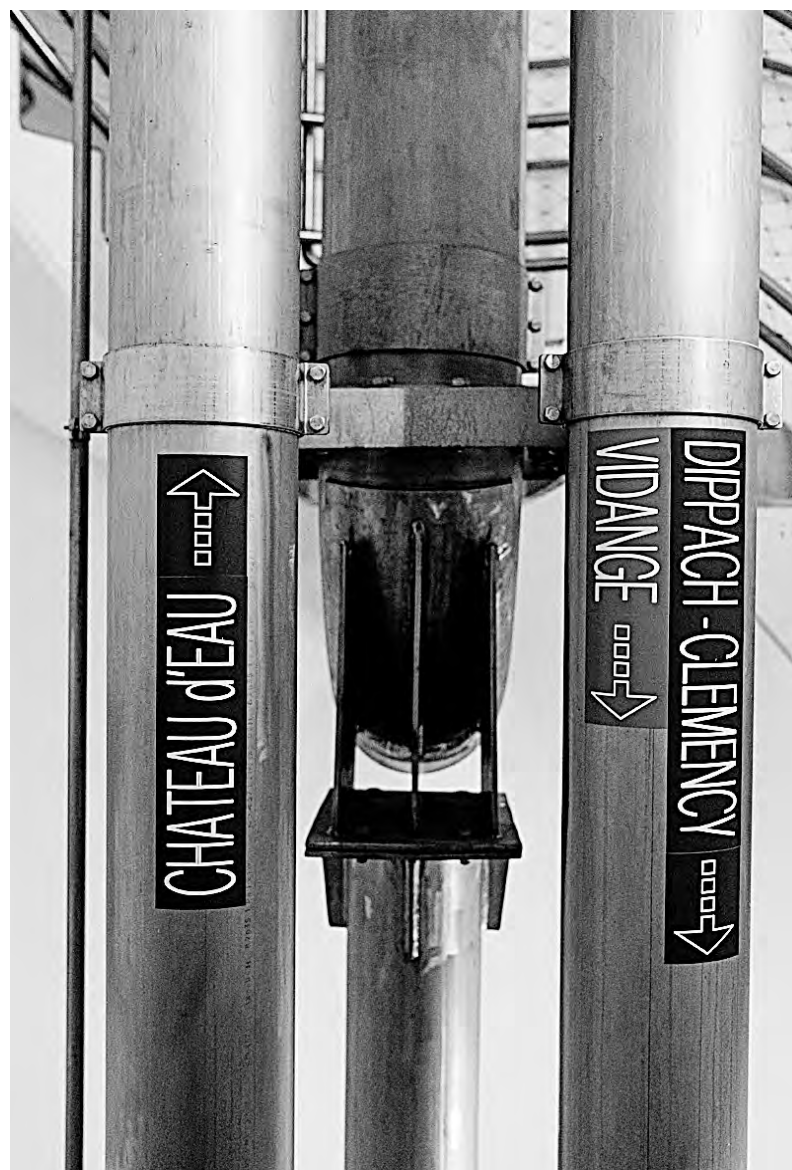
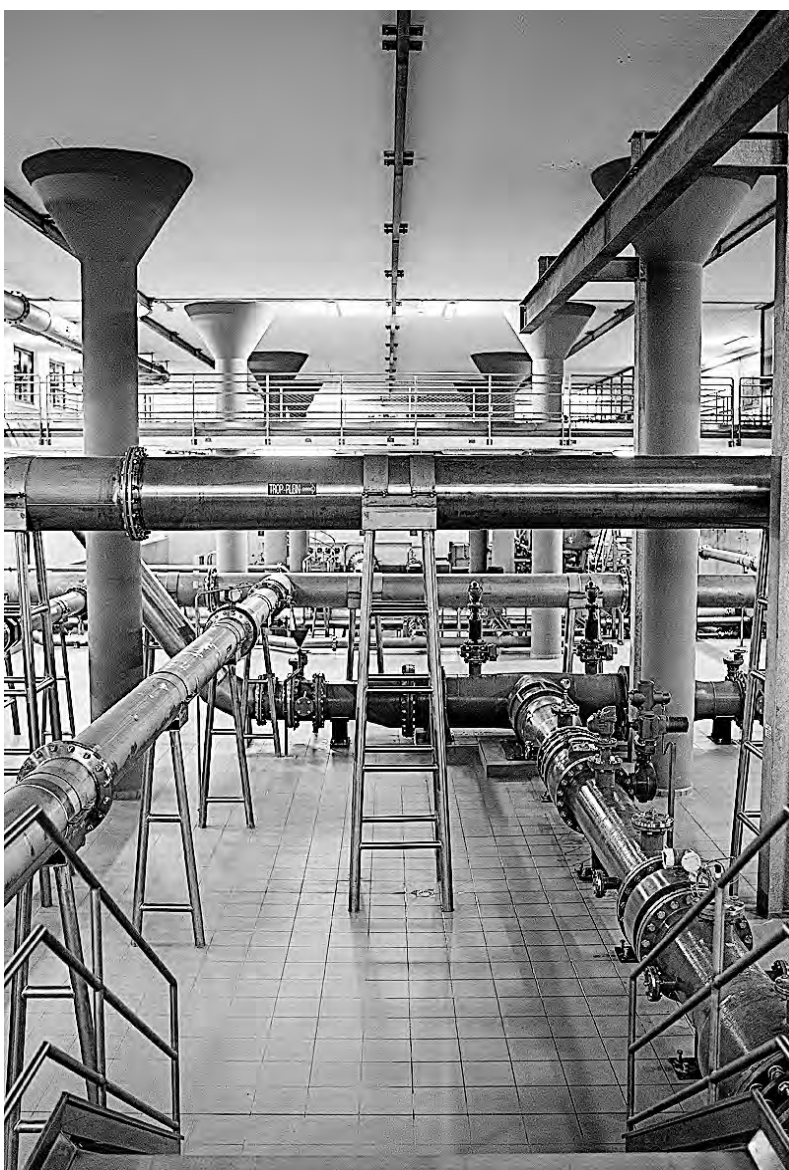


„In Spitzenzeiten könnte es mit der Versorgung schon 2019 oder 2020 schwierig werden, wenn wasserintensive Betriebe sich hier niederlassen“

Fage ist nur ein Beispiel. Die Frage stellt sich, wie wir mit unseren Ressourcen umgehen. Wichtig ist, dass wir erkennen, dass wir Prioritäten setzen und konsequente Entscheidungen treffen müssen, wenn wir wollen, dass auch die nächste Generation ihren Wasserhahn aufdrehen und bedenkenlos Wasser von dort trinken kann.

Sie haben aber selber gesagt, es könnte schon 2019 oder 2020 schwierig werden, wenn wasserintensive Betriebe hinzukommen, denn in Ihren Szenarien von „croissance constante“ kommen die nicht vor.

Deshalb arbeiten wir unter anderem auch daran, dass die kommunalen Trinkwasserquellen, die in den letzten Jahren wegen Pestizid- und Nitratbelastungen geschlossen werden mussten, bald wieder genutzt werden können. Dadurch wird der Beitrag aus den Quellen um sieben Prozent zunehmen, was dem Bedarf von 50 000 Personen gleichkommt. Zusammen mit den Gemeinden werden wir auch ermitteln, welche Leckverluste es in den Trinkwassernetzen gibt, womöglich sind sie beträchtlich. Klar muss sein, dass wir vorausschauend planen und alle Hebel in Bewegung setzen müssen, damit die Situation sich verbessert. Und dass man nicht beliebig viele wasserintensive Betriebe ansiedeln kann. Die Spezifik des kleinen Landes muss wirtschaftspolitisch in Betracht gezogen werden. Klar muss auch sein, dass Wasser zu verbrauchen ebenso wie zum Beispiel die Luft



zu belasten, einen Kostenpunkt hat. Der muss in politische Entscheidungen mit einfließen. Denn es ist auf die Dauer nicht richtig, wenn die Allgemeinheit – und das ist in Umweltbelangen leider oft so – diese Kosten trägt und die bei den Entscheidungen zuvor nicht berücksichtigt wurden.

Was meinen Sie damit?

Die Joghurtfabrik einzurichten, wird nicht nur ein Challenge, weil sie als Lebensmittel-Produktionsbetrieb auf jeden Fall Trinkwasser braucht, sondern wird auch Infrastrukturkosten verursachen: Man braucht Leitungen, eventuell neue Wassertürme für den Druckausgleich im Netz und so fort. Das hat Auswirkungen für die Leute in der Region. Das Trinkwasser-Syndikat SES wird sich Wasser von der Sebes zukaufen müssen. Da sind wir beim Kostendeckungsprinzip für die Trinkwasserversorgung über den Preis – für die Abwasserbehandlung gilt das auch, von der haben wir noch gar nicht gesprochen.

Kann die Regierung, wenn sie meint, die Joghurtfabrik sollte realisiert werden, mit staatlichen Subventionen helfen oder tragen diese Kosten die Wasserverbraucher?

Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung zum Fage-Vorhaben, die zurzeit läuft, hat die Gemeinde Bettemburg uns ein Schreiben geschickt, in dem sie schätzt, dass in den 22 Mitgliedsgemeinden des SES-Syndikats die Wasserpreise womöglich schon dieses Jahr um 25 Prozent angehoben werden müssten.

Schon dieses Jahr?

Das hat Bettemburg uns geschrieben. Ich kann nachvollziehen, dass die SES Infrastrukturweiterungen und einen Zukauf von Wasserverserven, damit sie genug im Netz hat, jetzt schon planen muss.

Wieso importieren wir nicht einfach Trinkwasser?

Das hat der Präsident der Fedil mich auch gefragt.

Es gab schon vor Jahren ein Angebot aus Deutschland an den damals für die Wasserpolitik zuständigen CSV-Innenminister Jean-Marie Halsdorf.

Und die Gemeinde Vianden beispielsweise arbeitet mit einer deutschen Gemeinde jenseits der Our in der Wasserversorgung zusammen.

Das funktioniert also schon?

In dem Fall ja. Für den Rest meine ich: Wasser ist eine natürliche Ressource und wie ich schon sagte, haben wir eigentlich genug davon. Dann ist es unsere Pflicht, unsere Ressource zu schützen und verantwortungsvoll zu nutzen. Nur so können auch künftige Generationen autonom bleiben, das ist eine Frage der Selbstbestimmung. Als Historikerin weiß ich außerdem, dass beim Fall großer Städte, zum Beispiel dem von Rom, stets wer die Macht über die Ressourcen besaß, bestimmte, was geschah.

Man muss sich zurzeit zwar Sorgen über die Zukunft der EU machen, aber wird nicht gerade in Umweltbelangen stark kooperiert? Für grünen Strom und Klimaschutzprojekte zum Beispiel?

Natürlich, und mit Autonomie meine ich nicht Abschottung. Wir arbeiten zum Beispiel mit Belgien sehr eng im Einzugsgebiet der Sauer zusammen. Mit Frankreich und Deutschland kooperieren wir auch. Trotzdem wäre es ein schlechtes Zeichen, wenn wir nicht selber verantwortlich mit unserem Wasser umgehen und uns einem externen Lieferanten ausliefern würden. Wir können heute schon zeigen, dass Prävention besser ist, als belastetes Wasser aufzubereiten: Wo im ländlichen Raum Wasser aufbereitet werden muss, bezahlen die Leute zwischen 30 und 50 Cent pro Kubikmeter mehr, während die Finanzierung von Präventionsmaßnahmen 17 bis 20 Cent kostet. Ist man autonom, kann man außerdem bestimmen, welche Grenzwerte gelten sollen. Wir haben in Luxemburg einen niedrigen Grenzwert für die



Carole Dieschbourg

Abbauprodukte von Pestiziden festgelegt, das begründen wir auch gegenüber der Landwirtschaft. Würden wir Wasser importieren, hätten wir weniger Einfluss auf den präventiven Wasserschutz an der Quelle im Ausland.

Andererseits ist Luxemburg eine Boom-Region. Im Ausland haben Boom-Regionen vermutlich ebenfalls einen hohen Wasserbedarf, doch dank des größeren Hinterlands fällt das weniger auf.

Schon richtig, aber ich bekomme von Umweltminister-Kollegen aus anderen Ländern immer wieder gesagt, sie würden Luxemburg beneiden, weil sich hier offenbar eine Debatte über die Grenzen des Wachstums und den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen entwickelt. In größeren Ländern, wird mir gesagt, sei die eigentlich auch nötig, werde aber verschleppt. Die Debatte über unseren ökologischen Fußabdruck ist notwendig und eine Chance, unseren Standort nachhaltiger und zukunftssicherer aufzustellen.

Aber ist es nicht so: Luxemburg will kein Standort für Briefkastenfirmen und kein Steuerparadies mehr sein...

... ganz richtig!

Klassische Industriebetriebe verbrauchen uns aber zu viel Wasser, wie die Fage-Fabrik, oder belasten die Luft, wie die Steinwolffefabrik von Knauf. Die immaterielle Industrie aber bekommen wir wegen fehlender Arbeitskräfte auch nicht richtig entwickelt: Hört man Etienne Schneider und Claude Meisch zu, könnte man meinen, schon jeder Grundschüler sollte Programmierer werden. Wie soll künftig gewirtschaftet werden in Luxemburg?

Wir leben weltweit und gerade im stark industrialisierten Nordteil der EU über unsere Verhältnisse und beziehen in unsere Entscheidungen die Ökologie zu wenig ein. Dieses Problem ist gar nicht neu, aber selten so ersichtlich wie nun bei uns.

Man könnte sagen: Emissionen zu verursachen, ist ein Risiko für einen Betrieb, aber diese Überlegung wird zurzeit nicht ausreichend angestellt. Als Umweltministerin sage ich, wir können kein System wollen, das ökologisch an die Wand fährt. Wir stecken zum Beispiel mitten in einem sechsten Artensterben. Vielfach wird heute behauptet, es schade Luxemburgs Ruf, wenn die Ansiedlung bestimmter Betriebe in Frage gestellt wird. Ich finde diese Aussage paradox, aber die Frage nach dem Image ist gar nicht falsch. Wie ist denn die Reputation eines Landes, das Strafe zahlen muss, weil es seine Gewässer durch veraltete Kläranlagen belastet oder seinen Bürgern nicht genug Trinkwasser zur Verfügung stellen kann? Wollen wir Luxemburg nicht promovieren als einen Standort, in dem die Wirtschaftsentwicklung möglichst entkoppelt wird vom Energieverbrauch, dekarbonisiert ist und ganz ressourcenschonend? Unsere öffentlichen Finanzen haben ein Triple A. Unser Sozialstaat funktioniert. Wir brauchen auch ein Triple A in der Umwelt, müssen uns der Diskussion über lebenswerte Städte stellen, brauchen ein gut funktionierendes öffentliches Gesundheitssystem, gute Infrastrukturen und müssen all das nach außen sichtbar machen. Das sind auch wichtige wirtschaftliche Standortfaktoren.

Jetzt machen Sie Wahlkampf.

Nein, wir brauchen eine Debatte über unsere Optionen. Dazu gehört auch, dass wir uns fragen, was wir auf unseren öffentlichen Industrieflächen ansiedeln, jetzt schon. Als Umweltministerin führe ich vor allem eine Ressourcendiskussion.

Und der Wirtschaftsminister sieht das anders.

Etienne Schneider und ich haben nach einer Regierungsratssitzung gesagt, dass wir uns für die Zukunft bereits vorab Vorgaben geben müssen, was gewollt ist. Und es nicht so sein soll, dass der eine Minister rausgeht und sagt, da kommt ein Betrieb, der investiert so und so viel und schafft

so und so viele Arbeitsplätze, und viel später bekommen wir das Dossier, sehen, welcher Wasserverbrauch damit verbunden sein wird, wie viele LKW-Bewegungen, wie viele Emissionen, und dann sagen wir: Oh, das wird aber problematisch! Künftig muss klar sein: Unser Territorium ist begrenzt, unsere Ressourcen ebenfalls. Wir können nicht länger so tun, als planen wir auf einem weißen Blatt. Daraus kann man eine durchaus attraktive Wirtschaftspolitik machen.

Aber wie wollen Sie das kodifizieren? Ein Investor orientiert sich doch an Bestimmungen in Gesetzen und Verordnungen, zum Beispiel über Grenzwerte.

Der Rahmen dafür muss definiert werden. Die Diskussion darüber ist in der Regierung im Gange. In Zukunft soll mit Investoren schon vorab

sondiert werden, was ihr Projekt an Emissionen und Ressourcenverbrauch mit sich brächte.

Kann man erwarten, dass ein Investor sich dem aussetzt und diesen Aufwand betreibt, um später womöglich festzustellen, dass es doch nichts wird in Luxemburg und das Geld zum Anentwickeln seines Projekts in den Sand gesetzt wurde?

Dass man sich an Regeln halten muss, ist in jedem Land so, und es gibt Regionen, die bekannt dafür sind, ganz innovativ und Qualitätsstandorte zu sein. Da schafft man eine Nische. Im Space Mining machen wir es ja gerade...

... welches sogar die Wachstumsgrenzen des Planeten sprengen würde.

Ich will dieses Projekt hier nicht bewerten. Aber wenn wir zum Beispiel Klimaschutzziele haben, dann haben wir die Verpflichtung, uns so einzurichten, dass wir sie einhalten, auch mit unserer Wirtschaftsentwicklung. Wenn wir das tun, kann sich daraus eine Chance für eine positive Reputation ergeben,

Sieht Etienne Schneider das genauso?

Das ist die Vision im Rifkin-Bericht zur „dritten Industriellen Revolution“. Etienne Schneider hat Jeremy Rifkin nach Luxemburg geholt. Rifkin hat nichts anderes empfohlen, als eine kluge ökonomische Entwicklung anzustreben, die vom Ressourcenverbrauch entkoppelt und dekarbonisiert ist. Wir hatten in den letzten Wochen immer wieder Diskussionen. Wir sind uns darüber einig, wie wir die Politik zur Ansiedlung von Betrieben in Zukunft ausrichten. Sonst würden wir uns ja nicht mehr an die Ziele halten, die sich die Regierung nach dem Rifkin-Bericht gegeben hat. Die Frage ist eher, wie gehen wir jetzt mit einem Beispiel um, das Rifkin noch nicht entspricht? Ich finde, man kann sich nicht ein Leitbild geben, aber dann etwas anderes wollen. Diese Diskussion führen wir zurzeit.

**Is the most valuable job
the one you don't have?**

ey.com/lu/joinadvisory



The better the question. The better the answer. The better the world works.

EY
Building a better
working world

© 2018 Ernst & Young Business Advisory Services S.à R. L. All Rights Reserved.

In der Debatte für oder wider Wachstum und Industrie versucht Fedil-Direktor René Winkin mit Argumenten zu beschwichtigen

Nicht erschrecken!



René Winkin

Michèle Sinner

Was ist qualitatives Wachstum? Die Frage, meint der Direktor der Industriellen-Föderation Fedil, René Winkin, sei eigentlich sehr einfach zu beantworten. Für ihn ist qualitatives Wachstum solches, das durch Produktivitätssteigerungen entsteht, statt dass mit jedem zusätzlichen Prozent Wirtschaftsleistung ein zusätzliches Prozent aktive Bevölkerung einhergeht. Mit gleichen oder weniger Ressourcen – seien es Energie, Wasser, Land, Mitarbeiter – mehr Wirtschaftsleistung bringen, vereinfacht er. Die Fedil hat ihre Pflichtrunde bereits absolviert und vor dem Urnengang im Oktober alle Parteien getroffen. Sehr schnell, binnen Minuten, berichtet Winkin, sei dabei jeweils die Diskussion auf das Thema Wachstum geschwenkt. In den vergangenen Monaten hatte sich die Wachstumsdebatte durch die Projekte für eine Joghurtfabrik in Bettemburg und eine Steinwollefabrik in Sanem aufgeladen (siehe Seiten 2-3 und nebenstehend), die nicht nur auf lokaler Ebene auf Widerstand stoßen, sondern auch für einen offen ausgetragenen Konflikt zwischen den grünen und sozialistischen Ministern führten. „Team Diechbour“ bemängelt, die Projekte seien nicht Rifkin-konform, entsprächen nicht den in der Rifkin-Studie festgelegten Zielen zur nachhaltigen Entwicklung der heimischen Wirtschaft. „Team Schneider“ hält dagegen, die Projekte seien vor Festlegung der Rifkin-Strategie eingereicht worden; der Wirtschaftsminister setzt seither im Wahlkampf als einziger voll auf wohlstandversprechendes Wachstum. Die anderen Parteien bemühen sich zu definieren, was denn qualitatives Wachstum bedeutet.

Dafür, dass Wachstum in Luxemburg gesamtwirtschaftlich betrachtet in naher Vergangenheit nach der Formel ein Prozent mehr Bruttoinlandsprodukt, ein Prozent mehr Erwerbsbevölkerung entstanden sei, hat Winkin eine Erklärung parat, die mit der Industrie nichts zu tun hat: In den vergangenen Jahren sei der Pflegebereich stark ausgebaut worden, die Kinderbetreuung ebenfalls. Neue Stellen seien vornehmlich im parastaatlichen Bereich geschaffen worden und manche staatlichen Verwaltungen hätten sich ebenfalls verstärkt. Eine notwendige Anpassung, urteilt der Fedil-Direktor, die aber makroökonomisch zum bekannten Ergebnis geführt habe.

Obwohl die Debatte um das Wachstum wegen der unangenehmen Begleiterscheinungen wie Lärm, Schwertransporte und Schadstoffemissionen vor allem auf eine Diskussion für oder wider Schwerindustrie hinausläuft, habe er keine Partei angetroffen, die „Anti-Industrie“ sei, sagt Winkin. Eher gehe es darum, welche Unternehmen man im Einzelnen für wünschenswert hält und welche nicht. Ob es möglich ist, eine solche Auswahl aufgrund von rechtlich verbindlichen Kriterien zu treffen? „Nein“, meint Winkin. Die Fedil warnt davor, einen rechtlich sehr restriktiven Rahmen zu formen, beispielsweise aufgrund des Landverbrauchs, um zu verhindern, dass sich Firmen wie Knauf, Fage oder Google, die große Grundstücke benötigen, niederlassen. „Denn“, meint Winkin, „als erstes würde an einer solche Hürde wahrscheinlich die Straßenbauverwaltung scheitern, die einen neuen Hangar braucht“. Ein rechtlich zu enger Rahmen, gibt er zu bedenken, bedürfe Ausnahmeregelungen, und viele Ausnahmeregelungen, fügt er hinzu, „sind nicht gut“.

Eine Prioritätenliste von der Regierung findet der Industriellenverband begrüßenswert, wenn sie nicht völlig ausschließe, das solche Unternehmen, die darauf nicht stehen, sich gar nicht mehr niederlassen, beziehungsweise weiterentwickeln können. Winkin plädiert für „klare, objektive“ Kriterien. Für Schadstoffemissionen heißt das für ihn: nationale Obergrenzen. Ein neues Unternehmen, dessen Produktion die Einhaltung der Obergrenzen in Gefahr bringe, müsse entweder Maßnahmen treffen,

um den Ausstoß zu reduzieren oder könne nicht starten. Bei der Festlegung der Obergrenzen dürfe man allerdings die Dynamik der Entwicklung, den Trend, nicht aus den Augen verlieren. Denn durch neue Technologie und Standards, aber schlicht auch aus Kostenursachen, gingen die Schadstoffemissionen in der Industrie eigentlich zurück, gibt Winkin zu bedenken. Den gleichen Trend gebe es beim Energie- und beim Landverbrauch. Das liegt am technischen Fortschritt. Aber auch daran, dass die

Steinwolle

Stein des Anstoßes

Michèle Sinner

„Die Frage ist ja, warum will man ein Unternehmen wie Knauf nicht“, sagt Fedil-Direktor René Winkin, „es muss dafür ja einen Grund geben, die Entscheidung kann nicht auf einem Gefühl beruhen.“ Ab da wird es problematisch. Datenmaterial gibt es reichlich. 238 Seiten mit 14 Anhängen reichte die Firma zur Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU) ein, soviel, dass sich die Gemeinden Sanem und Differdingen in ihrer gemeinsamen Stellungnahme beschwerten, die wichtigen Informationen seien in der schier Masse von Angaben nicht wiederzufinden. Da sich aber auch die Zahlen drehen, wenden und interpretieren lassen, trägt die Debatte für oder wider den Bau einer Steinwollefabrik die Züge eines Glaubenskrieges.

Knauf möchte im Industriegebiet Paafewee eine Produktionsanlage bauen, die jährlich mehr als 110 000 Tonnen mineralische Steinwolle herstellt. Laut Knauf sollen hauptsächlich Elemente zur Isolation von Fassaden dort produziert werden, ob sie geklebt werden oder belüftet sind, zur Isolation von Flachdächern und Metall-Sandwich-Paneele, die nach Frankreich, Deutschland und in die Benelux-Länder geliefert werden sollen. Dafür ist eine Flä-

„Es ist aus wirtschaftlichen und ökologischen Ursachen sinnvoll, so nah wie möglich an den Zielmärkten zu produzieren.“ Siân Hughes, Knauf Insulation

che von circa 15,5 Hektar notwendig. Um die Wolle herzustellen, wird Basaltgestein auf 1 400 Grad erhitzt. Dafür würden 236 Gigawattstunden Energie gebraucht, die aus dem Verbrennen von Koks und Erdgas entstehen, und ein bisschen Strom ist auch notwendig. Die Fabrik soll laut UVU maximal 750 Kilogramm Schwefeloxyd (SOx) täglich ausstoßen, jährlich also 280 000 Kilo, dazu 100 000 Kilo Stickstoffoxyde (NOx), 180 000 Kilo Ammoniak und 135 000 Kilo Steinwollfasern. Die Gemeinden befürchten zudem 4 000 Tonnen Abfall jährlich, gepresster Staub, der entsorgt werden müsse, ohne dass es dafür die notwendigen Deponien gebe.

Auf Nachfrage erklärt Knauf dem *Land*, die SOx-Emissionen würden unter denen liegen, die laut der bestmöglich erhältlichen Technologie vorgesehen seien, der Ammoniakausstoß hänge davon ab, welche Produkte hergestellt würden. Im Schnitt seien es 300 Kilo täglich, nur gelegentlich 500 Kilo, wie in der UVU beantragt, weiß Knauf von Schwesterfabriken im Ausland. Die neue Fabrik werde einen Energieverbrauch von 169,9 Gigawattstunden haben, die beantragten 236 GWh seien für den Fall vorgesehen, dass alle Energiesparmaßnahmen fehlschlagen würden. „Energie“, so Siân Hughes in einer Mail ans *Land*, „ist ein großer Kostenpunkt für unser Unternehmen, den Verbrauch so niedrig wie möglich zu halten, ist deshalb in unserem eigenen Interesse.“ Das gleiche gelte für die Abfallentsorgung. Daher habe sich Knauf das Ziel gesteckt, bis 2020 an allen Produktionsstandorten weltweit gar keinen Abfall mehr zu produzieren, der auf Deponien entsorgt werden muss, die für den Paafewee beantragten Mengen, ein Lastwagen täglich, seien der „Plan B“.

Ist das viel? Ist das wenig? Berechtigterweise sorgt sich der Sanemer Bürgermeister Georges Engel (LSAP) um die gesundheitliche Belastung der Anrainer. In Sichtweite der Gemeinde, die sich dagegen wehrt, dass der Verkehr aus Niederkerschen zu ihr umgeleitet wird, gibt es zwei Elektrostahlwerke von Arcelor-Mittal und Kronospan, die für Schadstoff- und Lärm- und Verkehrsbelastung sorgen. Ob die

Wenn es nicht genug Wasser für Fage gebe, könne das Wassersyndikat der Südgemeinden in den kommenden Jahren auch keine 20 000 neuen Einwohner versorgen, führt René Winkin aus

Industrie in den vergangenen Jahren nicht immer so gute Konjunktur hatte wie heute. Mit der Schließung des Stahlwerks in Schifflingen ist ein großer Stromverbraucher und Schadstoffemittent von der Landkarte verschwunden; durch die Schließung des Gasturbinenwerks in Esch, dem bis dahin größten nationalen Gasverbraucher, ein weiterer.

Der Grundstücksmangel bleibt für alle Unternehmen, groß oder klein, ein Problem, auch wenn die von Infrastrukturminister François Bausch (déi Gréng) für Ostern versprochenen Sektorpläne 600 neue Hektar für Gewerbegebiete vorsehen. Sind diese Flächen für die gewerbliche Nutzung vorbestimmt, bleiben sie einstweilen in privater Hand. Bis sich dort Firmen entwickeln können, gibt Winkin zu bedenken, müssen alle Genehmigungsprozeduren zur Einrichtung der Gewerbezone absolviert und die notwendigen Infrastrukturarbeiten durchgeführt werden. Das kann dauern. Soll Luxemburg überhaupt neue Industrie fördern, wenn die Grundstücke knapp sind? „Belval, Schifflingen, Wiltz, ...“ entgegnet Winkin, die Industrie habe in den vergangenen Jahren viele Flächen freigegeben, die bereits einer anderen Nutzung zugeführt wurden oder auf denen dies bevorsteht.

„Wir müssen uns fragen, wie wir auf die Entwicklung in den nächsten 20 Jahren vorbereitet sind“, sagt der Fedil-Direktor auf den Wasserverbrauch der Industrie angesprochen, und darauf, dass konkrete Projekte drohen, zu Engpässen bei der Versorgung zu führen. Bei der Strom- und Gasversorgung sei dies in den vergangenen Jahren

bereits in Angriff genommen worden. Allerdings befinde sich bei Strom und Gas die Infrastruktur in einer Hand, gibt Winkin zu bedenken, die Importe werden kaum in Frage gestellt. Ums Wasser hingegen, kümmern sich die verschiedenen Gemeindegremien. Wenn die Ansiedlung eines Unternehmens Infrastrukturarbeiten, einen neuen Anschluss voraussetze, müsse es entweder bei der Finanzierung helfen, warten bis der Anschluss verlegt ist „oder sich woanders niederlassen“. Dass die Ansiedlung neuer Unternehmen dazu führen könnte, dass eventuelle Engpässe eher eintreten, „das muss man zugeben“, so Winkin. Doch wenn es nicht genug Wasser für Fage gebe, könne das Wassersyndikat der Südgemeinden in den kommenden zwei Jahren auch keine 20 000 neuen Einwohner versorgen, führt der Fedil-Direktor aus – die Bevölkerung wächst laut Statec im Schnitt jährlich um 11 000 Einwohner. Immigranten kommen natürlich auch, weil die Wirtschaft wächst. Schuld daran ist laut Industriellenverband aber weniger die Industrie, als andere Branchen. „Die Beschäftigung in der Industrie ist seit Jahren stabil“, so der Direktor. Auch in guten Jahren seien immer wieder Sozialpläne durchgeführt worden. „Die Kadenz der Ankündigungen neuer Industrieprojekte im vergangenen Jahr hat wahrscheinlich dazu beigetragen, die Debatte [ums Wirtschaftswachstum und die Industrie] anzuhetzen. Und auf ein Jahr betrachtet mag dies spektakulär erscheinen.“ Doch angesichts der Investitionsflaute in den Jahren davor beschwichtigt Winkin: „über mehrere Jahre betrachtet, sollte uns dies nicht erschrecken.“

verwaltung nicht, dazu fehlen die Statistiken. Aber dass sie gefördert wird, steht außer Zweifel. Bei der Entscheidung, diese Dämmstoffe zu fördern, habe sich das Wohnungsbau- gegen das Umweltministerium durchgesetzt, heißt es im Hintergrund. Das Umweltministerium sei prinzipiell dagegen, Dämmstoffe zu fördern, zu deren Herstellung fossile Energie wie Koks notwendig ist. Aber das Wohnungsbauministerium habe zusätzliche Bremsen beim Bau von dringend notwendigen Wohnungen befürchtet.

In der Praxis, berichten Bauunternehmer, führt das zu folgender Situation: Styropor und Steinwolle erzielen gute Dämmwerte und das bei im Vergleich zu anderen Materialien relativ dünnen Schichten. Styropor ist billiger als Steinwolle und wird deshalb beim Blick auf die Marge bevorzugt eingesetzt. Styroporfassaden sind aber nur schwer zu recyceln. Sie brennen außerdem schnell, weshalb sie in der Stadt Luxemburg nur noch im Erdgeschoss eingesetzt werden dürfen. In höheren Etagen wird dann die teurere Steinwolle angebracht. Nach dem Feuer im Grenfell-Tower in London ist das Bewusstsein für den Brandschutz gestiegen und durch die Energiesparbestimmungen steigt die Nachfrage nach Steinwolle, wie Siân Hughes von Knauf bestätigt. Gebäude, rechnet die in Brüssel basierte Lobbyistin vor, seien für 40 Prozent des Energiebedarfs und 38 Prozent der CO₂-Emissionen in der EU verantwortlich. Durch gute Dämmung könnten 70 Prozent des Energiebedarfs eingespart werden, was wäre, als wenn man 43 Millionen Autos von der Straße nehmen würde. „Wir beliefern Europa ab unseren Fabriken in Deutschland, Slowenien, Kroatien, Serbien und dem Vereinigten Königreich, aber das ist nicht nachhaltig angesichts der steigenden Nachfrage in Frankreich, Deutschland und den Benelux-Ländern. Stein wiegt schwer im Transport, und es ist aus wirtschaftlichen und ökologischen Ursachen sinnvoll, so nah wie möglich an den Zielmärkten zu produzieren.“ Luxemburg bleibe der bevorzugte Standort für das neue Werk, so Hughes. Angaben darüber, wie weit die Planungen am Alternativstandort Yutz fortgeschritten sind, wollte sie nicht machen.

Leitartikel

Öffentlich ist nicht Mist

Peter Feist

Anfang der Woche sah es nach Krach im Gesundheitswesen aus. Da protestierte der Ärzteverband AMMD, dass die CNS die Labors benutze, um die Ärzte zu kontrollieren und Geld zu sparen: Anfang Januar war für die Analyselabors eine neue Gebührenordnung in Kraft getreten, nach der sie ihre Leistungen mit der Kasse verrechnen. Zum 1. April endete die Übergangsphase. Dann sollte, schrieb der CNS-Präsident den Labors Anfang März, von ihnen kontrolliert werden, ob ein Arzt mehr verschrieben hat, als in dem neuen Tarifwerk steht, das unter anderem „Anti-Kumul-Bestimmungen“ enthält. Würden die verletzt, werde die CNS die Abrechnung „en bloc“ zurückweisen, auch für Analysen, deren Kumul nicht zu weit geht. Im Grunde müsste der Patient dann zurück zum Arzt gehen, damit der weniger verschreibt.

An den Anti-Kumul „werden wir uns natürlich nicht halten!“, kündigte AMMD-Präsident Alain Schmit an. Schließlich ist dem Arzt Verschreibungs- und Therapiefreiheit garantiert, sie einzuschränken, schade dem Patienten. Schmits Punkt war aber noch ein anderer: Dass die CNS Abrechnungen von Labors überhaupt „en bloc“ ablehnen kann, liegt daran, dass für Labors der *Tiers payant* gilt und die Kasse Laborkosten direkt übernimmt. Jener *Tiers payant*, von dem die AMMD fürchtet, er werde womöglich

von der nächsten Regierung auch für die Ärzte „verallgemeinert“, weil zu viele Parteien sich in ihr Wahlprogramm schreiben könnten, was sich vergangenes Jahr die Online-Petitionärin Jill Sterba gewünscht hatte und was mehr als 7 100 Leute auch so sahen. Am Beispiel der Labors sehe man, wohin das führen würde, so die AMMD: Ein *Tiers payant généralisé* für den Arzt wäre gesundheitsschädlich, *quod erat demonstrandum*.

Unrecht hatte der Ärzteverband mit seiner Kritik an der Weisung der CNS an die Labors nicht. Weshalb die Kasse schon vor den Osterferien ein erstes Mal eingelenkt hatte, aber das sagte die AMMD nicht. Vergangene Woche schloss die CNS sich der Idee des Laborverbands an: Steht auf einer Analyse-Verschreibung zu viel auf einmal, kann der Patient entweder zurück zum Arzt gehen und sich ein regelkonformes Rezept holen, oder nur jene Analysen vornehmen lassen, die den Anti-Kumul nicht verletzen, und die anderen nicht, oder sich drittens für sämtliche Analysen entscheiden und aus eigener Tasche bezahlen, was über den Anti-Kumul hinausgeht. Zu vermuten ist, dass der Kompromiss auch die AMMD zufrieden stellt. Denn sie hatte geklagt, es sei schon bisher so gewesen, dass der Patient im Labor zuzahlte, wenn es für eine Leistung nach der alten, hoffnungslos veralteten Gebührenordnung keinen Tarif gab. Und ihr Widerstand

gegen den *Tiers payant généralisé* erklärt sich auch daraus, dass es für einen Arzt dann weniger leicht wäre, als *Convenance personnelle* mit dem berühmten Zusatz „CP“ etwas in Rechnung zu stellen, wofür es keinen Kassentarif gibt.

Das sind ziemlich komplexe Zusammenhänge, die überdies beunruhigend sind: Welcher Patient kann schon einschätzen, welche Laboranalyse nicht so wichtig wäre oder für welche eine Extra-Ausgabe Sinn macht? Nur der mit einem abgeschlossenen Medizinstudium? Dass die CNS versucht, an den Laborleistungen vielleicht nicht zu sparen, aber auf jeden Fall nicht zu viel dafür auszugeben, sieht man an den „Anti-Kumul-Regeln“. Daraus folgt im Grunde zweierlei: Erstens, dass den *Tiers payant généralisé* einzuführen, nicht einfach wäre. Zweitens, und vor allem: Es wäre nötig, dass die öffentliche Gesundheitsversorgung ein Wahlkampfthema wird und die Parteien sich dort äußern, wie das System „zukunftsfähig“ gemacht werden kann. „Weiter so“ ist keine Option. Denn seit zwei Jahren schon entsteht der Eindruck – sei es durch überfüllte Notaufnahmen, den Mangel an MRT-Apparaten oder jetzt das Hin und Her um die Labors – dass ein öffentliches System ineffizient, träge und nicht auf dem neuesten Stand ist. Das ist gefährlich. Die Alternative „mehr privat“ hieße mehr Zwei-Klassen-Medizin.

blog

Kosten für genau 85 251 Geburten hat die öffentliche Krankenkasse CNS zwischen 2006 und 2015 übernommen, das ist einer Studie zu entnehmen, die die CNS anfertigen ließ. In Luxemburg wurden 58 727 Entbindungen registriert, weitere 26 524 Geburten geschahen im Ausland. Offenbar steigt der diesbezügliche Ausgabenposten, und zwar für einheimische Frauen um 22 Prozent zwischen 2006 und 2015, durchschnittlich entfielen 7 870 Euro auf eine Frau, das sind Ausgaben für Laboruntersuchungen, Arztbesuche, Hebamme, Windeln und anderes mehr. [ik](#)

Personalie

Personalie

Gesellschaft

Gesellschaft

Justiz

Lydia Mutsch,

LSAP-Gesundheitsministerin, muss sich Kritik seitens des Staatsrats für ihren Gesetzentwurf anhören, der Cannabis auf Rezept für bestimmte Krankheiten erlauben soll. Allerdings nur während einer Pilotphase von zwei Jahren, und zudem soll die Verschreibung ausschließlich Fachärzten vorbehalten sein. Der Staatsrat sieht darin eine unzulässige Einschränkung der freien Arztwahl. Zumal durch die Liste der zulässigen Krankheiten, für die Cannabis-Medikamente verschrieben werden können, der Einsatzbereich eh streng beschränkt sei. Die Liste findet der Staatsrat zu vage formuliert, der sich auch darüber wundert, dass die Ministerin, offenbar darauf bedacht, dass mit der psychoaktiven Substanz kein Missbrauch betrieben werde, ausgerechnet keine Begrenzungen für die maximal zu verschreibende Menge vorgesehen hat. Außerdem spricht sich der Staatsrat dagegen aus, Strafen für Ärzte, die das Medikament wider besseren Wissens ausgeben, ins Strafgesetzbuch zu schreiben, dies in einer Logik der Entkriminalisierung. Ärzte sollten in Weiterbildungen über die Wirkstoffe und den Einsatzbereich von Cannabis geschult werden, so der Rat noch, der im Nebensatz bedauert, dass die Weiterbildung von Medizinern nur tropfenweise in diversen Gesetztestexten geregelt wird, statt ein für allemal in einem Gesetz. [ik](#)

Jean Asselborn,



Außenminister (LSAP), verteidigte die luxemburgischen Asylprozeduren, die für alle Asylbewerber aus Krisenregionen und Kriegsgebiete dieselben sind. Seit fast zwei Wochen demonstrieren irakische Asylbewerber und fordern, als Flüchtlinge anerkannt zu werden und in Luxemburg bleiben zu können. Sie wännen sich schlechter behandelt als beispielsweise Afghanen oder Iraner. Luxemburg hat nach Aussage des Außenministers (Foto: Sven Becker) gegenüber dem *Luxemburger Wort* seit 2015 keine abgelehnten irakischen Asylbewerber zurück in die Heimat geschickt, sondern sie werden zunächst sechs Monate geduldet, die Duldung kann auf Antrag verlängert werden. Allerdings können die Flüchtlinge während dieser Zeit nicht legal arbeiten, eine der Forderungen der Iraker lautet daher, der Staat möge ihnen neben dem Bleiberecht auch eine Arbeitsberechtigung ausstellen. [ik](#)

MeToo ohne Folgen

Viel Konkretes zu berichten hatte Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) nicht auf die parlamentarische Anfrage von Parteikollegin Taina Bofferding. Sie hatte wissen wollen, wie weit das Phänomen der sexuellen Belästigung am Arbeitsplatz in Luxemburg verbreitet sei und wie oft Betroffene dagegen klagten, respektive ein Gerichtsverfahren mit der Verurteilung des Täters/der Täterin ende. Weil die Inseption du travail et des mines (ITM) keine Statistiken zur sexuellen Belästigung hat, fiel Schmits Antwort knapp aus: Nur sieben Beratungen der ITM erfolgten 2016 aufgrund sexueller Belästigung, eine Klage gab es nicht. Ein Jahr später waren es zwölf Beratungsgespräche und eine Klage, die die ITM erreichten. Obgleich sexuelle Belästigung nach dem Arbeitsrecht seit 2000 strafbar ist, konnte die ITM nicht sagen, ob eine diesbezügliche Klage jemals Erfolg hatte. [ik](#)

Es fährt kein Zug

Genervt vom Streik der französischen Eisenbahner sind nun Passagiere der SNCF ihrerseits in den Streik getreten. Weil sie sich als Geisel der streikenden Bahnangestellten fühlen, haben Grenzpendler aus Metz den Spieß kurzerhand umgedreht und weigerten sich, für die Fahrt nach Luxemburg ein Ticket vorzuweisen. In ihrem Protest werden sie unterstützt von Konsumenten und Fahrgastvereinigungen, der Streik der Passagiere ist nicht auf Metz oder Thionville begrenzt, sondern findet auch in anderen französischen Städten und Gemeinden Anhänger. [ik](#)

Es fahren mehr Züge

Die Zahl der täglichen Zuverbindungen zwischen Luxemburg und Deutschland soll ab Dezember 2019 nahezu verdoppelt werden, kündigte das Transportministerium via Pressemitteilung an. Außerdem sollen sämtliche Stationen zwischen Trier-Ehrang und Wittlich eine stündliche Direktverbindung nach Luxemburg erhalten. Hintergrund ist ein abgeschlossenes europäisches Vergabeverfahren für die so genannte Weststrecke, ein etwa 19 Kilometer langer Gleisabschnitt von Trier-Ehrang über Trier-West bis zur Grenze nach Igel, der ab Dezember 2019 reaktiviert werden soll. [ik](#)

Warten auf den Antrag

Am vergangenen Freitag wurde in Luxemburg der französische Staatsbürger Christian Elombo festgenommen, wie die Justizbehörden und das Justizministerium bestätigen. Das arabische Emirat Abu Dhabi hatte wegen des Vorwurfs der Entführung via Interpol nach Elombo fahnden lassen. Der Fall ist aus mehreren Ursachen delikat. Luxemburg und Frankreich haben in Dubai erhebliche Wirtschaftsinteressen zu verteidigen. Nachdem die besondere Zusammenarbeit mit dem Golfstaat Katar unglücklich verlief, sind die Emirate der bevorzugte Geschäftspartner am Golf. Luxemburg will 25 Millionen Euro für die Teilnahme an der Weltausstellung 2020 ausgeben. Dubai gehört zu den Ländern, die die Luxemburger Weltrauminitiative unterstützen. Cargolux ist eine Partnerschaft mit der Gesellschaft Emirates eingegangen. Der Entführungsvorwurf gegen Elombo, der als Fitnesstrainer im Oman gearbeitet hat, bezieht sich, wie sich aus Veröffentlichungen der Organisation Detained in Dubai aus London ergibt, auf Prinzessin Latifa Al Maktoum, Tochter des Premierministers und Scheichs von Dubai. Im Internet gibt es eine fast 40-minütige Videobotschaft einer jungen Frau, die aussagt, Latifa Al Maktoum zu sein, eine von drei Töchtern von Mohammed bin Rashid Said al Maktoum, die mit Vornamen Latifa heißen – „I’m the middle Latifa“ –, von einer Geschwisterschar von insgesamt 30 Kindern. Die junge Frau sagt, sie werde Dubai verlassen, offensichtlich gegen den Willen ihrer Familie, und dass sie befürchte, dies könne ihre letzte Videobotschaft sein, falls ihr dies nicht gelinge. Latifa soll versucht haben, sich



über Oman auf der Yacht des Franzosen Hervé Jaubert nach Indien abzusetzen, um von dort in die USA zu reisen. Die Yacht, berichtete die Organisation Detained in Dubai, soll vor Goa angegriffen worden sein, der Aufenthaltsort der Prinzessin sei unbekannt. Elombo war Anfang März in Oman festgenommen worden, weil er Latifa mit dem Auto durch Oman gefahren habe. Am 5. April meldeten seine Unterstützer auf ihrer *Facebook*-Seite: „Chris is free“. Am 6. April wurde er in Luxemburg verhaftet. Ein Auslieferungsantrag aus den Vereinigten Arabischen Emiraten ging bis Redaktionsschluss nicht bei den Luxemburger Behörden ein. Der Antrag muss laut Gesetz innerhalb von 18 Tagen auf diplomatischem Weg eingehen, die Frist kann auf 45 Tage verlängert werden. Liegt der Auslieferungsantrag vor, ist es Sache der Luxemburger Gerichte zu prüfen, ob der Haftbefehl gerechtfertigt ist. Die endgültige Entscheidung über eine Auslieferung trifft allerdings der Justizminister. Aus dem Justizministerium hieß es am Mittwoch auf Nachfrage des *Land*, im derzeitigen Stadium sei es unmöglich zu sagen, was bei einem eventuellen Auslieferungsantrag geschehen werde; das Gesetz sehe eine Reihe von Gründen für eine Ablehnung vor (Foto: Auszug aus der Video-Botschaft von Prinzessin Latifa). [ms](#)

Die Bedeutung von Bildung in der frühen Kindheit steigt: Der Staat fördert das und riskiert dadurch, Eltern – und vor allem Kinder – noch mehr unter Leistungsdruck zu setzen

Beschwerte Kindheit

Ines Kurschat

Es sollte ein Weckruf sein. Als eine Kindergartenleiterin aus dem Norden auf Facebook kürzlich per offenen Brief Alarm schlug, weil sie und Mitarbeiterinnen immer häufiger mit aggressiven Kindern konfrontiert seien, erfuhr sie eine Welle der Zustimmung. Weitere Erzieher, Lehrer, Psychologen und Gewerkschaften warnten unisono, die Zahl der verhaltensauffälligen Kinder hierzulande nehme zu. Auch Erziehungsminister Claude Meisch (DP) schaltete sich ein und betonte, wie viel der Staat in die Betreuung und Begleitung verhaltensauffälliger Kinder investiere.

Dabei geriet aus dem Blick, ob die Gewalt und Aggression in Kindergärten und auf Schulhöfen tatsächlich zunimmt. Bei dem Bevölkerungswachstum scheint es plausibel, wenn die Zahl von Kindern mit problematischem Verhalten ebenfalls steigen würde. Aber dafür, dass ein regelrechtes Gewaltdrama in Kindergärten und Tageshorten herrscht, gibt es derzeit keine belastbaren Daten. Gleichwohl investiert der Staat in Speziallehrer und Erziehungspersonal, in Mediatoren für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, in Kompetenzzentren für verhaltensauffällige Schüler, in geschlossene Heime, und, ginge es nach dem grünen Justizminister Félix Braz, möglicherweise bald in ein weiteres Jugendgefängnis, um diesen befürchteten Fehlentwicklungen Herr zu werden.

Nicht nur bei angeblich verhaltensauffälligen Kindern ist der Staat omnipräsent. Schon unter der vorigen Regierung wurde das Kinderbetreuungsangebot massiv ausgebaut. Familien- und Gleichstellungsministerin Marie-Josée Jacobs (CSV) begründete die Förderung der staatlichen Kinderbetreuung damals damit, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und so beiden Eltern, Mutter und Vater, zu ermöglichen, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Die Frauenerwerbstätigkeit, besonders die von luxemburgischen Frauen aus Haushalten mit höherem Einkommen, lag vergleichsweise niedrig, niedriger als bei ihren portugiesischen Gegenüber. Mit üppigen Subventionen sorgte ausgerechnet die CSV, die stets die klassische Kernfamilie in den Mittelpunkt ihrer Familienpolitik gestellt hatte, für einen Boom bei der Fremdbetreuung, der bis heute anhält und zwischenzeitlich dazu führte, dass private Betreiber wie Pilze aus dem Boden schossen – manche nur, weil sie das große Geld witterten.

Weil sich darunter also manch schwarzes Schaf tummelte, läutete die Politik als nächste Etappe die Qualitätsoffensive ein. Seitdem wurden, mit dem Argument, die Bildungschancen für alle zu verbessern, Personalschlüssel und Aus- und Weiterbildung des Erziehungspersonals verbessert, pädagogische Leitlinien entwickelt. Eine Debatte darüber, wie, wann und wo Kinder zu verantwortungsvollen und zufriedenen Erwachsenen von morgen erzogen werden, fehlt, beziehungsweise es gibt sie allenfalls in kleineren Zirkeln, etwa an der Universität oder im Erziehungsministerium unter Beamten, die die vielen Gesetze und Regeln formulieren, die für mehr Gerechtigkeit und Professionalität in der Branche sorgen sollen.

Wesentlicher Baustein hierfür ist der neu aufgelegte und kürzlich erschienene *Nationale Rahmenplan zur non-formalen Bildung im Kindes- und Jugendalter*. Er bildet die Grundlage für die inhaltliche und organisatorische Ausrichtung nicht bloß des Kinderbetreuungssektors, sondern auch von Jugendhäusern. Wer als Träger von der staatlichen Finanzierung per Dienstleistungsscheck profitieren will, muss seine Einrichtung entlang der im Rahmenplan formulierten Leitlinien organisieren und führen. Darin stehen in akademischem Deutsch entwicklungspsychologische und pädagogische Grundsätze: Etwa dass ein Kind aktiver Akteur seines Lernprozesses ist und dass die Aufgabe von Erziehern daher im Wesentlichen sein müsse, Situationen im Betreuungsalltag zu schaffen, in denen ein Kind sinnvolle und positive Lernerfahrungen sammeln kann. Anhand von Themenschwerpunkten, wie Gesundheit und Körperbewusstsein oder Natur-



Wenn ich groß bin, werde ich ... Von klein auf auf Lernen getrimmt?

Ohne bildungswissenschaftliche Vorkenntnisse ist der Rahmenplan kaum zu verstehen

wissenschaften, wird durchgespielt, wie solche Hilfestellungen aussehen könnten. Im Plan klingt das so: Kinder und Jugendliche sind „kompetente Individuen, welche als Ko-Konstrukteure von Wissen und Identität sowohl ihre eigenen Bildungsprozesse als auch die Lernkultur in non-formalen Einrichtungen aktiv mitgestalten“. Über die Rolle des Erziehungspersonals: „Pädagoginnen und Pädagogen sind Partnerinnen und Partner im Prozess der Ko-Konstruktion, die sich gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen auf kommunikative und kooperative Art Wissen und Kultur erschließen.“ Alltagssituationen seien „als Bildungsanlässe“ zu verstehen und „als Ausgangspunkt für die Kompetenzentwicklung von Kindern und Jugendlichen“ zu nutzen.

Ohne entwicklungspsychologische und bildungswissenschaftliche Vorkenntnisse sind solche Satzungen kaum zu verstehen. Und wie ist es wohl für Tageseltern, von denen viele außer einem Basiskurs keinerlei erzieherische Ausbildung haben und die meisten nicht einmal Deutsch können?

In dem in Zusammenarbeit mit dem Charlotte-Bühler-Institut für praxisorientierte Kleinkindforschung erstellten Rahmenplan stehen außerdem Leitlinien zur frühen sprachlichen Bildung. Der kindliche Spracherwerb wird darin beschrieben, als „ein ausgesprochen komplexer und langwieriger Prozess, der eng mit der sozialen, emotionalen, motorischen und kognitiven Entwicklung der Kinder verbunden ist“. Dabei verläuft der Prozess von Kind zu Kind verschieden, jedes Kind hat sein eigenes Lerntempo: Während das eine schon ganze Wörter spricht, brabbelt das andere noch Unzusammenhängendes. Kinderbetreuungseinrichtungen, die von staatlicher Subventionierung profitieren wollen, sind gehalten, 20 Gratisstunden der Spracherziehung in Luxemburgisch und Französisch anzubieten. Dafür muss mindestens ein Erzieher präsent sein, der sehr gut Französisch und je eine, die sehr gut Luxemburgisch spricht, und zwar auf dem Niveau eines C1 laut Europäischem Referenzrahmen, das sind annähernd muttersprachliche Kenntnisse. Denn, so die Autoren: „Entscheidend für das Gelingen einer kindorientierten und nachhaltigen sprachlichen Bildung

sind nicht zuletzt die pädagogische Qualifikation und das bewusste Sprachverhalten der Erzieherinnen und Erzieher, die täglich in den Einrichtungen mit den Kleinsten im Umgang sind.“ Deshalb brauche es „Fachkräfte, die ein profundes Wissen über den kindlichen Spracherwerb unter ein- und mehrsprachigen Bedingungen“ haben.

Auch die geplanten Mini-*Crèches* müssen diese Auflagen erfüllen, um die 20 Gratisstunden abrechnen zu können (siehe Kasten). Tagesmütter sind davon ausgenommen, weil der Staat davon ausgeht, dass sie als Einzelpersonen ohne Zusatzqualifikation die Anforderungen nicht erfüllen, dabei wäre theoretisch denkbar, dass eine Tagesmutter fließend zwei Sprachen spricht und diese gezielt mit den Kindern einsetzt und übt: Französisch am Mittagstisch oder Luxemburgisch beim Spielen beispielsweise. So wie das ja auch in einigen Weiterbildungen zur Mehrsprachigkeit vermittelt wird. Zugleich betonen die Autoren, dass es eben nicht um klassischen Sprachenunterricht mit Vokabeln und Grammatik gehe, sondern beide Sprachen „alltagsbezogen und spielerisch“ vermitteln werden sollen, und am besten auch die Herkunftssprachen der Kinder zu berücksichtigen sind; Singen und Reimen in mehreren Sprachen, als Vorbereitung auf die sprachliche und kulturelle Vielfalt Luxemburgs.

Und trotzdem wird man bei der Lektüre den Eindruck nicht los, dass so die Krippe mehr und mehr zum Lernort wird, an dem möglichst früh die Weichen gestellt werden, (Klein-)Kinder gezielt lernen sollen und somit als Folge die Vorbereitung auf schulische und gesellschaftliche Erwartungen immer weiter in die Kindheit vorverlegt werden. Dabei bleiben Anforderungen und Leistungsdruck in der Schule gänzlich unhinterfragt, die selbst aufgrund überfrachteter Lehrpläne, veralteter Unterrichtsmethoden und überhöhten Sprachanforderungen in der Kritik steht, noch wird das eigentliche Paradox analysiert: dass nämlich eine unbeschwerte Kindheit bis vor kurzem eigentlich bedeutete, von solchen Bildungserwar-

tungen ein paar Jahre verschont zu bleiben. Oder, wie es eine ehemalige Tagesmutter beschreibt, die ihren Namen nicht in der Zeitung lesen will: „Es ist ein Widerspruch in sich, dass die non-formale Bildung einen Bildungsrahmenplan braucht.“ Sie hat ihren Job als Tagesmutter aufgegeben: „Die Anforderungen, die der Staat an uns stellt, werden immer höher, aber wie wir das alles leisten sollen und wer das bezahlen soll, sagt niemand.“

Die gestiegenen Anforderungen in der frühkindlichen Bildung beschäftigen offenbar zunehmend auch Eltern. Noch sind es – von populistischen Parteien zu ihren Zwecken aufgebauscht – Einzelmeldungen, wonach Mütter und Väter versuchten, ihr Kind der zweisprachigen staatlichen Erziehung zu entziehen, seien es ausländische Eltern, die nicht sehen, wozu ihr Kind Luxemburgisch lernen soll, wenn sie bald wieder aus Luxemburg fortziehen, oder auch luxemburgische Eltern, die Schul-Französisch in quälender Erinnerung haben und ihre Kleinen davon möglichst lange verschonen wollen. Längst haben konservative Gruppierungen das Unbehagen aufgegriffen: *Mei Elteren, manner Staat* heißt eine Gruppe auf Facebook, die gegen die staatliche Einmischung in Erziehungsfragen agitiert. Dahinter steht Famill 2000, ein Verein, der für die klassische Kernfamilie eintritt, mit der Mutter als Fürsorgende, und wo manch Unterstützer zum rechten Flügel der CSV zählt.

Aber nicht nur sie warnen davor; auch unter Psychologen und Erzieher, das zeigt der Brandbrief der Kindergärtnerin, geht die Sorge um, es mit der Fremdbetreuung und den hohen Anforderungen vielleicht zu weit zu treiben. Die Schlüsselfrage, wie viel Bindung ein Kind braucht, um zu einem selbstsicheren autonomen Menschen heranzuwachsen, und ob es diese Bindungsfähigkeit am besten im Kindergarten mit Gleichaltrigen, in überschaubaren Gruppen oder zuhause durch einen beziehungsweise beide Elternteile findet und aufbauen kann, ist berechtigt. Eine Antwort fällt hierzulande auch deshalb schwer, weil es bei allen Vorgaben kein anerkanntes Qualitätslabel der Einrichtungen gibt.

Mini-Krippe als Alternative?

Bisher gibt es zwei Typen der gewerblichen Fremdbetreuung: Da sind die privaten oder konventionierten *Crèches* und *Maisons relais*, die, sofern sie sich an die Vorgaben des nationalen Rahmenplans halten, über *Chèques service* abrechnen können. Und da sind die Tageseltern, das sind in erster Linie geringer qualifizierte Frauen, die mit einer mehrtägigen Basisausbildung bis zu fünf Kinder gleichzeitig bei sich zuhause betreuen dürfen, wenn sie sicherheitstechnische und pädagogische Vorgaben erfüllen und vom Staat anerkannt sind. Auch sie müssen sich, um über die Dienstleistungsschecks abzurechnen, an die Vorgaben des Bildungsrahmenplans halten, ein pädagogisches Konzept vorweisen und sich regelmäßig von staatlichen Kontrolleuren überprüfen lassen.

Als dritte Möglichkeit soll es künftig Mini-*Crèches* für Kinder zwischen null und vier Jahren geben. Eine diplomierte Erzieherin und eine Tagesmutter könnten sich zusammenschließen, einen Raum mieten und dort bis zu elf Kinder gleichzeitig betreuen. So versucht der Staat, eine Lücke zu schließen: Gerade für die Bedürfnisse der ganz Kleinen sind kleine familiäre Gruppen eine Alternative zu den oft größeren, trubeligen *Crèches*. Außerdem braucht nicht jede Gemeinde eine *Maison relais*, in entlegenen Regionen fehlen ausreichend Kinder, um eine Einrichtung wirtschaftlich zu betreiben, so dass Mini-*Crèches* dort wie eine gute Lösung scheinen. Mini-Krippen könnten flexiblere Öffnungszeiten anbieten als kommunale, an Tarifverträge gebundene Strukturen und somit beispielsweise für Eltern, die im Schichtbetrieb arbeiten, interessant sein.

Ob sich allerdings genügend interessierte Anbieter für diese neue Betreuungsform finden werden, steht auf einem anderen Blatt. Tagesmütter ergreifen den Betreuungsjob oft, weil sie keine andere Ausbildung haben und weil sie bewusst daheim neben ihren Kindern weitere betreuen und so ein kleines Taschengeld hinzuverdienen können. Taschengeld trifft es, denn lukrativ ist der Betreuungsjob daheim schon lange nicht mehr: Seitdem die Kontrollen im Sektor strenger und zahlreicher sind und weil der Gesetzentwurf es Tageseltern verbieten will, sich neben der Mini-Krippe als Tagesmutter zu arbeiten. Weil zudem die Betreuung nicht im eigenen Zuhause stattfinden darf, sondern in einem Lokal extern, das denselben Sicherheitsauflagen unterliegt wie eine herkömmliche Kinderbetreuungseinrichtung, dürfte sich spätestens da manch Interessierte fragen, ob sich die Formel überhaupt rechnet. Tagesmütter klagen ohnehin, dass die Konkurrenz durch *Maisons relais*, insbesondere seit Einführung der 20 Gratisstunden Sprachförderung, die sie nicht abrechnen dürfen, immer größer werde und ihr schwieriger zu begegnen sei. Wenn der Staat von ihnen verlangt, immer höhere Qualitätsstandards zu erfüllen, Berichte und Konzepte zu schreiben, Weiterbildungen zu besuchen und sich in punkto Spracherwerb fortzubilden, wo bleibt dann noch Zeit für das Kind? ik



Extraits du premier épisode de *Better call Bettel*, qui deviendra une série, promet le DP. Celui-ci fut tourné lundi de Pâques à Diekirch, pour montrer que Xavier Bettel est le Premier ministre de tout le pays, si proche des gens normaux

Incommunicado

josée hansen

Buzz « C'est un incroyable succès ! » se réjouit Claude Lamberty, joint à Berlin cette semaine, « en une semaine, plus de 100 000 personnes ont vu ce petit clip, même l'Alde (Alliance des libéraux et des démocrates pour l'Europe, le parti libéral au Parlement européen, ndr.) l'a partagé... » Le député, conseiller communal de Hespérange et, depuis novembre dernier, aussi secrétaire général du DP, avait coordonné la campagne électorale de son parti pour les législatives de 2013 et suppose que, si tout va bien, les membres du parti le confirmeront au poste de secrétaire général lors du congrès national du 22 avril. Et lui donneront également mandat pour prendre en charge la prochaine campagne électorale. Le premier essai de cette campagne est le clip *Better call Bettel*, épisode 1, mis en ligne vendredi dernier, 6 avril, sur tous les canaux – site internet du parti, réseaux sociaux, YouTube –, pour être partagé des dizaines de fois par les membres du parti (ou ses critiques) et commenté sur de nombreux sites de médias classiques.

Caméra cachée On y voit Xavier Bettel, Premier ministre libéral en exercice et tête de liste de son parti pour les législatives, assis au café Misch à Diekirch, le téléphone portable allumé posé sur la table. Devant la fenêtre, dans la grand-rue de la tranquille bourgade de l'Esling, un vieux téléphone bleu ciel (la couleur du parti) a été installé sur un socle, bien ostensiblement au beau milieu de la ruelle. Quand le téléphone sonne, à l'improviste, des passants décrochent. « Bonjour, ici Xavier Bettel à l'appareil... Je voulais simplement savoir si vous alliez bien... » Alors il y a le monsieur qui, certes incrédule au début, se laisse toutefois impliquer dans une discussion sur les dossiers que le gouvernement a pris en main : la séparation entre l'Église et l'État, les transports en commun... Il y a aussi la dame d'un âge certain qui croit qu'il s'agit d'une de ces émissions de caméra cachée qui se moquent des gens et n'en revient pas quand Bettel sort du café pour venir la saluer. Et il y a ces deux jeunes gars qui affirment que la qualité de vie

est excellente dans le Nord du pays et qui profitent de l'arrivée de Bettel pour faire un *selfie* avec « le chef ». Qui ira poliment saluer leurs épouses et leurs enfants, dont le timide Tim, le tout suivi par deux équipes de caméra/son. Avant de les voir partir, Xavier Bettel rappelle encore aux dames un peu plus âgées, de ne pas oublier leur nourriture, puis leur enverra un chaleureux « Äddi ! » – et le clip est terminé.

Trois minutes douze de promotion montrant « l'homme Xavier Bettel tel qu'il est » explique Claude Lamberty, « si proche des gens, cherchant toujours le contact direct avec les citoyens, tel que nous le connaissons depuis vingt ans, d'abord comme conseiller communal et député, puis échevin, maire et maintenant Premier ministre ». Pour Lamberty, Bettel est « un Premier ministre qu'on peut toucher » et ce « non seulement dans la capitale, mais dans tout le pays... Ce n'est pas un hasard que nous ayons choisi de commencer notre petite série à Diekirch. » Le journal satirique *Feierkrop* moque toujours Bettel comme « le maire de tout le pays », qui ne saurait pas vraiment ce qui se passe de l'autre côté du *Hammer Dällchen*. Mais Lamberty ne veut pas en dire plus sur cette campagne, ni qui en est l'auteur (selon les informations du *Land*, il s'agit de Gotcha, la nouvelle boîte de communication des anciens animateurs de *RTL/Eldorado* Daniel Neppen et Ben Olinger), ni le budget. Ni, surtout, si on a réfléchi en amont au fait que l'avocat véreux Saul Goodman de la série Netflix *Better call Saul*, à laquelle le nom de la campagne fait référence, risque d'impliquer une image négative. « Nous laissons toute liberté au public d'interpréter la campagne et de faire les associations qui bonnes lui semblent », continue Claude Lamberty. Mais que, dans la logique du parti, la suite de la phrase serait : « Il vaut toujours mieux appeler Xavier Bettel que Claude Wiseler (CSV, ndr) si vous avez un problème... » Les passants, assure Lamberty, étaient vraiment là par hasard, et ont tous donné leur accord pour figurer dans le clip final.

Signifiants / signifiés Voilà pour les faits bruts. Voici ce que disent ces images – et ce qu'elles laissent implicitement entendre. Le téléphone d'abord : Qui a encore un si vieux appareil ? À l'heure des téléphones portables, que les jeunes n'utilisent même plus pour téléphoner, mais de plus en plus pour toutes sortes d'applications de *chat* et d'animation, l'objet en soi fait vieux jeu. Il y a eu plein de clips avec des téléphones dans l'histoire de la communication politique – pour le président Johnson, en 1964, pour Hillary Clinton en 2008 e.a. – mais dans ces campagnes-là, c'était le candidat qu'on appela, lors d'une grave crise politique, et les clips signifiaient qu'il fallait élire une personne responsable à la Maison Blanche pour quelle puisse prendre les meilleures décisions pour le pays, afin que les enfants puissent continuer à dormir tranquilles. Or, chez Bettel, ce ne sont pas les citoyens qui ont un problème et peuvent appeler le Premier ministre et candidat à sa propre succession, mais c'est lui qui les appelle, c'est lui qui s'inquiète ainsi du bien-être de son peuple – et signifie au passage que c'est lui qui a besoin d'eux. D'ailleurs le dénommé Steffes de l'épisode de Diekirch trouva que ce n'était pas au Premier ministre de le remercier pour leur petit entretien, mais que normalement, ce devraient être les citoyens qui le remercient, lui.

Il y a six ans, l'artiste française Sophie Calle avait installé une cabine téléphonique conçue par Frank Gehry sur le pont de Garigliano à Paris, qui était censé fonctionner selon le même principe que *Better call Bettel* : un appel impromptu et à l'improviste de l'artiste aux passants aléatoires. Mais le projet n'a pas fonctionné, soit parce que l'artiste n'a pas appelé assez souvent, soit parce que les passants n'ont pas décroché. Vandalisée, l'œuvre a disparu assez vite. Le téléphone de Xavier Bettel n'a été installé que pour une après-midi, jusqu'à ce que les séquences soient enregistrées, ce n'est donc pas comme si les citoyens intéressés avaient une sorte de ligne permanente vers le pouvoir politique. Mais ce téléphone, pour aussi fac-

Ce téléphone, pour aussi factice qu'il soit, est censé signifier le lien entre Xavier Bettel et son peuple – comme dans *La Voix humaine* de Jean Cocteau

tic qu'il soit, est censé signifier le lien entre Xavier Bettel et son peuple – comme dans *La Voix humaine* de Jean Cocteau, où une femme s'accroche désespérément à un dernier coup de fil avec son « chéri », son amant, qu'elle sait perdu.

L'amant perdu Alors, est-ce que Xavier Bettel est cet amant perdu du peuple luxembourgeois ? Le portrait que dresse de lui le correspondant à Bruxelles de *Libération* Jean Quatremer, le 9 avril dans la quotidien français, est étonnant parce qu'il n'a visiblement pas rencontré le même homme politique que celui que les Luxembourgeois côtoient depuis deux décennies. Quatremer le trouve « tout de componction et de retenue, là où Juncker embrasse et tutoie tout le monde » ce qui serait « une rupture épistémologique dans l'histoire politique du Luxembourg ». C'est tout faux, parce que Bettel est tout le contraire : il doit sa carrière à sa proximité des gens, à son entretient et à son talent « d'arranger les choses », que ce soit un renard dans le jardin ou un souci avec un enfant – en tant qu'élus local, ce fut son principal capital. Parce qu'« il manque d'épaisseur, ce n'est pas un homme

de dossiers, il ne travaille pas beaucoup » affirme un « responsable de sa majorité » face à Quatremer.

Et c'est cette discordance entre les promesses et la réalité, entre le dire et le faire qui étonne le plus dans la nouvelle campagne. Parce que ces jours-mêmes, l'artiste belge Wim Delvoye avait affirmé dans de nombreux interviews (*Le Quotidien*, *Paperjam.lu*, *Land*, *Radio 100,7...*) que Xavier Bettel, avec lequel il s'entendait bien pourtant, ne décrochait plus le téléphone pour lui expliquer pourquoi sa *Chapelle* allait être démontée au Mudam. Le même Xavier Bettel, si proche des gens, qui se montre plein d'empathie pour les malades, les pauvres, les enfants, les étrangers et les victimes d'actes terroristes sur les réseaux sociaux et avait promis une meilleure communication de ce gouvernement, plus de transparence sur le travail de la coalition DP/LSAP/Verts, a fait marche arrière une fois assermenté. Contrairement aux promesses, il n'y a pas eu plus, mais nettement moins de transparence et de communication : en quatre ans et demi, seuls 43 briefings sur les décisions du conseil de gouvernement se sont tenus, dont un seul cette année, et ces rencontres avec la presse sont extrêmement expéditives, dix minutes, un quart d'heure au maximum. Alors que sous Jean-Claude Juncker, elles étaient hebdomadaires, sauf exception, pouvaient durer jusqu'à une heure et demie, et constituaient un vrai dialogue, avec la possibilité de poser autant de questions qu'on voulait. Pourtant, le gouvernement a fait installer les moyens techniques pour la retransmission de ces briefings via le site *gouvernement.lu* (pour 57 000 euros) et en a largement fait la publicité en amont – sauf que le contenu manque. En outre, le programme du conseil de gouvernement n'est plus publié non-plus. Donc les plus simples acquis d'un minimum de transparence ont été abolis. La mise en scène à Diekirch et dans tous les autres villages bienheureux qui vont suivre ne convainc pas. *Le téléphone pleure*, chanta Claude François un an après la naissance de Bettel, en 1974.

Petite analyse sémiologique de la campagne *Better call Bettel*. Ou : la personnalisation à outrance du pouvoir politique qui nous attend durant la campagne électorale pour les législatives du 14 octobre

Deutsche Bank

Ausstand



Der neue Chef der Deutschen Bank, Christian Sewing, will aufräumen

Martin Theobald, Berlin

Einst war sie die ganze Pracht des deutschen Bankenwesens: das Kreditinstitut, das den Namen des Landes stolz im Titel führte. Es galt als eines der größten, feinsten, besten und irgendwie auch unantastbaren Geldhäusern der Welt. Einst. Heute steht die Deutsche Bank vor großen Schwierigkeiten, vielleicht den umfassendsten Problemen in der knapp 150-jährigen Geschichte der Bank. In den vergangenen drei Jahren machte sie unentwegt Verluste, der Aktienkurs büßte extrem an Wert ein, es gab zu viele Rechtsstreitigkeiten und Skandale, sie erwirtschaftete zu geringe Erträge, vor allem aber fehlt es an einer unternehmenspolitischen Strategie, wie der Konkurrenz US-amerikanischer und britischer Banken begegnet werden kann.

Das soll nun Christian Sewing richten, der am vergangenen Wochenende zum Vorstandsvorsitzenden des Frankfurter Hauses gemacht wurde. Sewing, der Deutsche Bank-Lehrling aus Bielefeld, hat 27 seiner 29 Berufsjahre bei der Bank verbracht – auf allen Sprossen der Karriereleiter und mit Stationen in Frankfurt am Main, Hamburg, London, Singapur und Tokio. Er ist der jüngste Chef, den das Kreditinstitut je berief, wohl aber auch einer derjenigen, der das Haus am besten kennt. All das ist Fluch und Segen zugleich. Denn als bisherige Vize-Chef hat Sewing die Strategie seines Vorgängers John Cryan mitgetragen und einen nicht unerheblichen Teil davon sogar selbst umgesetzt.

Kaum war Sewing im Amt, wurde ihm ein weiterer Makel angehängt: Er sei nicht die erste Wahl von Deutsche Bank-Aufsichtsratschef Paul Achleitner gewesen. Dieser habe wochenlang in ganz Europa nach einem geeigneten Nachfolger des Briten Cryan gesucht, bei Goldman Sachs, UBS und Unicredit angeklopft und überall sich nur Körbe eingehandelt. Zu groß war die Furcht an der Aufgabe zu scheitern, das Institut wieder zu dem zu machen, das es einst war. Wer auch sollte sich diese Herkulesaufgabe zutrauen, wenn selbst John Cryan daran gescheitert war. Er wollte eigentlich bleiben. Nach drei Jahren im Job habe dieser gerade erst angefangen Spaß zu machen, sagte er. Doch das wollten die Investoren nicht mehr. Auch wenn sie nicht alle Sewing wollten.

Doch Achleitner wurde am vergangenen Wochenende nicht müde, eine neue Ära einzuläuten. Mit dazugehörendem Kulturwandel. In den sozialen Medien gibt sich das Bankhaus hipp und modern, denkt unter anderem über die Entwicklung Europas nach und entwirft Szenarien für die Europäische Union jenseits des Nationalstaats. So viel Denkfreiheit hat indes die konservativen Werthüter aufgeschreckt, die bereits befürchten, dass die Deutsche Bank künftig gemeinsame Sache mit der politischen Linken machen werde. Doch so weit wird der Kulturwandel nicht gehen. Denn hier ist der Lackmустest, inwieweit er überhaupt sich dem Investment

Einst galt die Deutsche Bank als eines der größten, feinsten, besten und unantastbaren Geldhäusern der Welt. Der Ruf ist ramponiert

Banking annehmen wird. Das ist eben jener Bereich, der lange Zeit das meiste Geld für die Bank abgeworfen hat – und die Bank in die tiefste ihrer Misere schickte. Beim Handel mit Aktien, Anleihen und Rohstoffen im großen Stil, bei Fusionen und Übernahmen lässt sich schnell viel Geld verdienen – für die Bank und vor allem auch für den Banker über entsprechende Boni-Zahlungen. Im vergangenen Jahr haben die 50 Investmentbanker mehr Boni eingestrichen als Bankchef Cryan. Heute verteidigt sich die Deutsche Bank vor Gericht, es geht um manipulierte Zinssätze und dubiose Hypothekengeschäfte. Auch Geldwäsche wirft die Bankenaufsicht dem Institut vor. Nach der Finanzkrise war Sewing als Chef-Revisor und späterer Rechtsvorstand dafür zuständig, diese Hinterlassenschaften der Investmentbanker aufzuräumen.

Dennoch: Alles auf Anfang. Mal wieder. In einer Bank, die eine IT-Chefin bei einer Führungskräfte tagung als das „dysfunktionalste Unternehmen“ bezeichnet hatte, bei dem sie je gearbeitet habe. Immerhin sei es in ihrer Zeit bei der Deutschen Bank gelungen, die Zahl der Betriebssysteme von 45 auf 32 zu reduzieren. Irgendwann, so der Plan, sollen es nur noch vier Systeme sein, die die IT des Hauses am Laufen halten. Wohin die Reise geht, ließ Sewing seine Mitarbeiter am Montagmorgen wissen – mit einer E-Mail zum Neuanfang und Wochenstart. Die Angestellten müssten ihre „Jägermentalität zurückgewinnen“, zitierte die Presse aus der Belegschaftsemail. Niemand werde ihnen etwas schenken, „wir werden kämpfen müssen“, so Sewing. Dass einzelne Bereiche ihre Ziele nicht erreichen, wolle er nicht mehr hinnehmen. „Das wird das Führungsteam nicht mehr akzeptieren.“ Und er werde „harte Entscheidungen treffen und umsetzen.“ Das hat er schon getan: Als Vize-Chef und zuständig für das Privatkundengeschäft schloss er in Deutschland rund 200 Filialen und baute 2 500 Stellen ab. Das geschah ohne große Proteste seitens der Arbeitnehmervertreter und Kunden. Auf der Sollseite ist noch das Projekt Postbank und damit jenes Instituts, das die Deutsche Bank gerne verkauft hätte, hätte sich denn ein Investor gefunden. Deshalb Planänderung: Bis Mitte des Jahres sollen Deutsche Bank und Postbank rechtlich wieder ein Institut sein, was dem Konzern weitere 1 000 Stellen einsparen soll.

Für die Deutsche Bank geht es um viel, vor allen Dingen darum, systemrelevant zu bleiben, um bei einer kommenden weiteren Finanzkrise eventuell staatliche Hilfe einfordern zu können. Dass sich mit einem neuen Vorstandsvorsitzenden nicht unbedingt die Historie eines Konzerns umschreiben lässt, erlebt dieser Tage auch Volkswagen. Hier musste Chef Matthias Müller seinen Hut nehmen. Auch weil er es nicht schaffte, den Diesel-Skandal für den Konzern auf- und abzarbeiten.

Naher Osten

Syrienkonflikt eskaliert

Susanne Knaul, Jerusalem

Israels Armee steht an der Grenze zu Syrien in Alarmbereitschaft aus Sorge vor einem Vergeltungsschlag nach dem Luftangriff auf den Militärflughafen T-4 unweit von Homs. „Israels Verbrehen wird nicht unbeantwortet bleiben“, drohte der frühere iranische Außenminister Ali Akbar Welajati in einem Fernsehinterview. Die Regierung in Jerusalem äußerte sich wie üblich nicht konkret zu dem Angriff. „Ich weiß nicht, wer T-4 angegriffen hat“, erklärte Avigdor Lieberman vor Journalisten auf den Golanhöhen. Nur eins sei klar: „Wir werden keine iranische (Militär-)Präsenz in Syrien zulassen. Koste es, was es wolle.“

Das Kabinett war am Mittwoch zusammengetreten. Eine Stellungnahme zu Syrien gab es nicht. Bei dem Luftangriff auf den Militärflughafen waren Anfang der Woche insgesamt 14 Menschen zu Tode gekommen, darunter offenbar sieben Angehörige der iranischen Revolutionsgarden. Der Militärflughafen ist, laut Bericht der Tageszeitung *Haaretz*, „eine der Schlüsselpositionen der iranischen Revolutionsgarden“, wobei dort auch „syrische und russische Luftwaffenaufboete“ stationiert seien. Syrien warnte ebenfalls vor

Aus israelischer Sicht verkompliziert sich mit dem zu eskalieren drohenden Konflikt der beiden Supermächte die Lage in Syrien

„ernsthaften Konsequenzen auf den Überfall der israelischen Kampffjets“. Jakob Amidror, ehemals Nationaler Sicherheitsberater, rechnet indes nicht mit einer Reaktion der Regierung in Damaskus. „Assad wäre verrückt und sollte sich gut überlegen, bevor er gegen Israel vorgeht“, erklärte Amidror am Mittwoch in einer telefonischen Pressekonferenz, denn das „könnte das Ende seines Regimes bedeuten“. Anders verhalte sich mit dem Iran, der „offene Probleme“ mit Israel habe.

Als „eine sehr bedeutende Entwicklung“ bezeichnete Zachi Hanegbi, Minister für Regionale Zusammenarbeit, zudem die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, „mit Gewalt“ auf den Giftgasangriff am vergangenen Samstag zu reagieren, bei dem über 40 Menschen den Tod fanden. Hanegbi rechnet mit einer „heftigen Eskalation“ im nördlichen Nachbarland. „An den Händen der russischen Regierung“, so zürnte die US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen Nikki Haley, „klebt das Blut unschuldiger Kinder“. Auch der französische Präsident Emmanuel Macron erwägt einen möglichen Angriff „chemischer Objekte des syrischen Regimes“. Er wolle

sich zuvor mit Großbritannien und den USA austauschen. Auf keinen Fall solle es „die Verbündeten des Regimes“ treffen. Trump hält Russland für den Giftgasangriff mitverantwortlich, während die Regierung in Moskau wie auch Syriens Präsident Baschar al-Assad leugnet, dass ein Einsatz chemischer Stoffe überhaupt stattgefunden hat. Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja warnte mit einem „offenen Gegenschlag“, sollten die USA einen Angriff gegen die „gesetzmäßige syrische Regierung“ starten.

Aus israelischer Sicht verkompliziert sich mit dem zu eskalieren drohenden Konflikt der beiden Supermächte die Lage in Syrien. Obschon die Regierung in Jerusalem den Giftgasangriff als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ bezeichnete, galt der Angriff bei Homs weder Syrien noch Russland sondern den iranischen Truppen. Erklärtes Ziel Netanjahus war stets, eine dauerhafte Stationierung iranischer Truppen im Nachbarland zu unterbinden. Dabei setzte er seine Hoffnung auch auf Moskau. Die Russen ließen Israel bei den bisher mehreren Dutzend Angriffen, die die israelische Luftwaffe zumeist auf Waffentransporte flog,

gewähren. Die Annahme in Jerusalem war, dass man in Moskau Verständnis für die israelischen Sicherheitsanliegen habe.

Der Angriff Anfang der Woche auf den Militärflughafen T-4 bei Damaskus weckte indes einigen Unmut bei den Russen. Das Verteidigungsministerium in Moskau verurteilte den Angriff der „zwei F-15-Kampffjets der israelischen Armee“. Eine offene Auseinandersetzung mit den USA und Frankreich könnte Moskau noch stärker zu einer Positionierung gegen Israel zwingen. Damit würde eine diplomatische Lösung für das Problem der iranischen Truppen in Syrien zur Utopie. Zudem könnte Teheran versuchen, sich die absehbare Eskalation zu Nutze zu machen, um „im Schatten einer amerikanischen Operation“ Israel anzugreifen, fürchtet Amidror. Bereits im Februar bombardierte die israelische Luftwaffe den Militärflughafen T-4, nachdem in Israel eine von dort abgeschickte Drohne abgeschossen wurde. Der Angriff im Februar führte zu einem Schlagabtausch zwischen Israel und Syrien, bei dem ein israelischer Kampffjet abstürzte.

.....

3.

ticker

.....

Kleine Objekte gesucht



Die Miete für Studios und kleine Wohnungen mit einem Schlafzimmer ist den vergangenen zwölf Monaten um vier bis fünf Prozent und damit schneller gestiegen als die Mieten für größere Wohnungen,berichtet das Immobilienportal *athome.lu*. Für ein Studio müsse man in Luxemburg mit einer Durchschnittsmiete von 935 Euro rechnen. Bei den Häusern stellt das Anzeigenportal eine ähnliche Entwicklung fest: die Mieten für kleinere Häuser steigen schneller als die für größere Häuser. Insgesamt wird Wohnen weiter teurer; der Kaufpreis pro Quadratmeter für einen Altbau habe die 5 000-Euro-Marke überschritten. Fast 60 Prozent der angebotenen Mietobjekte befänden sich in der Region Zentrum um die Hauptstadt, wobei 37 Prozent der zum Verkauf stehenden Immobilien im Süden oder im Zentrum sind. *ms*

Minderheitenveto



Arbeitsminister Nicolas Schmit (LSAP) hofft gemeinsam mit Ländern wie Deutschland, die Niederlande, Österreich, Dänemark und Malta ein

Minderheitenveto zu erreichen, um Pläne der EU-Kommission im Bereich der Arbeitslosenunterstützung in letzter Minute zu stoppen. War es bisher so, dass Luxemburg noch drei Monate Arbeitslosenunterstützung in das Herkunftsland der arbeitslos gemeldeten ausländischen Arbeitnehmern überwies, die hier zuletzt gearbeitet hatten, so soll künftig das Land, wo der Arbeitnehmer die letzten zwölf Monaten sozialversichert beschäftigt war, die Arbeitslosenunterstützung komplett übernehmen. Im Gegenzug würden die Rückerstattungen abgeschafft, die Luxemburg vergangenes Jahr rund 25 Millionen Euro gekostet haben. Durch die Kommissionspläne würde Luxemburg für die Betreuung von arbeitslos gewordenen Grenzpendlern zuständig – von denen derzeit 190 000 hierzulande arbeiten – und für die Kontrolle möglichen Missbrauchs, was einen massiven Ausbau der Adem nach sich ziehen würde, schreibt Schmit in seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des ADR-Abgeordneten Gast Gibéryen. *ik*

Gutes Ergebnis



Die BGL BNP Paribas hat das Jahr 2017 bei einer Bilanzsumme von 49,6 Milliarden Euro mit einem Nettobankprodukt von 1,3 Milliarden Euro und einem Gewinn von 365 Millionen Euro abgeschlossen. Im Vergleich zum Vorjahr ging der Gewinn um neuen Prozent zurück, was die Bank mit einmaligen Gewinnen 2016 erklärte. Zum Nettobankprodukt trugen die Leasing-Geschäfte 714,1 Millionen Euro bei, die Bankgeschäfte 624,8 Millionen Euro. Das Nettozinsergebnis im Bankgeschäft ging um 28,2 Millionen (minus sechs Prozent) zurück, berichtet die Bank, die Kommissionsergebnis blieb mit 157,5 Millionen Euro stabil. Die Bank wird auf ihrem Ergebnis Dividenden von 145 Millionen Euro auszahlen. Auf den Luxem-

burger Staat entfällt dabei eine Nettodividende von 41,8 Millionen Euro. *ms*

Renationalisierung



Für Wirtschaftsminister Etienne Schneider (LSAP) bietet sich womöglich die Gelegenheit, den Energieversorger Encevo zu verstaatlichen. Einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters zufolge wolle Ardian, Gesellschaft der Gruppe Axa-Versicherungen, ihren Anteil von 25,5 Prozent verkaufen und hoffe dafür 300 Millionen Euro zu bekommen. Ardian wolle verkaufen, weil es der Firma als Teilhaber nicht gelungen sei, eine Expansion von Encevo voranzutreiben. Demnach rechnet Ardian mit einem Verlust beim verkauf – ihre Anteile hatte sie 2012 für 330 Millionen Euro gekauft. Vor wenigen Wochen hatte die Post, deren zuständiger Minister Schneider ist, die Encevo-Anteile von Engie angekündigt und als RWE und Eon sich 2014 von ihren Anteilen trennen wollten, sprang neben Staat und SNCI, die ihr Vorkaufsrecht als Teilhaber nutzten, die BCEE als neuer Aktionär in die Bresche. Im Sommer soll der Verkaufsprozess beginnen. *ms*

Rang – obwohl sich Arbeitgeberverbände häufig über die hohen Löhne und die automatische Lohnanpassung durch den Index beschwerten, gibt es in der EU noch zwei Länder, in denen die Arbeitskosten höher sind: Belgien und Dänemark. In Dänemark belaufen sich die Arbeitskosten pro Stunde im Schnitt auf 42,5 Euro, in Belgien auf 39,6 Euro und in Luxemburg auf 37,6 Euro. Am niedrigsten sind die Arbeitskosten in Bulgarien und Rumänien wo nur 4,9 beziehungsweise 6,3 Euro die Stunde anfallen. Im Euroraum liegen die Arbeitskosten im Durchschnitt bei 30,3 Euro die Stunde. Die Angaben von Eurostat beziehen sich auf die Privatwirtschaft unter Ausschluss der Landwirtschaft. In Dänemark sind sowohl die Löhne als auch die Lohnnebenkosten höher als in Luxemburg. Niedrigere Lohnnebenkosten als die 11,9 Prozent, die laut Eurostat in Luxemburg anfallen, gibt es in der EU nur in Malta. Dort betragen sie 6,7 Prozent. *ms*

Da ist die Rentenmauer!

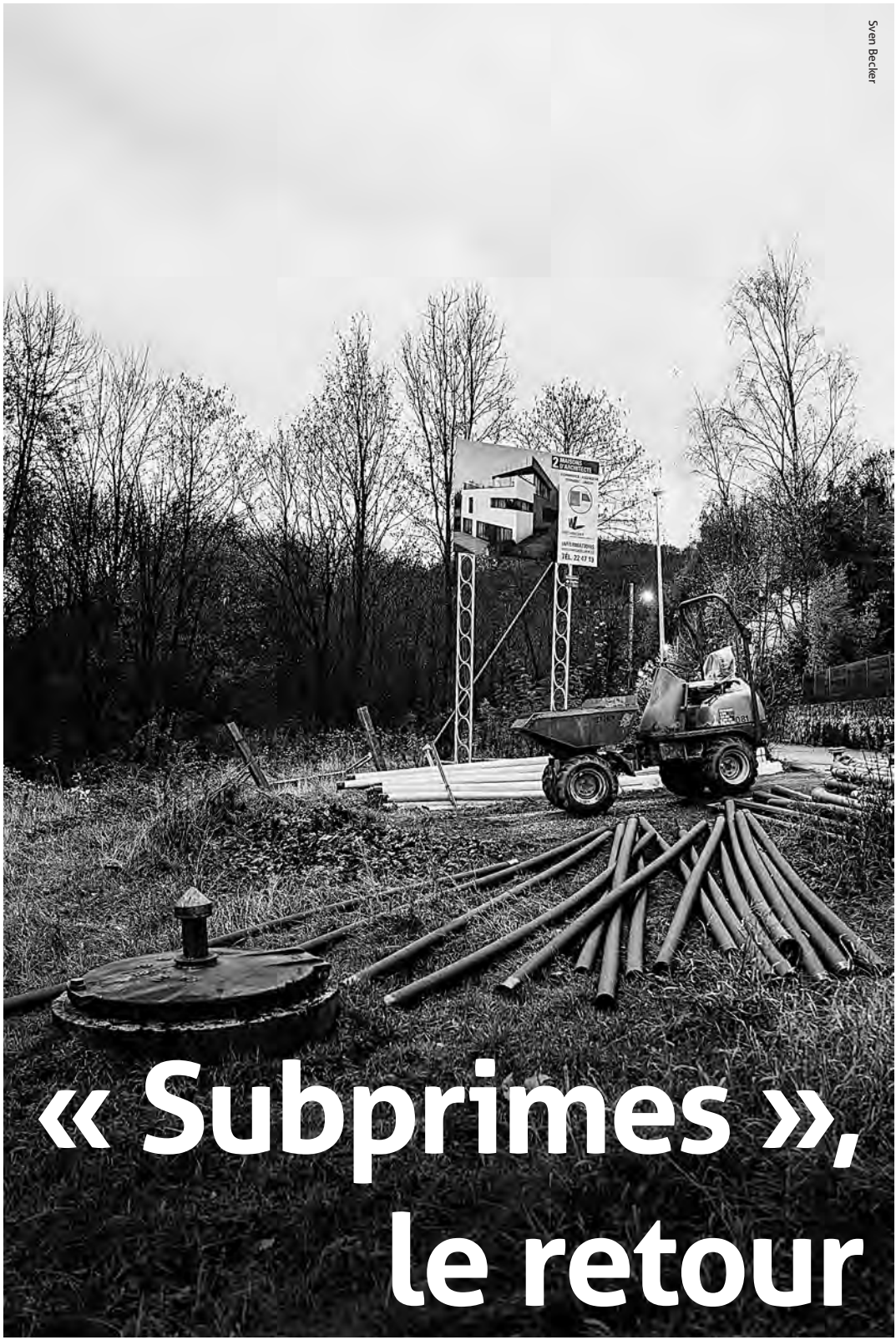
Wo ist das Vorsorgeprinzip geblieben? Und vor allem: Wo der Generationenvertrag? Fragt Marc Wagner, Direktor für wirtschaftliche Angelegenheiten der Handelskammer, in seinem jüngsten Blog-Beitrag *The Socioeconomist*, der bei der Stiftung Idea erscheint, einer „Denkfabrik“ der Handelskammer (*www.fondation-idea.lu*). Ganz neu ist es nicht, was er darin feststellt: Dass die Rentenversprechen viel höher sind als die Rentenbeiträge auf ein Bruttogehalt und der Ein-Drittel-Fiskalanteil obendrauf; dass die Zahl der Aktiven mit 400 000 hoch ist gegenüber den 175 000 Pensionierten, sich das Verhältnis aber verschlechtert, weil es immer mehr Rentner gibt; dass das System zurzeit noch besonders gestützt wird durch relativ junge Einwanderer und Grenzpendler an den Beitragszahlern (wovon Kranken- und Pflegekasse ebenfalls profitieren), und dass „à politique constante“ die Rentenausgaben von heute sieben Prozent des BIP bis 2060 14 BIP-Prozent zunehmen werden, was eigentlich ein Plus um 900 Prozent sei, weil die Wirtschaft bis dahin wachse. Dieselben Feststellungen wurden schon vor der letzten Pensionsreform gemacht, alle drei Jahre wiederholt sie die Ageing Working Group der EU-Kommission in einem Bericht – der nächste dürfte bald erscheinen –, und Jahr für Jahr muss Luxemburg sich im Rahmen des Europäischen Semesters vorhalten lassen, die mit den zu erwartenden Ausgaben verbundene „implizite Staatsschuld“ zu ignorieren.

„Let’s make it happen“, schreibt Marc Wagner deshalb am Schluss seines Artikels und meint einen Nachschlag auf die Pensionsreform von 2012. Wie der aussehen sollte, sagt er nicht, merkt aber spitz an, dass ein derartiges „Schneeballsystem“ für öffentliche Finanzen hingenommen wird, während es in der privaten Finanzwelt sanktioniert würde, sei schon „interessant“. Aber er weiß natürlich, dass sich mit Rentenreformen Wahlen verlieren lassen. Umso mehr, da die Rentenreserven mittlerweile auf 20 Milliarden Euro angewachsen sind. Und während 2012 sogar die damalige LSAP-Abgeordnete Lydia Mutsch als parlamentarische Berichterstatterin zur Pensionsreform erklärt hatte, die sei „nur der Anfang“, will heute LSAP-Spitzenkandidat Etienne Schneider seine Partei sich von anderen zum Beispiel dadurch unterscheiden lassen, dass sie Rentenverschlechterungen ablehnt und stattdessen auf Wachstum setzt. Aber sogar CSV-Spitzenkandidat Claude Wiseler, der eigentlich findet, man müsse einen „schmerzhaften Schock“ vermeiden und „etwas unternehmen“, hat sich bislang gehütet zu sagen, was.

Doch irgengewndwann in den nächsten Wochen, zumindest war das mal so geplant, soll die Arbeitsgruppe Renten aus Gewerkschaften, Unternehmern und Regierungsvertretern ihren Bericht vorlegen – nachdem Ende 2016 die aktuarielle Analyse der Generalinspektion der Sozialversicherung ergeben hatte, bis etwa 2040 seien die Renten im Grunde sicher, wenn bis dahin das Wachstum in Richtung 1,2-Millionen-Einwohnerstaat tendiert. So dass dann die Debatte um Steinwolle, Wasser, Verkehr und Industrie 4.0 noch um die Facette „Renten“ angereichert wird. *pf*



Inquiétudes pour l’endettement des ménages américains



Sven Becker

« Subprimes », le retour

Georges Canto

Dix ans après, ils sont de retour. Qui ? Les fameux « subprimes ». Mais oui, ces crédits immobiliers généreusement accordés par des banques américaines à des emprunteurs peu solvables dans les premières années du XXI^e siècle. Par le jeu du mécanisme de la titrisation, les impayés ont contaminé le secteur bancaire au niveau mondial et provoqué en quelques mois, à partir de l'été 2007, la plus grave crise financière connue depuis 1929.

Ils avaient disparu depuis dix ans, ou en tout cas s'étaient fait très discrets. Pourquoi ne les a-t-on pas vus revenir ? Les raisons sont assez simples. Les nouveaux « subprimes » ont été rebaptisés. On les appelle désormais « Non-QM » pour « non qualified mor-

tgages », soit des prêts hypothécaires non qualifiés, ou plutôt non éligibles au rachat par les sociétés fédérales comme Fannie Mae ou Freddie Mac qui garantissent la liquidité du marché immobilier, ou non assurables par la Federal Housing Administration.

Cela permet de ne pas effrayer les investisseurs potentiels. Mais ce changement cosmétique ne doit tromper personne : on a bien affaire au même mécanisme, avec à l'origine des crédits immobiliers accordés à des ménages à la limite de la solvabilité. Dans un deuxième temps, ces prêts sont packagés, titrisés, transformés en produits financiers et commercialisés par des sociétés spécialisées. *Come prima* (comme avant), disait une chanson italienne des années 50.

Les Américains ont une attitude décomplexée par rapport au crédit. Mais depuis quelques années, la propension à y recourir s’est accentuée au point que le taux d’endettement est régulièrement supérieur au revenu disponible

Les montants sont encore modestes, ce qui explique que le phénomène n'ait pas suscité d'inquiétude jusqu'ici. En 2017, selon le *Financial Times*, ont été émis pour 4,1 milliards de dollars de titres « backed by loans that would have been called 'subprime' before the last financial crisis ». À comparer aux 9 000 milliards de dollars d'encours de crédits immobiliers aux États-Unis.

Mais ils progressent rapidement. Au premier trimestre 2018, ils ont représenté 1,3 milliard de dollars, soit le double du montant atteint l'année dernière sur la même période. Pour l'année 2018 les évaluations vont de sept à dix milliards. Pourquoi cet engouement ? Présente-t-il des risques ?

Alors que les taux d'intérêt restent encore bas les investisseurs, surtout les institutionnels, sont à la recherche de rendement. Sur ce plan les produits de titrisation les comblent d'aise, de sorte que les émissions adossées à des « non QM » sont régulièrement sur-souscrites, mais naturellement au prix d'un risque plus élevé (en l'occurrence la défaillance des débiteurs).

Parmi les experts de la finance, le français Marc Fiorentino (newsletter *MonFinancier*) voit à nouveau réunis les ingrédients du « bon cocktail pour tous les dérapages », pointant surtout les conséquences néfastes de l'allègement de la réglementation voulu par Donald Trump, tandis que l'américain Simon Black (*sovereignman.com*) ironise lourdement sur l'absence de mémoire des banquiers, qu'il compare à celle des poissons rouges, une des espèces du règne animal les plus mal loties en la matière.

Les banquiers, les sociétés de gestion et même les agences de notation, pourtant lourdement impliquées dans la crise de 2007 (elles avaient noté AAA des titres adossés à des prêts immobiliers risqués, ce qu'elles ne pouvaient ignorer puisqu'elles étaient intervenues comme conseil au moment de la titrisation), plaident aujourd'hui que la réglementation a été renforcée et que, malgré son allègement, qui reste à démontrer, demeure sensiblement plus contraignante qu'en 2007. Pour ces acteurs de la finance, tout serait sous contrôle et les déboires passés du crédit immobilier et de la titrisation ne pourraient plus se reproduire.

Finalement, en comptant sur ce meilleur encadrement, ainsi que sur la relative modicité des montants en cause et sur l'attitude des autorités de tutelle, qui surveillent le phénomène comme le lait sur le feu, les risques liés aux « Non-QM » et aux titres qui leur sont adossés semblent circonscrits, du moins pour l'instant.

En réalité, depuis dix ans, les craintes relatives aux « subprimes » concernent d'autres types de crédits que ceux accordés pour des acquisitions de logements. Le terme de « subprime » n'est pas en effet propre à l'immobilier : il désigne tout crédit souscrit par un emprunteur fragile, soit en raison de ses revenus modestes, soit parce qu'il a déjà connu des incidents de remboursement, et qui présente donc des risques élevés de défaillance. Or, au cours des dernières années, les prêts étudiants et les crédits automobiles ont suscité de vives inquiétudes.

Mi-2017, l'encours total des crédits auto s'élevait selon la Fed à la coquette somme de 1 190 milliards de dollars à cause notamment du développement de la location longue durée. Sur ce montant, 180 milliards soit 15,5 pour cent, relevaient de la catégorie « subprime », mais certains analystes évoquent des chiffres plus élevés, de l'ordre de 220 à 300 milliards d'encours, soit vingt à 25 pour cent du marché.

Steve Eisman, de la société de gestion Neuberger Berman, connu pour avoir prêté (et parié sur) l'effondrement du marché immobilier en 2007-2008, relativise le danger des « subprimes auto » expliquant que cette classe d'actifs n'est pas assez importante pour mettre en danger l'ensemble du système financier, car les crédits à l'automobile ne représentent que 9,3 pour cent de la dette totale des consommateurs américains et présentent un taux de défaut limité. Une opinion à nuancer : si 4,4 pour cent des crédits accordés par les banques traditionnelles ne sont pas remboursés, cette proportion monte à près de dix pour cent chez les fabricants et les concessionnaires qui sont les principaux distributeurs de « subprimes auto » aux États-Unis.

Un autre important sujet d'inquiétude concerne les prêts étudiants. Avec 1 400 milliards de dollars, la dette étudiante se situe loin derrière l'immobilier mais devant les cartes de crédit et les crédits auto. L'endettement moyen des diplômés a presque doublé en dix ans environ passant de 15 000 à 28 000 dollars par personne. Leur charge de remboursement s'accroît puisque les salaires n'ont pas connu la même évolution.

Aux États-Unis, la scolarité est traditionnellement très coûteuse : les frais peuvent atteindre 300 000 dollars dans les huit grandes universités de la Ivy League. Mais deux phénomènes ont aussi joué au cours des années récentes : la tendance à l'allongement des études et le désengagement des autorités publiques du financement de l'enseignement supérieur. Les défauts de paiement ont tellement augmenté (même s'ils se sont stabilisés à environ douze pour cent) que l'État fédéral a mis en place des programmes de ré-éche-

lonnement des prêts permettant de reculer l'échéance classique de dix ans à vingt, voire 25 ans et plafonnant les mensualités à dix pour cent des revenus. Or le nombre de participants à ce programme d'aide a augmenté de 140 pour cent entre 2014 et 2017 !

Le point commun à tous ces « crédits à problèmes » est que tout cela se passe aux États-Unis, et pourrait y rester localisé si la titrisation n'occasionnait comme en 2007 une dissémination mondiale des sinistres. Les Américains, et les Anglo-saxons plus généralement, ont une attitude plus décomplexée que les Européens par rapport au crédit. Mais depuis quelques années cette propension à y recourir s'est accentuée au point que le taux d'endettement est régulièrement supérieur au revenu disponible. Une situation due, comme en Europe, à la faiblesse des taux d'intérêt. Mais aussi, selon UBS, « à l'augmentation des inégalités de revenus aux États-Unis ». Dans ce pays, les revenus réels d'une grande partie de la population ont stagné voire diminué par rapport à leur niveau des années 90. Dans ce contexte, les crédits à la consommation et à l'habitat ont permis de conserver un certain train de vie, avec les risques d'insolvabilité qu'on imagine.

La dette totale des ménages américains s'élevait fin 2017 à près de 13 000 milliards de dollars, soit légèrement plus qu'avant la crise des « subprimes » immobiliers dix ans auparavant. Les deux tiers correspondent à des dettes liées à l'immobilier. Mais en 2017, la hausse des encours (0,9 pour cent) a surtout été alimentée par les cartes de crédit (+3,1 pour cent) et les prêts auto (+1,9).

Sur ce montant, la partie « subprime » dans toutes ses composantes (crédits immobiliers, prêts aux étudiants et aux acheteurs de voitures) s'élevait à quelque 1 250 milliards de dollars (estimation UBS) soit 9,6 pour cent. Ce chiffre, non négligeable, reste néanmoins loin du sommet de 1 900 milliards atteint en 2009. De plus, les taux de défaut sont contenus avec un niveau de défaillance global de 4,8 pour cent. Dans l'immobilier, ils ne dépassent pas 1,20 pour cent du total accordé. Et du côté des prêts étudiants, le risque est majoritairement pris par l'État américain et non par l'industrie financière. Sur les 1 400 milliards de dollars d'encours, seuls 100 milliards, soit environ sept pour cent, ont été souscrits auprès d'organismes privés. C'est en effet le gouvernement fédéral qui garantit ou accorde directement les prêts étudiants, les taux d'intérêt étant fixés par le Congrès.

La vraie inquiétude, selon les analystes de Morgan Stanley, viendrait des « deep subprimes », des crédits très risqués car détenus par la frange la moins solvable des ménages. Ils représentaient seulement cinq pour cent des montants titrisés en 2010 ; mais ce pourcentage augmente. Ainsi récemment la société de gestion d'Atlanta Angel Oak a commercialisé pour 329 millions de dollars de titres « non QM » adossés à un portefeuille de prêts où dix pour cent des emprunteurs avaient connu plusieurs incidents de paiement au cours de l'année précédente. Et le score de crédit des autres détenteurs est parfois très faible, faisant craindre une proportion de « deep subprimes » pouvant atteindre 25 à trente pour cent pour une grande partie des émissions.

Chronique Internet

Y a-t-il une vie après Facebook ?

Jean Lasar

Après les révélations sur le rôle néfaste qu'a joué Facebook dans les élections américaines, le référendum sur la sortie de la Grande-Bretagne de l'Union européenne et sans doute d'autres faits politiques majeurs de ces dernières années, après la piteuse performance de son patron devant les sénateurs américains cette semaine, comment se présente l'avenir du réseau social ? Telle une espèce invasive, forte de ses 2,1 milli-

Il est tentant de claironner aujourd’hui, pour un citoyen désireux de protester contre l’incontestable dérive vers un « capitalisme de la surveillance » qu’a favorisée Facebook, de lui tourner le dos et fermer son compte, mais est-ce bien réaliste d’envisager un tel mouvement à grande échelle ?

ards d'utilisateurs, de sa capitalisation boursière de 165 milliards de dollars, de la place qu'elle a conquise au cœur de la sphère privée de ses utilisateurs et des stratégies de marketing qu'une multitude de firmes ont construites autour, l'entreprise fondée et présidée par Mark Zuckerberg reste incontournable. Pour faire état auprès de leurs électeurs de leurs efforts pour mettre « Zuck » sur le grill, les sénateurs Kamala Harris et Richard Blumenthal les ont invités à suivre la séance des questions et réponses sur leur canal vidéo diffusé en direct ... sur Facebook.

Il est tentant de claironner aujourd'hui, pour un citoyen désireux de protester contre l'incontestable dérive vers un « capitalisme de la surveillance » qu'a favorisée Facebook, de lui tourner le dos et fermer son compte, mais est-ce bien réaliste d'envisager un tel mouvement à grande échelle ? Les internautes sont-ils réellement prêts à se priver de leur fil d'actualité qui vient meubler les moindres recoins de leur vie quotidienne et leur fournir ces mini-rations de dopamine dont ils sont devenus dépendants ? Des liens réguliers avec la famille lointaine ? Des groupes autour desquels, pour certains d'entre eux, s'articulent une partie significative de leur vie sociale ? Des papotages et autres étalages narcissiques sur Messenger, WhatsApp ou Instagram ?

On ne se débarrasse pas d'une espèce invasive en le décrétant. Certes, les gouvernements seraient bien inspirés de mettre Facebook au pas, et, ce faisant, de veiller à ce que le dispositif réglementaire qu'ils mettront en place à cette fin ne fasse pas en sorte que Facebook assoie définitivement sa place dominante en empêchant l'arrivée de nou-

veaux entrants. Mais c'est aussi aux internautes d'opter pour des formes de socialisation en ligne qui leur garantissent de ne pas être à nouveau les dindons de la farce.

Des alternatives à Facebook existent, mais la plupart ne couvrent qu'un aspect de ses différents services. Twitter, malgré ses défauts, peut remplacer avantageusement le fil d'actualité, Signal, Telegram ou Slack, parmi d'autres, les messageries ou les groupes ou plateformes d'événements. Pour chaque prestation de Facebook, on peut citer des challengers avides de prendre sa place. Mais ce n'est pas la bonne réponse. Il faut commencer par la constatation que ce n'est pas une autre compagnie, ou un groupe d'autres compagnies, qui doit prendre la place de Facebook, mais plutôt un protocole *open source* évolutif qui permette à chacun de modeler sur le Net les liens sociaux tels qu'il entend les tisser. À l'avenir, ce sont les utilisateurs d'un réseau social qui devront se l'approprier et le faire fonctionner si l'on veut s'assurer que la vie démocratique de nos pays ne dépende plus d'obscur conditions d'utilisation évoluant dans la plus grande opacité et au gré de considérations commerciales. Si les internautes veulent continuer d'interagir en ligne tout en étant des citoyens responsables, ils devront faire en sorte que leurs réseaux sociaux soient conçus de manière décentralisée et distribuée. Ils devront aussi s'assurer que leur exploitation commerciale ne puisse pas être captée par des intérêts monopolistes. Après la mésaventure de Facebook, cela représente certes un effort d'autorégulation que certains ne seront pas prêts à assumer. Et s'il existe des ébauches de tels protocoles, il faut bien reconnaître qu'aucun d'entre eux n'est prêt à s'imposer. Mais le jeu en vaut la chandelle, et le moment est idéal pour une telle prise de conscience.

Die kleine Zeitzeugin

Förderkurs bei Roboters



Das bin ich. Aber was wissen diese Datenräuber und -dealerinnen über mich?

Michèle Thoma

Gerade erst haben wir die verückte Schockstare überwunden, weil es sie wirklich gibt: Roboter_innen. Immer häufiger erscheinen sie uns, unauffällig nehmen sie zwischen uns Platz. Manche sind schon prominent, in Österreich hat ein eloquent Worthülsen abspulender Roboter gar die Kanzlerschaft errungen, Europa lauscht betört. Gerade haben wir zur Kenntnis genommen, dass Weltverbesserer Zuckerberg einen Schlammassel am Hals hat, den er sehr bereut, er hätte genauer hinschauen müssen. Und wir auch, wir sowieso, warum haben wir unsere Daten nicht im Griff? Wenn wir schon unser Leben nicht im Griff haben.

Daten, vor kurzem war das für mich eine Zeiteinheit, etwas, das mit einem Kalender oder Notizbuch zu tun hatte, die ich in der Hand hielt; an bestimmten Daten gab es Zahnarztbesuche oder Kindergeburtstage oder ein Saufgelage, immer schön aufschreiben. Vielleicht erinnern sich noch einige an jene ferne Zeit, es gab Fernsprengeräte mit einer magischen Drehscheibe und Zauberschriften. Man drehte, alsbald erklang eine Stimme, man sprach in eine Muschel. Kinderleicht, funktionierte so ziemlich überall, Initiationen und kompliziertes Herumgemurmel nicht vonnöten. Damals, als die Küchen noch nicht so intelligent waren und man noch auf Augenhöhe mit ihnen kommunizierte. Okay, gut, frau robte schon mal mit einem Fetzen zwischen Stuhl- und anderen Beinen herum, Putzen nannte sie das. Wahrscheinlich verkläre ich, wie alle Greisinnen. Wie schön, sich die Pforten am Gasherd zu verbrennen! Gasflaschen anzuschließen. Als Schreibmaschinistin schwerstes Gerät durch die Lande zu schleppen, später dann coole Reiseschreibma-

Ach, seufzt die kleine Hausfrau mit den schwierigen Händen, wer soll schon Interesse an meinen Ausscheidungen haben?

schinchen. Wie schön, zum Postkasten zu hetzen, um mit dem Gänsefederkiel Geschriebenes an Redaktionen zu entsenden. Auch der Fernseher war ein Freund, der da war, wenn man ihn brauchte, manchmal brachte er Schnee, meistens Cowboys, man musste sich ihm nicht mit Armadas von Fernbedienungen nähern, die den Dienst verweigern, es gab keine Schüsseln voll Unverdaulichem aus Babylon, keine Satelliten, um die man kreist, *lost in space*. Nur einen klobigen Kasten und einen Haufen Chips.

Und jetzt, Zeitsprung, Quantensprung, gibt es Datenraub, oder wie heißt das Delikt, das gerade erst auf die Welt kommt? Habe ich nicht gut aufgepasst? Wo war ich überhaupt, zu lange verschollen, in Pampercanyons? *Life Long Learning* geschwänzt? Dann gemütlich durchs Diggi-Tal geschlendert und gediggt, was mir unter die Maus kam, das war nicht so schwer?

Was wissen die also über mich, diese Datenräuber und -dealerinnen? Und ich über sie, wer ist überhaupt dieser Mr. Z.? Diese schmächchtige Pappfigur,

die uns in einem Schaufensterprozess präsentiert wird, vielleicht ein Fake? Eine Attrappe, wie man früher sagte? Oder zumindest ein Popanz?

Selber schuld, sagt die kleine Hausfrau in mir, die mit dem gesunden, etwas in Verruf geratenen Menschenverstand, selber schuld, wenn du, was dir so durch den Kopf geht und auf dem Magen liegt, all deine Gedanken und Gewühle preis gibst, alles hat einen Preis im Leben. Man soll nicht alles so raus posaunen, haben uns das nicht unsere Eltern eingeschärft? Das Anstupfen wildfremder Menschen, wie man zu einer Zeit gesagt hätte, als es noch Wilde und Fremde gab, die öffentliche Verrichtung der Notdurft, diese Erleichterung, bei der es allerdings keinerlei Garantie gibt, dass Mensch nicht als noch ungeliebteres, elenderes Häufchen zurück bleibt, all das nur weil Einer, Eines unser Wohl im Auge hat, und sogar wie die Wohltäter des 19. Jahrhunderts Unsittliches von uns fern hält?

Ach, seufzt die kleine Hausfrau mit den schwierigen Händen, wer soll schon Interesse an meinen Ausscheidungen haben? Die CIA, kichert sie, oder die chinesische Organmafia? Und in Luxemburg sind ja bald Wahlen, vielleicht kriegt sie da eine maßgeschneiderte Kandidatin geliefert, warum nicht, dann muss sie nicht so viele Kataloge mit Fotos, die sich so ähneln, durchblättern!

Selber schuld, sagt das Stimmchen der Vernunft, wenn ich ungeschützt in einem Einkaufsnetz verkehre, auch noch global und exhibitionistisch.

Sich vielleicht doch mal von einer kompetenten Roboterin coachen lassen?

Zu Gast

Gaspillage alimentaire : la lutte continue

Laurent Zeimet

Selon l'organisation des Nations Unies pour l'alimentation 1,3 milliard de tonnes d'aliments sont gaspillées annuellement. Un tiers de la production mondiale serait ainsi perdue ou jetée. Cent millions de tonnes de denrées alimentaires sont jetées annuellement dans l'UE. En 2014, une étude du gouvernement a quantifié le gaspillage alimentaire au Grand-Duché à 68 000 tonnes par an. Ce qui représente annuellement 124 kilos par tête de déchets alimentaires évitables et inévitables par rapport à une moyenne européenne de 180 kilos par personne estimée en 2010.

En avril 2016, le CSV avait demandé à la Chambre des députés d'organiser un débat d'orientation concernant le gaspillage alimentaire en argumentant « qu'une telle discussion nous permettrait de déterminer par la suite des pistes pour une politique nationale contre le gaspillage alimentaire. » En préparation de cette proposition, nous avons rencontré des organisations et associations afin d'élucider si des actions législatives ciblées comme par exemple celles prises en France seraient nécessaires pour encourager une prise de conscience et lutter plus efficacement contre le gaspillage.

Laurent Zeimet est député et secrétaire général du Parti chrétien-social

Or un débat parlementaire approfondi se heurtait longtemps aux rivalités de compétence entre les différents ressorts ministériels. Seulement en novembre 2017 fut réuni une commission jointe (environnement, agriculture et santé) en présence des trois ministres pour un premier et dernier échange. Il est vrai que depuis 2016, le gouvernement avait multiplié les efforts pour lutter contre le gaspillage alimentaire ou plutôt pour sensibiliser les consommateurs. Des chartes ont été signées avec différents acteurs et les communes invitées à s'associer en adoptant des résolutions.

Lors de cette commission jointe, les trois ministres ont considéré qu'il ne serait actuellement pas opportun d'adapter le cadre législatif pour réduire le gaspillage alimentaire. La ministre de l'Environnement précisait que le nouveau plan national de la gestion des déchets serait « largement axé sur la lutte contre le gaspillage alimentaire en prévoyant des mesures concrètes, comme la réduction de cinquante pour cent de la quantité de déchets alimentaires à l'horizon 2022. » Or, il fallait noter qu'une telle réduction ambitieuse ne constitue pas des « mesures concrètes » mais un objectif !

Le débat d'orientation se tenait enfin en mars, toutes les forces politiques ont reconnu le défi et ont déclaré vouloir agir contre le gaspillage alimentaire. La Chambre a unanimement invité le gouvernement à maintenir les efforts de sensibilisation et à élaborer un plan d'action coordonné pour lutter contre le gaspillage alimentaire avec tous les acteurs concernés. Les députés exigent d'être associés davantage à l'élaboration de ce plan, qui devrait prévoir la promotion de produits régionaux et saisonniers dans les restaurations collectives et favoriser la collaboration de la grande distribution avec les initiatives sociales engagées dans la lutte contre le gaspillage alimentaire.

Bien entendu, il ne suffira pas d'agir seulement sur le plan national car il faut aussi adapter la réglementation européenne. Les collègues au Parlement européen ont pour leur part défini les champs d'action pour la Commission et le Conseil. La Chambre les a rejoints en invitant l'exécutif à analyser si la réglementation concernant l'hygiène alimentaire peut être révisée afin d'empêcher le gaspillage alimentaire.

La lutte contre le gaspillage alimentaire implique un mode de vie plus durable, une consommation et surtout une production plus respectueuses de nos ressources naturelles.

Notate

Künstliche Intelligenz

Die „künstliche Intelligenz“ ist nicht vor künstlicher Dummheit gefeit.
*
Das Wort, ein Licht, das Wolkenwände durchbricht.
*
Von Freude „überwältigt“ zu sein, birgt einen Widerspruch in sich.
*
Aus dem Brunnen der Erinnerung schöpfen, ehe er versiegt.
*
Zum Besten, das man vererben kann, gehört der Glaube an eine Utopie.
*
Der schöpferische Mensch überlebt seinen Tod. Wenigstens eine Zeit lang.
*
Kahles Baumgeäst vor dichter Nebelwand: ein Chaos-Bild.
*
Was den Weg vom Bild zum Begriff und umgekehrt anbelangt, ist unser Hirn der „künstlichen Intelligenz“ weit überlegen – sofern sie überhaupt etwas begreift. *Fritz Werf*

Plus de hauteur

Découvrez le Lëtzebuurger Land en vous abonnant gratuitement durant un mois.

land@land.lu
www.land.lu
téléphone 485757-1

La vente des biens du clergé sous le régime français

Une vaste mutation foncière et sociale ?



Jean-Henri Dondelinger (1753-1816) et sa famille

Ally Leytem

À un moment où les relations entre État et Église catholique se sont tendues et où la question de la propriété ecclésiastique occupe le devant de la scène politique, il m'a semblé opportun de revenir sur un épisode déterminant : la vente des biens du clergé sous le régime français à la fin du XVIII^e et au début du XIX^e siècles.

« Tous les biens des communautés [religieuses] sont sous séquestre... Ces communautés possèdent, ainsi que le Gouvernement, les deux tiers des biens fonds de ce département. » C'est ainsi que s'exprime Nicolas-Vincent Légier, commissaire du Directoire exécutif auprès de l'Administration centrale du département des Forêts en frimaire an IV (décembre 1795). La réalité est cependant toute différente et Légier lui-même doit bientôt se rendre à l'évidence : « L'on ne compte pas dans l'étendue du département des Forêts plus de dix communautés de quelque ordre que ce soit... »

En effet les biens du clergé aliénés ne représentent que deux pour cent de la superficie totale du département, pourcentage très modeste, si on le compare à la moyenne de dix pour cent pour la France ou aux 17 pour cent pour le département de la Dyle (qui fait partie des « Départements Réunis » englobant la Belgique actuelle ainsi que le Luxembourg). Or il faut savoir que de nombreux biens du clergé étaient exceptés des ventes, notamment les grands espaces forestiers qui ne seront mis en vente que sous le régime hollandais. Par ailleurs les mesures antireligieuses du gouvernement autrichien avaient déjà porté un coup sérieux à la propriété ecclésiastique.

Pour ce qui est des biens du clergé séculier, ne sont vendus que les biens des cures non desser-

vies ou celles dont les titulaires ont refusé de prêter le serment prescrit par la loi du 19 fructidor an V (5 septembre 1797). On en compte, il est vrai, 852 au département des Forêts, contre 300 prêtres assermentés seulement. Il est donc évident que la propriété ecclésiastique était bien plus étendue que ne le laisseraient à penser les biens mis en adjudication. En la fixant à cinq ou six pour cent on sera sans doute assez près de la vérité. Ce qui frappe par ailleurs, c'est la répartition très inégale des biens adjugés. Alors que dans les cantons méridionaux, les biens aliénés représentent 3,3 pour cent du territoire (frôlant les huit pour cent dans le canton d'Echternach), ils ne dépassent pas le pourcentage de 0,9 dans les cantons ardennais.

Pour ce qui est de la suppression et du séquestre des couvents, ceux-ci se passent – à la différence des autres Départements Réunis – sans remous populaires notables. Ceci s'explique par plusieurs facteurs : d'une part, l'absence de grandes agglomérations favorables à l'éclatement d'éméutes, avec dans la ville de Luxembourg une garnison importante rendant difficile toute résistance ; d'autre part, la législation religieuse autrichienne qui avait préparé le terrain ; et, enfin, une certaine impopularité des ordres religieux que des besoins financiers toujours croissants avaient amenés à insister plus lourdement sur leurs privilèges.

Par contre, le séquestre et la vente des biens du clergé séculier se feront dans un climat bien plus tendu, à un moment où se dessinent à l'horizon les signes avant-coureurs de la révolte de vendémiaire an VII (fin octobre 1798), dite « Klöppelkrich ». Ainsi les entraves mises par le clergé séculier et la population –souvent de concert

avec les administrations municipales – pour empêcher la mise en vente des biens du clergé seront plus nombreuses : enlèvement de titres, baux frauduleux, dilapidations, refus d'assister les experts dans leurs travaux.

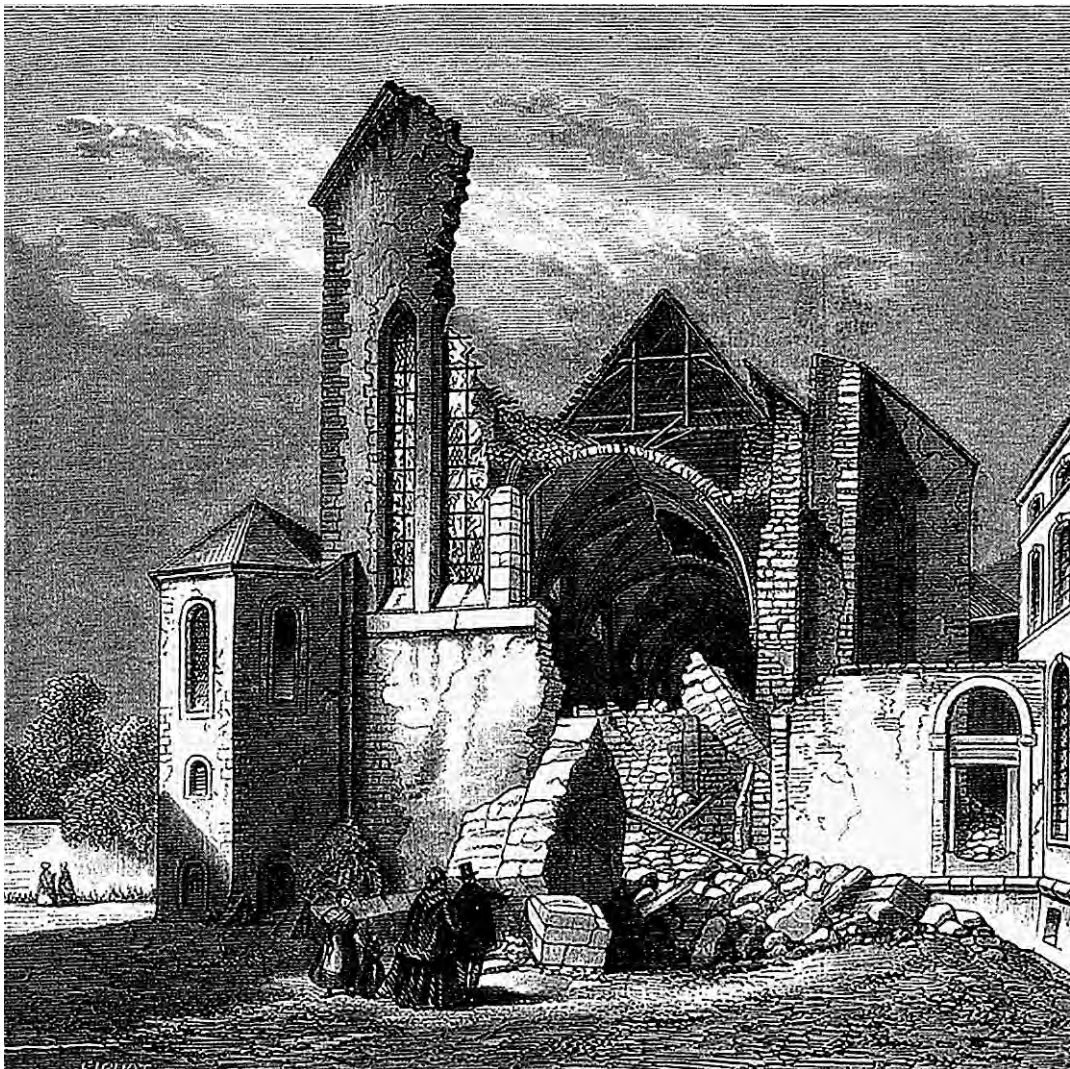
La vente débutera vers le milieu du mois de nivôse an V (janvier 1797) et se poursuivra jusqu'à la fin de 1812. Pendant cette période, 1947 biens ecclésiastiques seront adjugés, chiffre relativement modeste si on le compare à ceux des autres Départements réunis. La vente se poursuit dès le début à un rythme assez rapide, avec d'abord la mise aux enchères des grandes fermes des abbayes ainsi que de leurs forges. Pour justifier la hâte avec laquelle les biens du clergé seront mis en vente – et cela contre l'avis de ses supérieurs hiérarchiques – l'Administration Centrale invoque le climat politique favorable et des considérations financières : en mettant en vente beaucoup d'objets à la fois on attirera plus d'enchérisseurs. Il nous semble pourtant que c'est avant tout le désir d'enrichissement personnel qui incite ces fonctionnaires à agir avec hâte. Ils touchent en effet un droit fixé à un quart de pour cent et calculé sur la différence entre le montant de l'adjudication et la mise à prix.

Tant que la population indigène avait peu de confiance dans la stabilité du régime français, elle était peu portée à participer à l'achat de biens nationaux. Les facteurs d'ordre psychologique et politique plus qu'économique, jouaient ici un rôle autrement important que dans le reste de la France. L'analyse des actes de vente pourrait donc dans le meilleur des cas nous fournir un baromètre de l'esprit public. Or, en analysant les procès-verbaux des séances d'enchères, on constate que le nombre des enchérisseurs est très restreint : en moyenne, on n'en compte que trois ou quatre par séance. Parmi ceux-ci, on trouve généralement au moins deux membres de l'administration française. Par ailleurs, il n'y a guère personne qui apparaisse aux enchères sans réussir, à un moment ou un autre, à se rendre adjudicataire d'un ou de plusieurs biens.

En général ne viennent aux séances que ceux qui y sont poussés par un esprit spéculatif. Ceux-ci, souvent des fonctionnaires, enchérisseurs couramment sur la plupart des articles mis en vente lors d'une séance. Après s'être rendus adjudicataires de plusieurs biens, ces spéculateurs se mettent à la recherche d'éventuels acquéreurs. S'ils trouvent un amateur, ils font déclaration de command en sa faveur, solution plus avantageuse d'un point de vue financier, puisque cela les dispense du paiement du droit d'enregistrement. Ces déclarations de command se font, soit à l'intérieur du groupe restreint de gros spéculateurs, soit en faveur de paysans ou d'autres couches modestes de la population. Les spéculateurs disposent souvent d'hommes de confiance qui se chargent pour eux de l'acquisition de biens nationaux : Le cas le plus frappant est celui du commissaire du directoire Légier qui se fait adjuger la plupart de ses biens par l'intermédiaire de Boucon, employé du Domaine.

On dénombre en tout 843 acheteurs de biens ecclésiastiques dans le Département des Forêts. Ce qui, pour une population de moins de 200 000 habitants et comparé aux autres Départements Réunis, représente une proportion non négligeable. Le tableau s'assombrirait pourtant si nous analysons comment l'ensemble de ces biens se répartit entre les acquéreurs. Alors que les petits acquéreurs achetant des biens de moins de cent francs en valeur estimative (en revenu annuel) n'interviennent que pour douze pour cent des

La vente des biens du clergé conduit au développement d'une classe de nouveaux riches. La chute de l'Empire n'y changera rien et l'on est frappé de retrouver un nombre considérable de gros acquéreurs parmi les membres des États Provinciaux au début du régime hollandais



L'abbaye d'Echternach, illustration de 1861, dans *Les bâtiments de l'abbaye d'Echternach depuis 1797* par Paul Spang

biens vendus, les acheteurs totalisant pour plus de mille francs de biens en valeur estimative, soit 31 personnes au total, s'adjugent 51 pour cent de l'ensemble des biens mis en vente (abstraction faite des acquisitions réalisées par les moines). Notons que sur ces acquéreurs il y a onze Français, notamment les principaux acheteurs : Légier, commissaire du Directoire, Beuvière, négociant à Charleville, et Letourneur, directeur des Douanes.

Il n'est pas étonnant de voir les moines prendre une part active à la vente des biens du clergé, puisque le gouvernement, pour les amener à reconnaître eux-mêmes leur spoliation, leur avait accordé des bons en guise d'indemnisation qui pouvaient uniquement servir à l'achat de biens nationaux. Ce qui est surprenant toutefois, c'est l'importance des biens qu'ils acquièrent (22 pour cent). Or, les bons de retraite sont en effet largement insuffisants pour le paiement d'une telle quantité de biens. Il semble donc que les religieux aient surtout servi de prête-noms aux gros spéculateurs qui de cette manière réussissent à éluder la stipulation qui prévoyait le paiement de la moitié de la mise à prix en numéraire. Les religieux se font d'ailleurs très souvent représenter aux enchères par un mandant muni d'une procuration en blanc, ce qui montre qu'ils n'avaient pas l'intention de devenir propriétaires des biens qu'ils se faisaient adjuger.

Il n'y a donc pas eu en général de tentative de reconstitution de communauté, excepté dans le cas des ordres pauvres, tels les Recollets ou les Carmes qui s'étaient déjà distingués dans leur opposition véhément à leur suppression, mais dans ce cas une telle tentative de reconstitution se limite au rachat de la maison conventuelle. Le clergé séculier participe lui aussi à l'achat de biens ecclésiastiques, mais faiblement et presque toujours pour racheter des biens de cure. Ces rachats de cure par les curés eux-mêmes demeurent cependant l'exception. Par ailleurs les jugeront plus prudents d'en rentrer en possession par l'intermédiaire de leurs ouailles.



Nicolas-Vincent Légier; Holzberger H. : *Herr Ligier von Weilerbach* dans *Heimatkalender 1996*, Landkreis Bitburg-Prüm

Les fonctionnaires sont, sans conteste, les principaux bénéficiaires de la vente des biens du clergé, se faisant adjuger 28,1 pour cent de ces biens en valeur estimative. Il s'agit pour soixante pour cent de Français, à commencer par le commissaire du Directoire Légier qui, à lui seul, se fait adjuger 43 lots soit en valeur estimative plus de cinq pour cent de tous les biens aliénés. Accusé par la suite de graves malversations par ses ennemis politiques, il ne sera pourtant pas inquiété pour les délits dont il s'était rendu coupable, grâce sans doute aux puissants appuis dont il dispose – il est notamment très lié au ministre de la Justice et de la Police, Merlin de Douai. Sous l'Empire, Légier se retirera aux forges de Weilerbach où il mourra en 1828.

Arrivent en deuxième lieu les négociants, se portant acquéreurs de 215 lots équivalant à 14,3 pour cent du total des ventes. On constate que près de trois quarts des biens acquis par ce groupe vont au compte de cinq gros acheteurs, dont deux sont étrangers au département. Parmi les acheteurs indigènes, Jean-Henri Dondelinger mérite une mention spéciale. Il constitue l'exemple le plus frappant d'un homme dont la fortune et l'ascension sociale sont intimement liées au nouveau régime et aux nombreuses possibilités d'enrichissement qu'il offre à un habile spéculateur.

Issu d'un milieu social modeste – son père était cabaretier – Dondelinger est échevin de l'abbaye de St. Willibrord, lorsque les troupes françaises entrent au Luxembourg. Il se constitue alors une petite fortune comme fournisseur auprès des armées françaises. Puis il est tout naturellement amené à spéculer sur les biens nationaux. Il acquiert en tout 72 biens ecclésiastiques, raflant la plupart des biens situés autour d'Echternach. Plus tard, sous le régime napoléonien, il fera fortune comme fabricant de faïences dans les bâtiments de l'ancien couvent de St. Willibrord acquis par l'intermédiaire d'un religieux.

Parmi les autres groupes sociaux qui ont pris une part active à la vente des biens du clergé, on relève sans surprise les notaires (4,3 pour cent) et les aubergistes (près de deux pour cent), étant donné le rôle d'intermédiaires privilégiés qu'ils étaient appelés à jouer dans une société demeurée foncièrement rurale avec une paysannerie largement illettrée.

En effet c'est cette dernière qui apparaît comme la catégorie la plus défavorisée. Ceci n'a rien d'étonnant, puisque les modalités de vente se révèlent très défavorables aux classes populaires et notamment aux paysans. Les ventes ont lieu dans le chef-lieu du département. Or nous savons qu'en France, le remplacement du chef-lieu du district par celui du département s'est soldé par un net fléchissement de la part prise par les paysans. Le caractère vallonné du département et le mauvais état du réseau routier va encore davantage accentuer cet effet. Par ailleurs les biens sont vendus dans leur état primitif et non morcelés en petites parcelles comme cela avait été fait à l'époque jacobine, ce qui là encore favorise les classes aisées. Finalement les modalités de paiement très complexes ont un effet dissuasif sur les paysans dans un département où le niveau d'instruction reste très bas.

Il n'est donc pas étonnant que l'on ne compte que 145 acheteurs paysans (auquel il faudrait cependant ajouter la majorité des 275 acquéreurs d'origine rurale dont nous n'avons pas réussi à établir l'occupation) se faisant adjuger 204 lots équivalant à 6,4 pour cent des biens aliénés. La plupart de ceux-ci n'acquièrent qu'un seul lot, dans l'intention d'arrondir leurs lopins de terre. On retrouve aussi parmi ces acheteurs paysans des fermiers des abbayes qui se font adjuger des biens qu'ils avaient déjà tenus en bail.

De façon générale, les paysans ne se décident que fort tard à participer plus activement aux enchères. Ceci s'explique sans doute par un ralliement progressif de la paysannerie au régime français, surtout à la suite du Concordat, mais plus encore par le fait que les lots mis en vente deviennent plus modestes : les gros spéculateurs ayant rasé les plus gros morceaux, il leur faut se contenter des miettes. L'on peut également constater que la plupart des biens de cure reviennent à des paysans qui, souvent en s'associant à plusieurs, rachètent ces biens au profit de la paroisse.

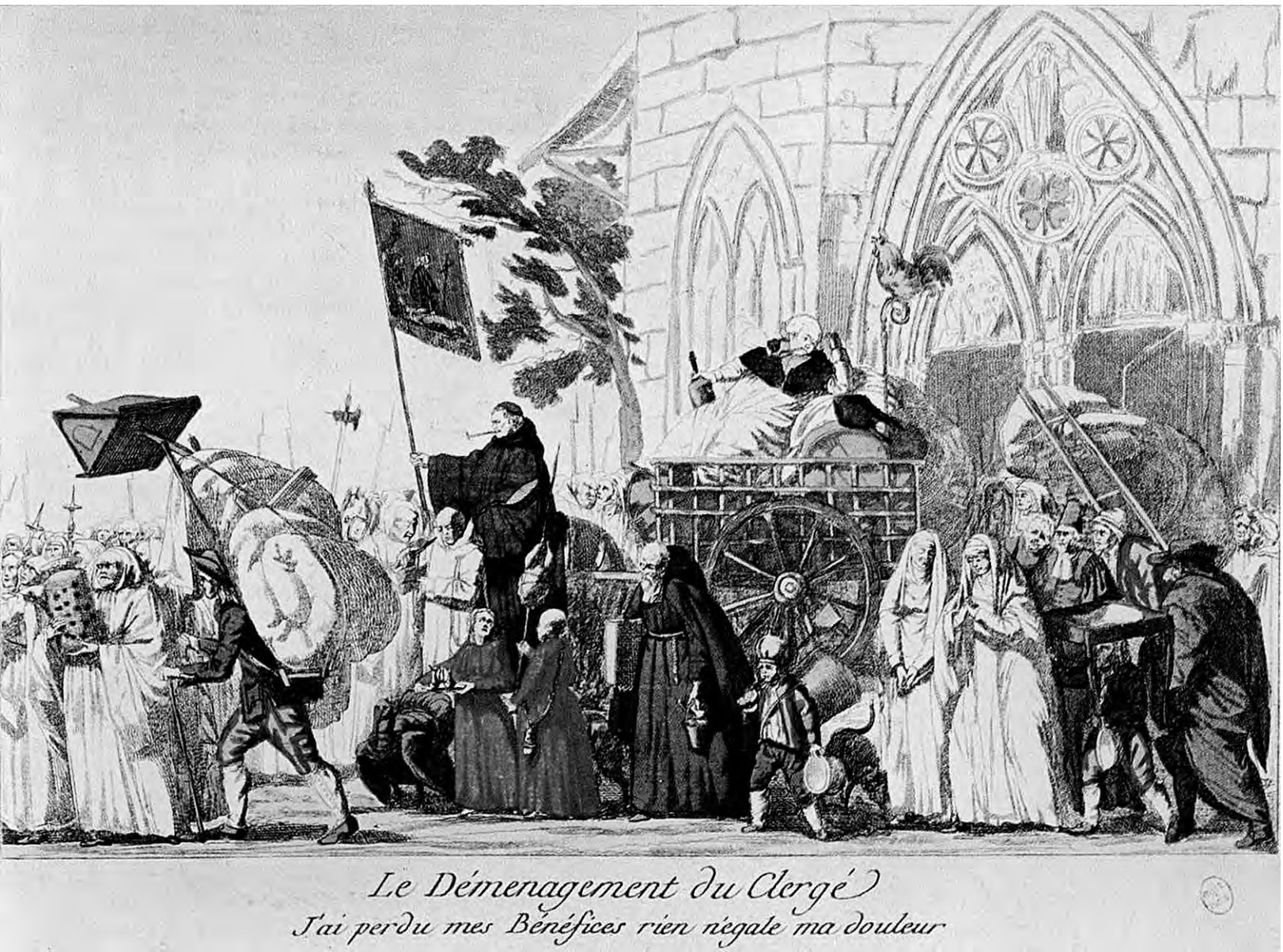
Pour juger des conséquences sociales de la vente des biens du clergé, il est impératif, plus encore que dans d'autres départements, de suivre autant que possible les reventes de seconde main, en cherchant une réponse aux questions que s'était posé l'historien M. Marion dans une des premières analyses consacrées à la question de la vente des biens nationaux : « Les acquéreurs ont-ils acheté pour garder ou pour revendre ?

Les paysans ne se décident que fort tard à participer plus activement aux enchères des biens nationaux. Ceci s'explique par un ralliement progressif au régime français, surtout à la suite du Concordat, mais plus encore par le fait que les lots mis en vente deviennent plus modestes

adverses avaient tenu à l'écart des enchères, se rattrape par la suite par d'importants achats de seconde main réalisés sous le Consulat, acquérant surtout de grandes surfaces forestières.

Mais ce sont les paysans qui apparaissent comme les principaux bénéficiaires de ces reventes. En effet ces reventes leur ont offert des possibilités d'achat que les perspectives d'un long déplacement et de difficiles enchères leur avaient retirées. Il est vrai que là encore, ce sont les coqs du village ainsi que les anciens fermiers des abbayes qui se taillent la part du lion. Pour ce qui est des biens du clergé séculier, on constate qu'un nombre considérable des bâtiments finissent par revenir à leurs anciens propriétaires, soit par donation soit par revente. Cependant, autant que nous ayons pu en juger, ces rétrocessions ne concernent souvent que les seules maisons curiales ou vicariales et leurs dépendances directes, à l'exclusion des terres qui y étaient attachées.

En conclusion, on peut dire, qu'étant donné la faiblesse de la propriété ecclésiastique dans le Département des Forêts, on ne peut pas s'attendre à un bouleversement des structures foncières et sociales par suite de l'aliénation des biens du clergé. Il serait donc exagéré d'affirmer, comme on a pu le faire, que cette vente a assuré l'émergence de la bourgeoisie comme classe dominante. D'autant plus que les contours sociaux de cette classe – entre bourgeoisie rentière et commerciale – restent très flous. Les principales familles de notables du XIXe siècle – les Boch, Servais, Pescatore et autres – n'apparaissent que très épisodiquement et fort tardivement dans les actes de vente.



Le déménagement du clergé, gravure, Musée Carnavalet, Paris

La répartition dernière entre les différentes classes sociales a-t-elle ressemblé à la répartition initiale ? Y a-t-il eu morcellement ... [ou] reconstitution, au contraire des biens originellement morcelés ? Retour aux anciens propriétaires de tout ou partie des biens confisqués ? »

Or, comme nous venons de le voir, une grande partie des acquéreurs de biens ecclésiastiques – notamment les moines et les acheteurs étrangers au département qui interviennent ensemble pour environ la moitié des biens mis en vente – n'ont dans leur grande majorité pas l'intention de conserver ces propriétés. Rien d'étonnant donc qu'il nous ait été possible, en privilégiant les principaux notaires exerçant dans la capitale et à Echternach et en nous limitant à la période allant du début de la vente des biens nationaux au commencement de l'Empire, de retrouver 253 cas de reventes de biens du clergé, soit environ seize pour cent de biens mis en vente jusqu'au début de l'Empire. On peut donc affirmer sans crainte que plus de la moitié des biens du clergé ont été revendus peu de temps après leur adjudication, proportion nettement supérieure à celle d'un sixième établie par M. Marion pour le Sud-Ouest ou d'un cinquième par R. Marx dans le cas de la Basse-Alsace.

Dans le cas des moines (pour lesquels nous avons relevé 78 cas de reventes) ce sont très

souvent les commanditaires qui sont les bénéficiaires de ces transmissions ; or, il s'agissait pour la plupart de gros acheteurs de biens nationaux, à commencer par J.H. Dondelinger. Pour ce qui est de ces gros spéculateurs, certains revendent au plus vite les biens qu'ils s'étaient fait adjuger (tel Letourneur, directeur des Douanes qui fin fructidor an VII s'était déjà défat de 22 lots sur les 41 qu'il avait acquis jusqu'alors). Une partie des reventes se fait à l'intérieur du cercle restreint des gros spéculateurs, ce qui permet à ceux-ci de regrouper leurs biens. C'est ainsi que Légier acquiert surtout des biens sur les bans de Bollendorf et de Weilerbach où il avait établi sa résidence. Dondelinger fait lui aussi preuve d'un comportement mieux réfléchi, n'écoulant que très progressivement les biens qu'il avait acquis dans les alentours d'Echternach.

Par ailleurs les reventes, telles que nous avons pu en retrouver trace dans les actes notariaux, conduisent à un morcellement certain de la propriété ecclésiastique. Ainsi, 175 articles ayant appartenu à 75 individus se répartissent par suite des reventes entre plus de 400 particuliers dont la plupart n'avaient pas participé directement à la vente des biens du clergé. On retrouve ici quelques notables du département qui avaient été pratiquement absents des enchères. Ainsi P.J. Boch, propriétaire des faïenceries de Septfontaines, que des circonstances économiques

Pourtant, il n'en demeure pas plus vrai que la vente des biens du clergé conduit au développement d'une classe de nouveaux riches, de la trempe d'un Dondelinger qui au début du régime français n'était crédité que d'une fortune de 8 000 livres et qui se retrouve en septième place sur la liste des notables les plus fortunés du département sous l'Empire. La chute de l'Empire n'y changera rien et l'on est frappé de retrouver un nombre considérable de gros acquéreurs de biens nationaux parmi les membres des États Provinciaux au début du régime hollandais : en premier lieu Dondelinger, mais également J.B. Marlet, M. Vogel ou encore J.F. André.

Aussi ne faut-il pas s'étonner que la vente des biens nationaux ne sera jamais remise en question par la suite ; on préfère passer l'éponge. Et n'est-ce pas pour rassurer les acquéreurs de biens nationaux que, lors de la première séance des États Provinciaux en 1816, son président proclame : « Ne craignez pas qu'une main indiscrète soulève ici le voile qui couvre les longs jours de deuil. Des tableaux affligeants arracheraient de nouvelles larmes de douleur et nous ne devons en verser que de joie et de reconnaissance. »

Ally Leytem est professeur d'histoire à la retraite. Il a fait ses études à Université de Kent et à Paris l'ou en 1978 il a soutenu sa maîtrise sur la vente des biens du clergé au Département des Forêts sous la direction d'Albert Soboul



Frank Hoffmann a ce don unique de dégoter des talents luxembourgeois complètement inconnus au grand-duché pour le programme des « auteurs en résidence » du Théâtre national. Ce fut le cas de l'actrice Fabienne Biever, qu'on découvrit alors auteure, puis d'Olivier Garofalo, dont le court *Rede vom Theater* avait jeté un pavé dans la mare du microcosme du théâtre autochtone. Cette saison, l'invité est Daniel Dumont, ici au centre de l'image, auteur luxembourgeois qui vit et travaille à Berlin. Demain, samedi, 14 avril, aura lieu la première de sa pièce *Splittergesichte*, qu'il met lui-même en scène. Il s'agit d'une histoire de famille qui se joue entre vie privée et vie publique – le père et la mère étant dans la politique. Sur scène, on retrouvera Luc Feit, Melanie Isakowitz (à gauche sur la photo) et Josiane Peiffer (représentations jusqu'au 22 avril, informations et réservations : tnl.lu). jh

Sven Becker

tablo

Photographie

Yvon Lambert, photographe de rue

« Le photographe voit en couleurs, mais il rêve en noir et blanc », écrit l'auteur et curateur allemand Rolf Sachse dans la préface du livre double d'Yvon Lambert sur le Kirchberg. Double, parce qu'il réunit, dans une somptueuse boîte en carton, deux tomes d'une même recherche photographique : l'un, en hauteur, avec des photos en noir et blanc, et l'autre, en largeur, avec des photos en couleurs. Lambert, dont on connaît l'approche respectueuse et le caractère radical pour avoir apprécié son travail au Japon, à Cuba ou dans l'Esling, a toujours deux appareils analogiques avec soi quand il déambule dans un paysage, l'un avec un film en noir et blanc et l'autre, donc, avec une pellicule couleurs, et il cherche à capter la vie quotidienne d'un lieu. Parce que, plus que l'architecture, ce sont les gens qui définissent la vie.

Le projet Kirchberg, une commande du Fonds d'urbanisation du quartier, lui a pris plusieurs années : la plupart des photos ont été réalisées en 2015 (photo : *Hôtel Sofitel, Espace extérieur*, 23.09.2015 ©Yvon Lambert / Fuak) et 2016, le double livre a été discrètement publié l'année dernière par le Fonds. Tout le projet fera l'objet d'une exposition des meilleures photos au Luxembourg center for architecture (Luca), rue de l'Acierie à Luxembourg à partir de jeudi, 26 avril (vernissage à 18h30 ; exposition jusqu'au 2 juin ; informations : www.luca.lu/news/yvon-lambert-kirchberg). jh



Politique



Den Houfert vum Land

Le *Codex mariendalensis*, manuscrit remontant au début du XIV^e siècle, retrouvé en 1999 et que l'État a acheté dix ans plus tard pour 3,1 millions d'euros (ici lors d'une exposition aux Archives nationales en 2009, photo : TPC) en fait probablement partie. Mais en amont de la conférence de presse que tiendra le Premier ministre et ministre de la Culture Xavier Bettel (DP) lui-même lundi, on n'en saura pas plus sur la grande exposition *Unexpected treasures*, qui ouvrira le lendemain, mardi 17 avril à 18h30 au Naturmusée au Grund. C'est que cette exposition est hautement politique, car voulue par Bettel pour montrer la richesse du patrimoine culturel luxembourgeois, trop peu connue à ses yeux. Neuf instituts culturels publics ont ouvert les portes de leurs collections au curateur Patrick Michaely, qui a dû faire ses choix parmi plusieurs millions d'objets. L'exposition est organisée en huit chapitres thématiques, de la valeur de l'objet en soi jusqu'à sa contextualisation ou son stockage. On attend cette exposition avec d'autant plus de curiosité qu'elle pourrait être la préfiguration de cette possible future « Galerie d'art nationale » que le même Xavier Bettel voulait installer dans l'actuelle Bibliothèque nationale, boulevard Roosevelt, et dont on n'a plus entendu parler depuis (pas un mot dans le rapport annuel 2017 du ministère ; exposition jusqu'au 26 août 2018). jh

Théâtre

Et familjedrama...

...est le sous-titre norvégien de *Gengangere* de Henrik Ibsen (1881), que Johannes Zametzer met en scène au Grand Théâtre dans une version allemande : *Gesperster*. Et la pièce est surtout cela, un drame familial, où toutes les certitudes des protagonistes tombent une à une en miettes. Le plus intéressant de cette production maison est la distribution : on y retrouvera la grande Almut Zilcher, qui travailla beaucoup avec son mari Dimiter Gotscheff, mais aussi Martin Engler ou Luc Schiltz par exemple (première le 18 avril, jusqu'au 24 au Studio ; theatres.lu). jh

Lutter, toujours

Il préférerait, avait dit Stéphane Charbonnier alias Charb, mourir debout que de vivre à genoux – et il paya au prix fort son impertinence : il est mort, comme onze autres personnes, le 7 janvier 2015 sous les balles des frères Kouachi, lors de l'attentat à la rédaction de *Charlie Hebdo*. Avec *Irresponsable*, Gérald Dumont rend hommage non seulement au caricaturiste, mais aussi et surtout aux valeurs laïques de gauche qu'il défendait. *Irresponsable* est une lecture d'extraits de *Lettre aux escrocs de l'islamophobie...* de Charb, lecture qui sera suivie par une rencontre avec des membres de l'équipe de *Charlie* (ce soir, vendredi 13 avril, à la Kulturfabrik). jh



Musiques

Vue d'ensemble

Everything Everything se produira ce dimanche 15 avril aux Rotondes. La formation mancunienne développe depuis quatre albums une pop *arty* et tarabiscotée, ambitieuse tant sur la forme que sur les objectifs à atteindre. Le petit dernier, *A fever dream*, fourmille ainsi d'idées qui titillent le bassin voire le bas ventre ainsi que la matière grise, n'hésitant pas à puiser dans des influences très disparates. L'art des montagnes russes (même au sein d'un seul morceau) semble d'ailleurs être un sacerdoce chez le quatuor. Ceci peut occasionner de sacrées sorties de route, mais quand ça tape dans le mille, leurs morceaux s'avèrent tout simplement irrésistibles à l'image des Night Of The Ling Knives et autres Desire. da

Plus ou plus ?

La Philharmonie convie jeudi 19 avril The Bad Plus. Le trio basse-batterie-piano encore surnommé « les frères Coen du jazz » partage plus d'un point commun avec ces derniers : originaires du Minnesota, iconoclastes virtuoses, potaches, et incroyablement versatiles. Ils se sont taillé une belle réputation en reprenant entre autres Nirvana, Aphex Twin, Radiohead et même György Ligeti avec leur malice caractéristique. De plus, le trio a un sens fureteur de la composition comme le démontre le récent *Never stop II*, maintenant avec brio le cap et ce, malgré le départ du pianiste co-fondateur, Ethan Iverson. Reis Anderson, Dave King et à présent Orrin Evans prouvent qu'ils ont encore toujours de la dynamite au bout des doigts. da

Art contemporain



Marx for dummies

Pour leur installation vidéo dans la *BlackBox* du Casino Luxembourg, les artistes Bruno Baltzer et Leonora Bisagno prennent prétexte de l'anniversaire de la naissance de Karl Marx et des célébrations qui entourent l'événement dans sa ville natale de Trèves pour nous offrir un gloubi-boulga tant visuel qu'idéologique. *Déformation*, tel est le nom très pertinent de l'œuvre, fait parler toutes sortes de gens de leurs associations avec Marx – ça va d'une critique philosophique du capitalisme jusqu'à du charabia anti-consumériste – sur l'écran de gauche, alors qu'à droite, on voit un *livestream* sur la place à Trèves ou sera érigé le gigantesque monument à Marx (photo : TPC). jh

Addendum

Une semaine après la publication, par woxx.lu, de la rumeur d'une procédure de licenciement à l'encontre du curateur Clément Minighetti et après s'être muré durant sept jours dans le silence le plus total (aussi en interne, voir *d'Land* 14/18), la direction du Mudam a enfin communiqué le week-end dernier. L'attachée de presse Julie Jéphos nous a envoyé un démenti formel : « Il n'existe aucune procédure de licenciement concernant Clément Minighetti ». Le personnel en a, lui aussi, été informé samedi. jh

Cinéma

Se non è vero, è ben trovato

josée hansen

Ils le trouvent dans une posture très désavantageuse. Quand Matrena Boutouzova, la vieille gouvernante de Staline, entre ce matin-là dans sa chambre – alors qu’il avait interdit qu’on le dérange –, il est inconscient, allongé sur le tapis, son pantalon trempé d’urine. On est en mars 1953, sur la datcha privée de Staline, où le président du conseil des ministres de l’Union soviétique (URSS) avait dîné la veille avec ses plus proches collaborateurs : Beria, Malenkov, Boulganine et Krouchtchev. Dans *The death of Stalin*, le cinéaste et comique britannique Armando Iannucci reconstitue assez fidèlement ces faits réels – en forçant juste un peu le trait, jusqu’à ce que cela en devienne grotesque. Ainsi, il fait de ce repas une sorte de soirée de déconnade entre amis, qui boivent beaucoup et regardent des westerns ensemble, alors que Staline finalise les dernières listes de noms de gens qui seront soumis à ses purges complètement arbitraires – dont aussi des membres de son cercle rapproché. Alors, quand ses plus proches collaborateurs se saluent en partant, c’est en même temps un adieu – sait-on jamais qui survivra à la nuit.

Et puisque Staline a à tel point fait régner la terreur – on ne sait toujours pas exactement combien son règne a fait de morts, mais les historiens parlent de millions de personnes, peut-être même vingt –, il en sera victime lui-même : lorsque ses collaborateurs accourent et voient leur leader inerte (mais vivant) sur le tapis, ils ont d’abord peur de le toucher. Après des heures seulement, ils osent le déplacer sur un canapé et seul Beria, le chef de la police secrète et du NKVD (Commissariat du peuple aux Affaires intérieures), est autorisé à appeler un médecin, Staline ne leur faisant pas confiance. « Mais tous les meilleurs médecins sont soit au goulag, soit morts », s’inquiète l’un d’entre eux. La situation s’éternise et quand arrivent enfin les médecins, Staline meurt des suites de son attaque cérébrale. Voilà le point de départ de cette comédie féroce sur la violence des luttes de pouvoir, le ridicule de cette obséquiosité et du faste du système instauré par Staline.

Qui pour succéder au tyran ? Beria – excellent Simon Russel Beal – s’y verrait bien, lui qui a si bien appris à torturer et à tuer avec Staline. Il est le premier dans sa chambre, fait disparaître tous les documents compromettants, et promet à ses détracteurs qu’il a « un dossier sur chacun d’entre vous ». Malenkov (Jeffrey Tambor, merveilleusement naïf), le numéro deux du pouvoir, est le successeur naturel. Il est aveuglé par les formes du pouvoir, veut s’ériger en figure mythologique en mimant les symboles avec lesquels Staline voulait se montrer en « père du peuple » : l’uniforme, la photo avec une enfant, les apparitions sur le balcon. Mais il est complètement dépassé et ne voit pas que tout le monde le manipule, en premier Beria (en réalité, il ne restera au pouvoir que durant deux ans). Il y a aussi Khrouchtchev – délicieux Steve Buscemi, avec cet éternel regard de chien battu –, si servile au

En forçant le trait jusqu’au grotesque, Armando Iannucci dénonce les luttes de pouvoir des précieux ridicules dans *The death of Stalin*

début qu’il note tous les soirs, avec sa femme, les blagues qui avaient fait rire Staline pour pouvoir les refaire, dégradé par ses pairs au rôle d’organisateur des funérailles, qui ensuite s’érige en réformateur qui n’aurait que le bien du peuple russe en tête. Puis il y a les enfants de Staline : l’incontrôlable Vassili et sa sœur, la belle et fragile Svetlana. Pendant plusieurs jours, tout ce petit peuple court dans tous les sens : Que faire ? Comment constater vraiment la mort de Staline – et les raisons de cette mort ? La scène où tous ces gens sérieux en costume et *trenchcoat* se chamaillent autour du cadavre, le crâne ouvert, est désopilante.

The death of Stalin est une adaptation du roman graphique éponyme de Thierry Robin et Fabien Nury, que le film dépasse en burlesque et en férocité – à tel point que *Libération* se dit choqué que Iannucci ose rire de tout, y compris des scènes de torture (Beria est interrompu en pleine session d’interrogation musclée d’un prisonnier politique parce que Staline est « très, très, très malade »). Mais bien sûr qu’on peut rire de tout, au pays de *Charlie Hebdo*, cela devrait être une évidence. Iannucci dénonce l’arbitraire du pouvoir, que ce soit en Russie soviétique, ou, peut-être aussi, aux États-Unis d’aujourd’hui ? On peut tout à fait y voir une référence à



La garde rapprochée de Staline devant son corps

la cour de Trump, où les décisions semblent prises aussi arbitrairement qu’au temps de Staline, faisant facilement tomber en disgrâce demain les alliés d’aujourd’hui.

La comédie qui a fêté sa première à Toronto en automne, a été montrée au Luxembourg City Film Festival début mars et est actuellement en salles au Luxembourg, a été interdite en Russie en début d’année parce qu’elle est jugée « ignoble », une « raillerie insultante envers le passé soviétique ». En cause notamment la représentation du rôle du général Gueorgui Joukov, le militaire le plus décoré de l’histoire du pays, libérateur de Stalingrad et de Berlin durant la Deuxième Guerre mondiale. Chez Iannucci, il est beau, téméraire et assoiffé de vengeance – Beria a voulu remplacer l’armée par la police secrète –, un vrai personnage à la Tarantino, qui pourrait tout aussi bien jouer dans *Inglorious Basterds* (il est incarné avec beaucoup de verve par Jason Isaacs). Alors que Staline (Adrian McLoughin) a un côté pépère – il ressemble à Walter Matthau vieux –, pas vraiment inquiétant. Rien que cette censure hautement symbolique prouve la pertinence de la farce. Parce que, même si ce n’est pas vrai, c’est très bien trouvé et cela aurait pu se passer ainsi. La réalité est toujours plus ubuesque que la comédie.

Art contemporain

Révolutions périphériques

Loïc Millot

On oublie souvent que les villes concentrent au détriment des campagnes la plupart des équipements culturels. Ce qui se passe à Delme, en Moselle, constitue une exception d’autant plus remarquable qu’elle a trait à l’art contemporain. Logé entre Metz et Châteausalins, dans une contrée autrefois courue pour ses terres salines, ce village abrite depuis 1993 un Centre d’art contemporain en lieu et place de l’ancienne synagogue. Avec son style architectural orientalisant, sa coupole et son entrée à arcades, l’édifice érigé à la fin du XIXe siècle ne passe pas inaperçu. Partiellement détruit lors de l’occupation allemande, le lieu occupe aujourd’hui une place importante dans le paysage culturel lorrain. Parmi les illustres plasticiens ayant œuvré entre ses murs, citons notamment Daniel Buren, François Morellet, Jean-Marc Bustamante ou encore Éric Baudelaire (ou encore la Luxembourgeoise Simone Decker, ndlr.). Outre son espace dédié aux expositions temporaires, la synagogue dispose depuis 2012 d’un centre de médiation et de documentation, le bien nommé *Gue(ho)st House*, tout en conduisant un programme de résidence artistique au sein de la

commune de Lindre-Basse, en plein cœur du Parc naturel régional de Lorraine.

Pour son 25e anniversaire, le Centre d’art contemporain de Delme organise de nombreux événements tout au long du printemps. Sous le titre fédérateur *d’Assemblée*, l’exposition temporaire réunit les œuvres de vingt artistes ayant marqué l’histoire du lieu. Les œuvres sélectionnées par la directrice, Marie Cozette, proviennent des collections du Frac de Champagne-Ardenne et de nombreuses galeries berlinoises et parisiennes.

Au rez-de-chaussée, le *Phylactère* (2012) de Delphine Coindet, avec sa forme serpentine, invite le spectateur à déambuler dans les méandres de l’exposition. Les mots inscrits sur le parchemin de carton dansent dans l’espace, sans rien perdre de la signification politique que le texte véhicule dans son ensemble. Le langage est également au cœur du travail de Louise Hervé et de Chloé Maillet, mais cette fois-ci sous une forme imprimée. Le livre (re-)présenté par les

deux artistes parisiennes rassemble l’intégralité du roman-feuilleton *Attraction étrange* paru dans les pages du *Républicain Lorrain* entre février et mai 2012. À travers la vie de plusieurs personnages historiques (Pythagore, Christine de Pisan, etc.), le récit se focalise sur les moments où la pensée se cristallise autour d’objets quotidiens, selon le processus décrit par Stendhal dans son ouvrage intitulé *De l’amour*.

Plus avant, une sculpture réalisée par Katinka Bock (*Junimond*, 2017) inaugure des formes d’économie singulières, comme celle du don et du contre-don. Ainsi, le boucher, l’épicier ou le quincaillier offrent un objet en échange d’une œuvre de l’artiste qu’ils exposent dans leurs magasins, au même titre qu’un pavé de rumsteack, une pile de journaux ou une boîte d’ampoules. Animés d’un esprit animiste, Julia Rommetti et Victor Costales présentent trois objets ancrés dans la culture mexicaine, pays où le duo d’artistes travaille depuis 2007. On ne pouvait rêver plus beau titre – *Anarquismo magico* (2013) – pour désigner ce drapeau noir confectionné à partir de graines

de huayruro, jadis utilisées pour la préparation de plantes psychotropes. La genèse de cette œuvre poétique et politique est née de la rencontre improbable entre un anarchiste et une communauté native de l’Amazonie, entre la philosophie libertaire occidentale et les concepts développés dans la cosmologie amérindienne. La deuxième œuvre, *Xochipilli in magenta* (2014), est constituée d’une diapositive représentant le dieu aztèque Xochipilli, le corps entièrement recouvert de tatouages aux motifs végétaux. Le « prince des fleurs », comme on l’appelait, avait pour fonction de répandre la connaissance à travers des états de conscience altérés. Arborant des plumes en palme tressée, *Columnia de plumas* (2016) relève tout à la fois du végétal et de l’animal ; c’est un totem venu de loin pour dépasser l’espace d’exposition et la perception du spectateur.

À l’étage, la synagogue abrite *Ante-Memoriám* (2011), une œuvre exposant l’étrange correspondance recueillie par Éric Baudelaire. Cette année-là, l’artiste entreprend d’écrire à tous les premiers ministres anglais de Margaret Thatcher (1979-1990) à David Cameron (2010-2016) pour leur demander de révéler le contenu des lettres d’instruction remises aux capitaines de la marine britannique en cas d’attaque nucléaire. À défaut de lever les arcanes du pouvoir politique, Baudelaire finit par transformer l’échange épistolaire en un mémorial d’un genre bien particulier, celui-ci commémorant une guerre qui n’a pas encore eu lieu. Non loin de là, on peut apprécier deux installations produites *in situ* par Capucine Vandebrouck (*Lignes de fuite ; Au même instant*, 2018), ainsi que le tableau de Christian Hidaka, *La Mistralenco* (2016), qui tire son nom d’une ferme que l’artiste découvre à Arles, lors de recherches le menant sur les traces de Vincent Van Gogh. Christian Hidaka s’empare d’un portrait que le peintre hollandais a fait de lui-même, mais en le reproduisant dans une perspective chinoise.

Autour de l’exposition sont proposés aux publics des ateliers éducatifs, des concerts et une program-

En 25 ans d’existence, le Centre d’art contemporain – La Synagogue de Delme s’est forgé une place importante dans le paysage culturel lorrain. L’exposition *Assemblée* célèbre cet anniversaire

mation de films d’art faisant écho à la manifestation. À la *Gue(ho)st House* seront projetés le 21 avril les films de Chloé Maillet et Louise Hervé (*Un projet important*, 2009), de Susan Hillier le 5 mai (*The J. Project*, 2002-2005), ou encore, les 19 et 20 mai prochains, celui de Julien Prévieux (*What shall we do next*, 2014), qui vient en complément de son projet de lotissement philosophique exposé à la synagogue. On ne manquera pas d’assister, le samedi 14 avril, à la rencontre-projection autour du film *Le Déparleur* (2012), d’Olive Martin et Patrick Bernier (en présence des artistes), ainsi que le concert-apéritif du 13 mai, assuré par Jean-Luc Guionnet et Thomas Tilly.

L’exposition *Assemblée* se tient jusqu’au 20 mai 2018 au Centre d’art contemporain – la synagogue de Delme, 33, rue Poincaré 57590 Delme ; pour plus d’informations : www.cac-synagoguedelme.org



Vue de l’exposition *Assemblée*, dans la Synagogue



Le Centre d’art contemporain flanqué du *Gue(ho)st House* par Berdaguer & Péjus, 2012

Théâtre

Superbe fantôme

Fabien Rodrigues

Une claque. C'est tout simplement – et enfin – ce qu'envoie le Théâtre ouvert de Luxembourg au visage de son public avec sa nouvelle création présentée actuellement. Adapté du texte de Philip Ridley représenté pour la première fois en 2000, mis en scène par Véronique Fauconnet et porté tambour battant par un duo d'acteurs époustouffant, ce *Vincent River* percute de manière pertinente dans un contexte actuel où l'homosexualité peut être encore et toujours un motif de haine, à l'instar de nombreuses autres « différences ».

Anita est dévastée : son fils unique, Vincent, qu'elle a élevée seule et avec qui elle fut terriblement complice s'est fait battre à mort quelques mois plus tôt, son corps retrouvé par hasard dans une gare désaffectée de Shoreditch à Londres, haut lieu de rencontres entre hommes... Devant les révélations médiatiques, elle qui n'avait jamais demandé de détails sur la vie amoureuse de son cher enfant a dû alors faire face aux regards méprisants et aux remarques homophobes des bigotes de sa résidence, en addition à son insupportable deuil... N'en pouvant plus, elle a déménagé dans un appartement vétuste de Dagenham, loin de la peine, loin des jugements. C'est là qu'elle finit par inviter un mystérieux jeune homme qui l'observe de loin depuis des semaines. Elle l'avait remarqué, mais ne s'en inquiétait point. Mais ce jour-là, il est tout cabossé devant sa porte et elle lui propose d'entrer. Alors qu'elle le désinfecte, ils font connaissance : lui c'est Davey, il a 17 ans. Il est farouche, apeuré, mais curieux... Pourquoi suit-il Anita depuis l'enterrement de son fils ? C'est lui et non sa petite amie Rachel – qui avait appelé la police –, qui a trouvé le corps de Vincent. Depuis, Vincent le hante chaque jour, malgré lui, et c'est pour exorciser ce fantôme qu'il veut en savoir plus sur cet homme qu'il n'a jamais connu vivant.

Commence alors une danse macabre entre Davey et Anita, un pacte dans le cadre duquel chacun dévoilera un peu de sa vie et de celle de Vincent à l'autre... Pourquoi Davey et Rachel sont-ils passés par cette gare sordide le soir de leurs fiançailles ? Comment était Vincent lorsqu'il était petit ? À quoi ressemblait-il lorsque le jeune couple l'a trouvée cette nuit-là ? Et cet hôpital où Anita a séjourné quelques jours, ne serait-ce pas le même dans lequel la mère de Davey était traitée pour son cancer... ? Au fur et à mesure des révélations, des verres de gin, des comprimés, des joints et des massages de voute plan-



Massimo Riggi et Catherine Marques

taire, les langues vont se délier pour le meilleur et pour le pire, dévoilant tous les pans de l'histoire qui a conduit Vincent à sa perte...

Aux manettes de cette création du Tol, Véronique Fauconnet n'a aucunement l'intention d'épargner les sentiments du spectateur et c'est tant mieux ! En choisissant une mise en scène haletante, vive et physique, elle permet à l'action de ne souffrir aucun temps mort et de coller à la violence du contexte. Ses personnages sont des écorchés vifs et la vie semble transpirer de chacun de leurs pores malgré la seule chose qui les rassemble a priori : la mort de Vincent. Pour incarner ce duo incongru, on retrouve tout d'abord une Catherine Marques touchante et on ne peut plus crédible en mère anéantie, à la psyché anesthésiée par la disparition de son rayon de soleil. Sans en

Ce *Vincent River* au Tol percute de manière pertinente dans un contexte actuel où l'homosexualité peut être encore et toujours un motif de haine, à l'instar de nombreuses autres « différences »

faire des tonnes, elle saura camper cette Anita avec humilité et précision tout a long de l'action, dans sa solitude tout comme dans sa soif insatiable de lien humain... Puis il y a Massimo Riggi, sa gueule de l'emploi pour incarner Davey et son interprétation bluffante d'énergie et d'émotion. Tout d'abord attendrissant lorsqu'il est encore ce petit animal blessé et pris au piège d'une vision qui semble s'imposer à lui, Riggi sait faire évoluer son corps, son ton, l'expression de son visage et l'aura qu'il dégage à la minute près, tout comme évolue le rôle de son personnage dans la trame de l'histoire. Lors des pires révélations, ses yeux transpercent le public qui ne peut détacher son regard de ce Davey bien plus sulfureux, bien plus subversif que prévu, alors que la pauvre Anita ne peut que se murer dans l'horreur et le silence...

Si *Vincent River* aurait très certainement gagné à être connu de son vivant, une chose est certaine : celles et ceux qui lui ont survécu lui rendent un hommage vibrant et bourré de sentiments dans cette version très réussie du Tol.

Vincent River de Philip Ridley, traduction par Sébastien Cagnoli ; mise en scène par Véronique Fauconnet, scénographie et costumes : Jeanny Kratochwil ; avec Catherine Marques et Massimo Riggi ; au Tol, 143, route de Thionville, encore les 13, 14, 18, 19, 20, 25, 26, 27 et le 28 avril à 20h30 ; informations : www.tol.lu.

Ausstellung

Sampling als Methode

Ines Kurschat

Knallige bunte Farben, Wörter und Symbole, die sich nicht sogleich erschließen – auch wer Jean-Michel Basquiat bisher nicht gekannt hat, merkt auf einen Blick: Hier war ein junger Mann am Werk, der nur so sprudelte vor Ideen und kreativen Referenzen. Die Ausstellung *Boom for real*, die nach dem Auftakt im Londoner Barbican Station in der Frankfurter Schirn Kunsthalle macht, zeigt über hundert Werke des wohl bekanntesten afro-amerikanischen Künstlers, der mit 27 Jahren 1988 an einer Überdosis starb.

Dabei geht es nicht nur um seine neo-expressionistischen, figurativen Bilder. *Boom for real* zeichnet das rasante Leben und Wirken des 1960 geborenen Sohns eines haitianischen Vaters und einer Mutter mit puertoricanischen Wurzeln nach und beginnt, chronologisch, mit Fotos von Graffiti und *Tags*, die der Basquiat als Teenager unterm Künstlernamen Samo auf New Yorker Hauswände sprühte. Da zeigte sich bereits seine Liebe zu ironischen Wortspielen und absurden Allegorien. Samo steht für *same old shit*: Der Name kam dem 17-Jährigen und Kumpel Al Diaz, beide Schüler der unkonventionellen City As-School in Manhattan, als sie Marihuana rauchten. Es sollte Basquiats erstes Kunstprojekt sein. Samo und eine Postkartenserie, kolorierte Fotokopien, die er

mit Freundin Jennifer Stein entwickelte, waren für Basquiat der Einstand in der New Yorker Kunstszene: In New-Wave-Clubs wie dem Mudd Club oder dem Area traf er andere Talente seiner Zeit, etwa Keith Haring und LA2 (Angel Ortiz). Andy Warhol verkaufte der Schulabbrecher eine seiner Postkarten.

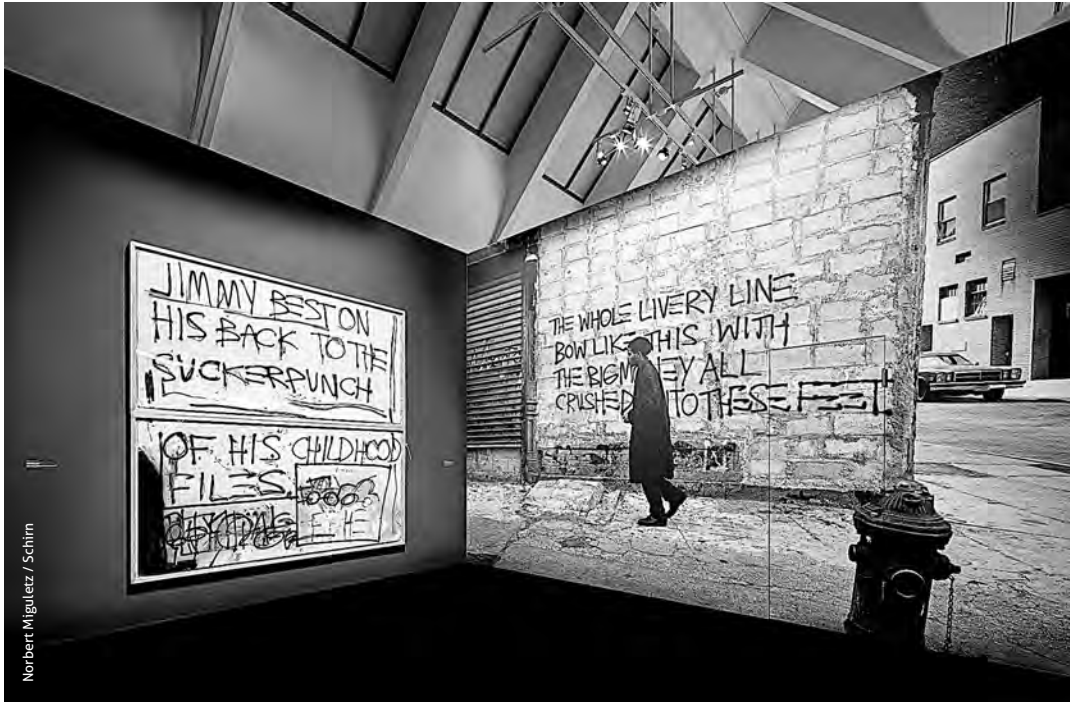
Dass die Geschichte um Basquiats exzessiven Drogenkonsum nicht detaillierter erzählt wird, ist eine der wenigen Schwächen in einer sonst umfassenden Ausstellung. Die – weißen – Kuratoren Eleanor Nairne und Dieter Burchhart, haben Jahre geforscht und dabei allerlei zusammengetragen, das so bisher nicht in einer Gesamtschau zu sehen war: Da sind Basquiats frühe Stationen in der New Yorker New-Wave-Szene, sein Auftritt im lange unveröffentlicht gebliebenen Low-Budget-Film *New York Beat*, seine Auseinandersetzung mit Jazz-Musik und Hip-Hop. Basquiat besaß eine riesige Schallplattensammlung und unzählige Bücher, einige davon sind in *Boom for real* zu sehen. Marihuana ist aus der Szene der 1970- und 1980-er Jahre, zumal der schwarzen, nicht wegzudenken. Als Schwarzer, der seine Kreativität zunächst im *Taggen* ausdrückte, erlebte Basquiat Polizeigewalt und New Yorks *Zero Tolerance* hautnah: Ein Freund Basquiats, der beim Sprühen erwischt

Boom for real in der Schirn Kunsthalle in Frankfurt zeichnet das rasante Leben und Wirken Jean-Michel Basquiats nach

wurde, wurde von Polizeibeamten so brutal zusammengeschlagen, dass er im Krankenhaus verstarb. Basquiat verarbeitete seinen Tod in *Defacement/The Death of Michael Stewart*.

In der Ausstellung fehlt das Werk, dafür bekommt die Verbindung zu Andy Warhol ein eigenes Kapitel, den Basquiat früh traf und der ihn sehr inspiriert hat. Im Warhol-Raum ist ein Video zu sehen mit einem gemeinsamen Auftritt. Warhol brachte den ambitionierten Autodidakten nicht nur mit anderen VIPs und Kunsthändlern in Kontakt; in der Szene der Zeit waren Drogen gang und gäbe. Basquiat schmiss als Teenager LSD, rauchte Marihuana, nahm bald Kokain und Heroin. Sein Konsum verschlimmerte sich mit der Depression, in die er fiel, als er vom Tod seines Friends und Mentors 1987 erfuhr. Da war Basquiat selbst schon ein Star und auf dem Höhepunkt seines Schaffens: In einem Video können Zuschauer nachvollziehen, wie der Rastlose arbeitete: Oft lief der Fernseher oder laute Musik und er malte am Boden. Basquiat verschlang Bücher über europäische Maler, besonders die Kubisten Picasso und Braque beeinflussten ihn sehr. Er griff Fernsehserien, Animationsfilme, Songs auf: Auf Bildern verarbeitete er Comic-Figuren wie Felix the Cat oder Roter Blitz. Es ist diese Technik des Sampelns, die seine Arbeit für jüngeres Publikum heute noch reizvoll macht.

Zu den Büchern, die ihn besonders prägten, gehören zwei Werke über afrikanischen Symbolismus, *The symbol source* von Henry Dreyfuss und *Flash of the spirit: African and afro-american art and philosophy* von Robert Farris Thompson; auch die Arbeiten des Leonardo da Vinci hatten es ihm angetan, der schon als Kind mit seiner Mutter europäische Kunst in Museen entdeckte. Seine Suche nach den eigenen Wurzeln, die Frage der Identität



Ausstellungsansicht, Standbild aus dem Film *New York Beat* aka *Downtown 81*



Jean-Michel Basquiat: *Dos Cabezas*, 1982, zeigt ihn mit Andy Warhol (Privatsammlung)

als schwarzer Mann in den USA, die Kolonisierung des schwarzen Körpers und dessen anhaltende Ausbeutung durchziehen sein gesamtes Werk: Angefangen als Straßenkünstler mit teils politischen, teils ironisch gebrochenen Botschaften, später mit anspruchsvollen tiefgründigen, schonungslos entlarvenden Arbeiten zu Kolonialismus, Imperialismus und Rassismus wie beispielsweise *King Zulu* von 1986, wo Basquiat rassistische Stereotypen der Weißen dekonstruiert, oder *Jesse* (1983) über den vierfachen afro-amerikanischen Olympiasieger von 1936, wo er Owens Kultstatus und seine – gescheiterte – Instrumentalisierung für Adolf Hitlers Propaganda thematisiert.

Alle diese Werke tragen Basquiats unverwechselbare Handschrift: Sie sind sperrige, collagenhafte

Farbexplosionen, wirken fast verstümmelt, brutal und hässlich. Darauf sind Schlüsselwörter gekritzelt, die Basquiat durchgestrichen hat, um, wie er selbst sagte, die Aufmerksamkeit des Betrachters erst recht zu fesseln. Basquiat mag kein politischer Aktivist gewesen sein, wie Kuratorin Eleanor Nairne in einem Interview meinte. Doch seine Werke sind ohne das Wissen um die schmerzvolle Geschichte der Schwarzen in den USA und weltweit nicht zu verstehen. Es ist Basquiats Verdienst, wie die schwarze Literaturwissenschaftlerin Bell Hooks 1993 schrieb, diesem Leid als einer der ersten künstlerisch so radikal Ausdruck verliehen zu haben.

Basquiat. Boom for real, Schirn Kunsthalle Frankfurt, bis 27. Mai, Eintritt 12 Euro, Öffnungszeiten Dienstag, Freitag-Sonntag 10 bis 19 Uhr, Mittwoch und Donnerstag 10 bis 22 Uhr; www.schirn.de.

Photographie

Visa par l'image

Marianne Brausch

Les lecteurs du *Lëtzebuurger Land* connaissent bien son travail. Pendant cinq années, jusqu'en 2016, le photographe de presse Patrick Galbats a su résumer en images le contenu des articles de l'hebdomadaire, avec un focus sur les hommes et les femmes photographiés dans des situations qui mettaient comme le point sur le « i » au contenu des articles. Photoreporter également depuis une quinzaine d'années, Patrick Galbats, (né au Luxembourg en 1978, diplômé de l'école Le 75 à Bruxelles), a travaillé pour des ONGs dans des pays qui connaissent des situations politiques et sociales explosives : l'Éthiopie, Haïti ou les Philippines. Il a depuis décidé de se consacrer à un projet personnel et durant quatre années, est parti sillonner la région de la Hongrie d'où était originaire son grand-père Imre Miklos Galbats.

Patrick Galbats n'a pas connu son grand-père. Il avait pour seul viatique le passeport d'Imre Miklos, délivré par l'occupant nazi en 1944. Dans ce document, attestant de son patriotisme nationaliste, le désormais migrant (il sera par la suite apatride, puis Français dans l'Afrique du Nord colonisée et finira sa vie dans le Sud de la France), fuyant l'avancée des troupes soviétiques, avait griffonné sa profession de foi : l'hymne national magyar.

Les voyages en Hongrie allaient conforter Patrick Galbats dans l'idée qu'un mythe fondateur, autour d'un personnage familial pouvait être transposé à une échelle plus large, celle d'un pays : l'environnement géographique dirait quelque chose de l'identité des hommes et vice versa. L'image qui ouvre l'exposition au Centre national de l'audiovisuel à Dudelange rend compte de cela en ce qui concerne la Hongrie d'aujourd'hui. C'est une grande photographie d'un cadrage sur les pieds d'une statue géante, que l'on devine être celle d'un guerrier.

Une identité nationale peut être modelée en bien ou en mal, suivant l'utilisation que font les politiques de son histoire. Patrick Galbats est un photographe au regard affûté. Il sait, pour avoir pu côtoyer les Roms de Roumanie où il se rend régulièrement, que l'Europe du « plus jamais ça » post-Deuxième Guerre mondiale et intégratif des pays de l'ex-bloc soviétique après la chute du Mur de Berlin, n'a pas su empêcher les frustrations des Hongrois, qui s'exprime aujourd'hui sous la forme d'un rejet de l'Europe, nourri du ressentiment envers la politique de Bruxelles vécue comme un dictat et d'une idée de complot : l'Union Européenne et l'Onu mèneraient une politique promigrants pour les substituer aux habitants locaux.

Les migrants de l'ex-Yougoslavie, afghans ou syriens, qui viennent frapper aux portes de l'Europe à la frontière hongroise avec la Serbie sont donc l'ennemi tout désigné. Pourtant, dans l'exposition à Dudelange, on ne voit passer que furtivement un petit groupe d'hommes sur un chemin rural longeant une nationale. Les traces de leur passage sont maigres : un feu éteint au départ d'un chemin qui disparaît au sommet d'une colline, quelques hardes abandonnées au bord d'un étang.

Peut-être quelques-uns sont-ils mêlés aux baigneurs dans un petit lac reconnu par Patrick Galbats comme celui où le jeune Imre Miklos s'est baigné un siècle plus tôt dans ce même paysage. Les paysages que l'on voit dans l'exposition sont de plusieurs types. Il y a les paysages « indifférents », marécages, sous-bois sauvages. On voit aussi un couple qui cultive son jardin (ils doivent avoir l'âge qu'aurait Imre Miklos Galbats aujourd'hui). Il y a des arbres au bord

Partant d'une histoire familiale, le photographe Patrick Galbats nous emmène aux confins de la Hongrie. Là où s'érige une nouvelle frontière, menaçant l'unité européenne et la démocratie

d'un chemin rural : ce sont des paysages « innocents », sourds à l'histoire...

C'est, au bout de ces horizons mélancoliques – dans un jardin fleurissent les dernières fleurs déjà figées par le froid de l'hiver, un champ de maïs est recouvert par la première neige – que se dresse un autre type de paysage. Il a la forme d'une double barrière de barbelés équipée de miradors, caméras thermiques détectrices de présence et autre dispositif anti-intrusion. Nous sommes aux confins Est de l'espace Schengen et c'est la Hongrie de Viktor Orban. L'objet central de cette photo est une stèle commémorant le Traité de Trianon signé en 1918, après le premier conflit mondial, où furent dessinées les frontières de la Hongrie contemporaine.

Pour les visiteurs du CNA, Patrick Galbats, aidé en cela par le journaliste indépendant Joël Le Pavous, (la salle d'exposition Display 1 est aménagée comme la rédaction d'un journal aux bonnes feuilles accrochées au mur, dont on peut emporter la version grand format – un clin d'œil au *Lëtzebuurger Land*), fait le récit de l'histoire de la Hongrie, où la signature du Traité de Trianon, qui l'amputa définitivement des deux tiers le territoire de la Grande Hongrie, constitue le point culminant de pertes successives ou vécues comme telles : conquête par les Ottomans, annexion à l'Autriche-Hongrie des Habsbourg, occupation par les nazis et écrasement de l'insurrection de Budapest par les Soviétiques en 1956.

Un des rares faits d'armes pro-démocratie de la Hongrie moderne, retombée depuis dans les bras du patriotisme nationaliste avec les populistes d'extrême-droite du Jobbik et Victor Orban. Réélu depuis une semaine pour un nouveau mandat de quatre années lui et les partisans du parti Fidesz, savent user des « figures héroïques » de la Grande Hongrie au cours de son histoire : l'aigle Turun (puissant dieu du panthéon païen), le roi Étienne (canonisé pour avoir christianisé les tribus), etc. jusqu'à la Hongrie du général Horthy, partisan de l'Axe durant la Deuxième Guerre mondiale et actif pourvoyeur des fours crématoires avec l'anéantissement des juifs hongrois...

Dans la salle Display 2 (qui ouvre donc sur la statue géante d'un valeureux soldat des Huns), une seule photo montre le drapeau européen comme enroulé par un vent mauvais autour de sa hampe. Les autres symboles et monuments pro-Grande Hongrie font florès : l'aigle Turun bien sûr, un monument aux morts pour la patrie ; les spoutnik et autres avions, symboles déchus de l'ancienne puissance soviétique rouillent ou sont recyclés en d'étranges

figures, qui se mêlent aux enseignes vulgaires de la consommation ouest-européenne.

La population vieillissante fait ses courses dans ce décor de banlieue sans âme qui n'appartient ni au monde d'hier, ni à celui de demain. Les jeunes s'habillent d'uniformes militaires, arborent le

drapeau national et des costumes folkloriques, roulent en voitures arborant des stickers de la Grande Hongrie et posent torse nu pour l'objectif de Patrick Galbats, *Hit me one more time* tatoué sur la peau. La Hongrie d'aujourd'hui est comme ça. On pourra en discuter avec Patrick Galbats, lors du finissage de l'exposition, le

28 avril prochain au CNA, qui présente le livre accompagnant l'exposition à cette occasion.

L'exposition *Hit me one more time* de Patrick Galbats, dure encore jusqu'au 29 avril au CNA, 1b rue du Centenaire à Dudelange ; ouvert du mardi au dimanche de 10 à 22 heures ; pour plus d'informations : www.cna.etat.lu.



Pour Patrick Galbats, l'environnement géographique dirait quelque chose de l'identité des hommes et vice versa (photos extraites de son exposition)



Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Services

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 24.05.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Le Fonds Belval
1, avenue du Rock'n'Roll
L-4361 Esch-sur-Alzette
Tél. : +352 26840 1
Email : soumission@fonds-belval.lu

Section II : Objet du marché

Description succincte du marché :
Soumission relative aux services de modélisation de maquettes digitales pour l'exploitation et la maintenance du lycée Bel-Val à Sanem.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Dossier à télécharger gratuitement sur le Portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
La remise électronique des offres est autorisée pour cette soumission. Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
09.04.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800530 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 24.05.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux de revêtement de sol cuisine à exécuter dans l'intérêt des ateliers de la Ligue HMC à Capellen.

Description succincte du marché :
– travaux de chapes : env. 470 m²
– travaux du revêtement du sol pour cuisine professionnelle, résine synthétique : env. 470 m²
– travaux complémentaires
Durée des travaux :
90 jours ouvrables pour la phase 1
Début prévisionnel des travaux : début du 3^{ème} trimestre 2018

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
La remise électronique est autorisée pour cette soumission.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux de revêtement de sol cuisine dans l'intérêt de la Ligue HMC à Capellen » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
12.04.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800503 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 05.06.2018 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Fonds du Logement
52, boulevard Marcel Cahen
L-1311 Luxembourg

Description :
2404 – Construction de deux résidences Place des Alliés à Differdange – Travaux d'échafaudage

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu)

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l'ouverture.

La version intégrale de l'avis n° 1800559 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Chez le *Verkéiersverband*, les usagers ont leur mot à dire.

Devenez membre bénévole du comité des usagers !

Vous utilisez le réseau des transports en commun luxembourgeois et vous avez un avis sur la qualité de l'offre actuelle ?

Alors posez votre candidature au comité des usagers du *Verkéiersverband*. Vous saisissez ainsi l'occasion d'avoir un impact réel sur l'avenir des transports publics au Luxembourg.

Le comité des usagers est une cellule de travail composée de douze membres issus de la population de la Grande Région de tout âge qui se réunit tous les six mois pour représenter les intérêts des usagers des transports en commun.

Téléchargez le formulaire sur www.mobiliteit.lu et envoyez-le avant le 18 mai 2018 à l'adresse suivante :
Verkéiersverband
B.P. 640
L-2016 Luxembourg.

Les candidatures sont ouvertes aux résidents et aux frontaliers. Les membres du comité seront tirés au sort, tout en tenant compte de certains critères afin qu'ils reflètent l'ensemble des différents usagers des transports en commun.

...

Beim *Verkéiersverband* kommen die Fahrgäste zu Wort.

Werden Sie freiwilliges Mitglied im Fahrgastbeirat!

Benutzen Sie den luxemburgischen öffentlichen Personennahverkehr und haben eine Meinung zur Qualität der aktuellen Angebote?

Dann bewerben Sie sich für den Fahrgastbeirat des *Verkéiersverband*. So ergreifen Sie die Chance, konkreten Einfluss auf die Zukunft des ÖPNV in Luxemburg zu nehmen. Der Fahrgastbeirat ist ein Arbeitskreis von zwölf Mitgliedern aus der Bevölkerung der Großregion jeden Alters, der alle sechs Monate zusammenkommt um die Interessen der Benutzer des ÖPNV zu vertreten.

Laden Sie sich das Bewerbungsformular auf www.mobiliteit.lu herunter und senden Sie es bis zum 18 Mai 2018 an folgende Adresse:
Verkéiersverband
B.P. 640
L-2016 Luxembourg.

Bewerben können sich Anwohner und Grenzgänger. Die Beiratsmitglieder werden ausgelost, wobei bestimmte Kriterien berücksichtigt werden, damit sie alle Arten von Benutzern des öffentlichen Personennahverkehrs widerspiegeln.

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Ponts et Chaussées
Division des travaux neufs

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 09.05.2018 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Division des travaux neufs (DTN)
21, rue du Chemin de Fer
à L-8057 Bertrange
dans le bâtiment H1, 2^{ème} étage

Intitulé :
Aéroport de Luxembourg Findel – travaux d'entretien et investissements des infrastructures Lot N° 72 : Travaux d'entretien d'urgence Voiries, Parkings et réseaux divers.

Description :
Travaux d'entretien d'urgence du type génie civil / VRD, sur le site de l'aéroport. Les travaux ne sont pas prédéfinis

précisément et seront définis ultérieurement en fonction des besoins et urgences d'interventions qui surviendront afin de maintenir l'exploitation et le fonctionnement de l'aéroport. Les travaux ne seront pas à effectuer « en continu », mais par interventions « ponctuelles » suivant les besoins et urgences. Ils sont à réaliser dans l'enceinte sécurisée de l'aéroport, avec contraintes spécifiques de « sécurité » d'accès et de contrôles que cela implique. Une partie des travaux sera à réaliser la nuit, dans le créneau de fermeture de piste, y compris les W-E. Les travaux d'urgence impliquent une mobilisation rapide du personnel et du matériel pour intervenir sur le site de l'aéroport.
– Evacuation déblais en excès : 15 000 m³
– Canalisations béton diam. divers 300 à 1 200 mm. : 360 ml
– Caniveaux béton polymère : 110 ml
– Gainages divers diam 75, 110, 125 mm : 7 700 ml
– Concassé 0/45 Type 1 et 2 : 29 000 to
– Sable de roche : 430 to
– Enrobés bitumineux EB 16 L : 400 to
– Enrobés bitumineux EB 11 R2 : 400 to
– Bordures divers : 610 ml
– Clôtures type aéroport : 150 ml
– Béton de qualité : 530 m³
– Armatures acier : 40 000 kg
Durée des travaux :
3 années calendaires

Conditions de participation :
Une référence d'un chantier où l'entreprise a réalisé des travaux sur un site aéroportuaire international dans l'enceinte sécurisée clôturée (Côté « air side ») au cours des 5 dernières années.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être téléchargés à partir du portail des marchés publics (www.pmp.lu) ou bien être retirés auprès de
l'Administration des Ponts et Chaussées
Division des Travaux neufs
21, rue du Chemin de Fer
à L-8057 Bertrange
dans le bâtiment H1 2^{ème} étage,
à partir du 16.04.2018 les jours ouvrables de 09.00 à 11.30 heures après commande 2 jours à l'avance et par courriel à l'adresse dtm@pch.etat.lu. Les pièces de soumission ne peuvent être délivrées que jusqu'au 02.05.2018 jusqu'à 11.30 heures

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour l'Aéroport de Luxembourg Findel – Travaux d'entretien et investissements infrastructures Lot 72 : Travaux d'entretien d'urgence Voiries, parkings et réseaux divers » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixée pour l'ouverture.

Informations complémentaires :
Date de publication de l'avis 1800522 sur www.marches-publics.lu :
12.04.2018

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : ouverte
Type de marché : Fournitures

Ouverture le 07.05.2018 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Administration des bâtiments publics
10, rue du Saint-Esprit
L-1475 Luxembourg

Intitulé :
Fourniture et pose d'équipements de multimédia dans l'intérêt de la Bibliothèque nationale à Luxembourg-Kirchberg.

Description :
– environ 4 écrans LCD 75", 2 écrans LCD 55" et 4 écrans LCD 32"

– 1 écran tactile interactif 84", 2 écrans tactiles 75" et 7 écrans tactiles 55"
– 2 tableaux blancs interactifs
– 2 projecteurs à focale ultra-courte
– 8 commutateurs HDMI y compris câblage
– 2 installations de sonorisation
Les travaux sont adjugés en bloc à prix unitaires.
La durée prévisible du marché est de 90 jours ouvrables par intermittence à débiter au courant du 3^e trimestre 2018.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée pour cette soumission.

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour la fourniture et pose d'équipements de multimédia dans l'intérêt de la Bibliothèque nationale » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date de publication de l'avis 1800564 sur www.marches-publics.lu :
12.04.2018

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 01.06.2018 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Fonds du Logement
52, boulevard Marcel Cahen
L-1311 Luxembourg

Description :
2404 – Construction de deux résidences Place des Alliés à Differdange – Travaux de menuiseries extérieures.

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l'ouverture.

La version intégrale de l'avis n° 1800549 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Ministère du Développement durable et des Infrastructures
Administration des Bâtiments publics

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Modalités d'ouverture des offres :
Date : 25.05.2018
Heure : 10.00 heures

Lieu :
Administration des bâtiments publics,
10, rue du Saint-Esprit,
L-1475 Luxembourg

Section II : Objet du marché

Intitulé attribué au marché :
Travaux d'installations techniques dans l'intérêt de la décontamination et mise en sécurité feu du Lycée Michel Lucius à L-2311 Luxembourg.

Description succincte du marché :
Chauffage, sanitaire, isolation et coupe-feu :

– ca. 60 radiateurs (démontage, remontage)
– ca. 200 m tuyaux d'évacuation
– ca. 200 m tuyaux eau froide
– ca. 1 000 m d'isolation DN 15-50
– ca. 235 pcs fermetures coupe-feu
Electricité :
– ca. 36 tableaux secondaires, 30 km de câblage, 1 250 prises et interrupteurs
– 1 batterie centrale avec 177 luminaires de secours et 426 luminaires normales
– 1 réseau informatique avec 170 prises ainsi qu'une détection intrusion
Les travaux sont adjugés par entreprise générale partielle.
La durée des travaux est de 150 jours ouvrables à débiter fin 2018.

Section IV : Procédure

Conditions d'obtention du cahier des charges :
Les documents de soumission peuvent être retirés via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).
Il ne sera procédé à aucun envoi de bordereau.
La remise électronique est autorisée.

Section VI : Renseignements complémentaires

Autres informations :
Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour les travaux d'installations techniques dans l'intérêt du Lycée Michel Lucius » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant les date et heure fixées pour l'ouverture.

Date d'envoi de l'avis au Journal officiel de l'U.E. :
12.04.2018

La version intégrale de l'avis n° 1800558 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Fonds du Logement

Avis de marché

Procédure : européenne ouverte
Type de marché : Travaux

Ouverture le 06.06.2018 à 10.00 heures

Lieu d'ouverture :
Fonds du Logement
52, boulevard Marcel Cahen
L-1311 Luxembourg

Description :
2404 – Construction de deux résidences Place des Alliés à Differdange – Travaux de couverture

Conditions d'obtention du dossier de soumission :
Le cahier spécial des charges peut être retiré via le portail des marchés publics (www.pmp.lu).

Réception des offres :
Les offres portant l'inscription « Soumission pour... » sont à remettre à l'adresse prévue pour l'ouverture de la soumission conformément à la législation et à la réglementation sur les marchés publics avant la date et heure fixées pour l'ouverture.

La version intégrale de l'avis n° 1800571 peut être consultée sur www.marches-publics.lu

Zeitgenössischer Tanz

No Man’s Land



Eine nüchterne, ausdrucksstarke Performance

Anina Valle Thiele

Würde die Zusammenarbeit transversal zwischen den Kulturinstituten in Luxemburg überall so ablaufen wie im Fall von Anne Teresa De Keersmaecker/Rosas, dann herrschten hier wohl paradiesische Zustände: keine Schlammschlacht(en) zwischen Politik und Institutionen, stattdessen einträchtige Zusammenarbeit zwischen den Kulturhäusern über die Symbiose von Tanz und klassischer Musik. Märchenhaft!

Und einmal scheint dieses Konzept tatsächlich aufzugehen. Unter dem Logo *The red bridge project* haben sich drei der großen Kulturinstitute (Philharmonie, Mudam und Grand Théâtre) zusammengeschlossen und eine Kooperation mit der renommierten Choreografin ausgetüftelt. – Wenngleich diese freilich nicht aus dem Nichts entstanden ist, sondern auf einer langjährigen Zusammenarbeit beruht: Seit 2004 performt Anne Teresas De Keersmaecker in Luxemburg. Seit 1980 ist Musik ihr „erster Partner“, sagt die Choreografin und Tänzerin in Interviews mit Verweis auf musikalische Schlüsselwerke der musikalischen Moderne wie *Le sacre du printemps*.

Die teils experimentelle Verbindung von Tanz und klassischer Musik ist für die belgische Choreografin stilprägend und scheint – trotz oder gar wegen des abstrakten Charakters ihrer Choreografien – ihr Erfolgsrezept zu sein. Gleich fünf Produktionen präsentiert De Keersmaecker während der gesamten Spielzeit in Luxemburg: Im September 2017 tanzte sie erstmals im Rahmen dieses Zyklus mit *Violin Phase* (ihr allererstes Stück, 1982) zur



Musik von Steve Reich. Anfang März war ihre Choreografie *Verklärte Nacht*, beruhend auf der spätromantischen Musik für Streicher von Arnold Schönberg, in der Philharmonie zu sehen; ihre choreografische Ausstellung *Work/Travail/Arbeid* (2015) wird nächstes Wochenende im Mudam gezeigt, und nun also *Achterland* im Grand Théâtre. Den Abschluss bildet ihr Stück mit dem weltberühmten Cellisten Jean-Guihen Queyras *Mitten wir im Leben sind/Bachcellosuiten 2017* Anfang Mai im Grand Théâtre.

Die 1990 entstandene Choreografie *Achterland* markiert insofern einen Meilenstein im Werdegang der Tänzerin, als sie darin klassische Musik, Musiker, Tänzerinnen und erstmals auch Tänzer zusammenbringt. Die Performance kreist um das Spiel mit Geschlechterrollen, löst Grenzen auf und beeindruckt in jeder Hinsicht. Das Bühnenbild ist geometrisch abgestimmt: Auf der Bühne ein Violinist (Naaman Sluchin), der Eugène Ysaÿes *Sonatas* spielt, am Flügel im Hintergrund der Bühne ein Pianist (Joonas Ahonen), der György Ligeti (ein musikalisches *Statement* an sich) interpretiert, und dazwischen die TänzerInnen, die in ihren Bewegungen auf die Klänge zu reagieren scheinen, um irgendwann vereinzelt daraus auszubrechen. Das Bühnenbild herrlich retro: eine Reihe von 90er-Jahre-Bürostühlen, die die TänzerInnen eigenhändig auf die Bühne tragen. Wenn die Frauen, zunächst in grauen Business-Kostümen, ihre *High Heels* abwerfen, sie am Bühnenrand drapieren und auf Paletten mechanisch Bewegungen verrichten, und wenn die Männer sich wild gestikulierend darunter mischen, werden Rollenklischees bemüht,



Anne Teresa De Keersmaeckers *Achterland* kreist um das Spiel mit Geschlechterrollen, löst Grenzen auf und beeindruckt in jeder Hinsicht

die De Keersmaecker süffisant aufbricht, etwa indem sie einen Tänzer mit nackten Beinen in viel zu großen Schnürschuhen ungelenk weibliche Formen nachahmen lässt: eine Szene, die an Chaplin erinnert. Mit hochgezogenen Augenbrauen und prüfend-ironischem Blick werden Tänzerinnen und Musiker der bizarren Darbietung folgen, wird das Publikum glucksen und kichern. – Obligatorisch eingebaute komödiantische Elemente oder nur der Gipfel einer tänzerischen Selbstbefragung? De Keersmaeckers *Achterland* lässt in der Bandbreite der tänzerischen Ausdrucksformen den Interpretationsspielraum offen: Eine nüchterne, ausdrucksstarke Performance, die sowohl durch das abgeklärte Spiel mit Geschlechterrollen rund um (vermeintliche) Weiblichkeit und tänzerische Präzision beeindruckt, als auch musikalisch mitreißt.

Exposition

Gestes matiéristes

Lucien Kayser

C’était la décennie décisive, celle où les choses ont basculé. Et c’est la biennale de Venise qui en a été révélatrice. En 1960, le grand prix de la peinture allait à Fautrier et à Hartung, deux ans plus tard, à Manessier ; et puis ce fut la surprise, en 1964, avec Rauschenberg, New York supplantait Paris. Au grand désespoir du poète Alain Bosquet, y voyant la négation de tout langage pictural, du bon goût, de l’ordre, et bien plus, de ce que l’Europe a de plus pur et de plus sacré. Plus mesurément, dans une lettre à Leo Castelli, Pierre Restany constatait de même l’échec infligé à la peinture-peinture, avait quand même la lucidité de reconnaître dans les *combine paintings* l’existence d’un troisième.

Rapide regard en arrière dans l’histoire de l’art avant d’aller visiter la rétrospective de Jean Fautrier justement, l’un des derniers récipiendaires du vieux monde, au Musée d’art moderne de la Ville de Paris. Alors qu’on a appris à connaître et à aimer cet artiste au contact des écrivains, Malraux et Paulhan en tête, des poètes comme Francis Ponge. Et dans l’École de Paris, en faisait-il d’ailleurs vraiment partie, il tranchait, par ce qui donne son titre à l’exposition parisienne, matière et lumière, et il y avait en plus, là encore il était seul, l’implication de l’actualité, de l’Histoire, des Otages, visages de prisonniers de la Gestapo pendant la guerre, aux Partisans, au moment des événements hongrois, du soulèvement de 1956.

Cela dit, Jean Fautrier avait eu du mal à s’imposer. Même à vivre seulement de son art, et entre les deux guerres, il s’était fait moniteur de ski et gérant de

Du moins le premier Fautrier est à découvrir, à la rétrospective du Musée d’art moderne de la Ville de Paris



Dialogue, dans la rétrospective Jean Fautrier

boîte de nuit, avant de revenir à Paris en 1940. Et de trouver dans l’art informel une place, avec sa manière propre, sa technique, qui le distingue définitivement : les gestes matiéristes, dans la couche de plâtre posée sur le support, avec les aspérités qui invitent au toucher dans les peintures, leur attrait rude plus accentué dans la sculpture. De la beauté, certes, mais comme si elle avait eu du mal à se sortir d’une sorte de magma. L’informel, dès lors, c’est ce qui va parler à nos sens hors de l’apeiron, inaccessible, lui, à la sensibilité.

Ce Fautrier-là, de la geste (le singulier et le féminin prennent la relève) des *Otages*, des *Partisans*, touche, interpelle, malgré les réticences qu’on peut avoir, à la suite de Malraux, devant les tonalités, vertes, roses, violettes, bleues, « presque tendres » ; même s’il remue moins que les témoignages de Music sur les camps. On y accède dans la deuxième partie de l’exposition, après un passage en Enfer, celui de Dante, une série de lithographies que Fautrier avait faites sur proposition de Malraux, pour les éditions Gallimard. Le livre n’a pas été édité, il paraît que les

illustrations étaient jugées trop abstraites, la nature et les figures trop schématiques.

Avant, il est la première moitié de la rétrospective, un Fautrier qu’on connaît moins, plus rare, plus sombre, où il est question carrément de période noire. Sombre aussi quant aux thèmes, avec telles habitantes du Tyrol par exemple. Mais même là, une lumière, quelque lueur au moins, est présente ; plus encore dans l’intensité des paysages de glaciers. Fautrier a eu beau faire, en 1928, un séjour sur l’île de Port-Cros ; le ciel et la mer, le bleu de la Méditerranée, n’inonderont pas sa peinture. Dans les dessins (qu’il fera pour des ouvrages de Georges Bataille), dans les peintures comme dans les sculptures, les corps se lovent dans la matière, voluptueusement ; et là où il est des blessures, la douleur ne va pas non plus jusqu’au cri.

L’exposition *Jean Fautrier : Matière et lumière dure* encore jusqu’au 20 mai au Musée d’art moderne de la Ville de Paris ; www.mam.paris.fr/fr/expositions/exposition-jean-fautrier

Cinéma

Coccinelle, envole-toi...

L’adolescence est un pays pas si lointain d’où l’on revient après quelques années passées en captivité. Christine (Saoirse Ronan) est au bord du cadre. En ce début de 2002, rebaptisée *Lady Bird* par ses soins pour se démarquer de sa famille comme de son lycée catholique, la jeune femme papillonne en attendant mieux, un rêve qui a pris la forme d’une école d’art de la côte Est, d’une vie pleine d’excitations. Parce qu’ici, à Sacramento, tout est moyen. La maison, le père (Tracy Letts) au chômage, le frère (Jordan Rodrigues) revenu de la fac pour finalement travailler à la supérette, la mère (Laurie Metcalf) désenchantée et aigrie. Les rêves sont retombés, plombés. Il y a eu le 11 septembre, il y a eu l’invasion de l’Irak, tout est gris, lourd et vicié et les meilleures ambitions sont les plus modestes. Lady Bird résiste, participe à la comédie musicale de son lycée, tombe sous le charme d’un garçon qui préfère les garçons, d’un autre qui s’envisage poète et qui cultive la nonchalance jusqu’au cynisme. Elle louvoie, elle travaille, elle envisage, elle imite, elle parle, beaucoup.

Première réalisation en solitaire de l’actrice Greta Gerwig, *Lady Bird* vient compléter la (déjà longue) liste des jolis films indépendants américains traitant de ces jours charnières entre l’adolescence et l’âge adulte, ce genre qu’on appelle encore *coming-of-age*. Greta Gerwig replonge dans ses propres souvenirs, enveloppe, enjolie, donne davantage de charisme à son personnage pour en faire une héroïne forçant son destin par simple désir de voir de l’autre côté. Le style est naturaliste, mais s’autorise des détours poétiques, le verbe est haut et souvent drôle, les sentiments, toujours forts, servis par des acteurs parfaitement dirigés et toujours justes. Certaines scènes, comme attrapées au vol entre deux explosions de légèreté, rappellent la croisée de *Lady Bird* : partir pour mieux aimer, pour supporter une mère sans tact, qui aime avec deux mains gauches. Ces moments-là sont finalement le reflet d’un certain gâchis : au lieu de creuser, la scénariste-réalisatrice préfère illustrer, réduisant sa mise en scène à l’effet de saynètes bien senties. La dramaturgie pâtit de ce manque d’investissement et déroule sa trame sans surprise, jusqu’à la libération, où il n’est pas tant question d’espace physique que de rapprochement maternel évidemment.

Lady Bird de Greta Gerwig – le personnage comme le film –, préfère la posture à la prise de position

En fuyant la gravité, Greta Gerwig retrouve ses rôles de gentille fille un peu fofolle (Frances Ha, dans le film éponyme, ou encore Florence dans *Greenberg*, deux films de son compagnon Noah Baumbach). Tout à fait attachante mais inoffensive. En cela, *Lady Bird*, le personnage comme le film, préfère la posture à la prise de position et malgré les bons sentiments enveloppés sous une dynamique couche d’excentricité, le propos reste trop superficiel pour dépasser le stade du *feel good movie*. Marylène Andrin-Grotz

STIL

Behind the grand drapes of the Luxembourgish village

Jeffrey Palms

There are no villages in the United States. There are many species of town, like boomtowns, ghost towns, and college towns—the town family extends to New England enclaves and cowboy outposts, Californian pueblos and bayou parish-seats, Mid-western lakesiders and Catskill sleepers. But none of these is a village. A village is something so old that it grows from the land, with a mossy church and a hive memory far deeper than the sum of its inhabitants' minds, and no settlement in North America

properly qualifies. If you meet an American, don't ask him what village he comes from—the idea will unnerve him, as if he hasn't been born yet. Don't speak to her either of a "new" village, for she may doubt her understanding of new and old altogether, and conclude that all time and life is meaningless.

No: the village is medieval. The village is a stage. I grew up outside a rusty, dragonish town in the Great Lakes Basin, in a suburbia of leafy culs-de-sac and

PTA meetings and street hockey. Us, its inhabitants, I'd describe as enterprising and changeable. You could nick a new style off TV and define yourself by it as much as you could own your career or your heritage as "style" of another kind. People respected all that. If you were unhappy with your life, you were expected to rove forth to try another town. This inherently makes the town not a stage, for stage is unverse: it's closed and complete, its stories begin and end upon it and exist nowhere else.



Once, on a family holiday to England to visit my sister during her teaching fellowship at some horrible little school there, my mother dragged us into the Cotswolds. There was no fathoming such a place, for "Cotswold" was, to me, just another morsel of British nattering nonsense, verbiage as dewy and foreign as the foliage. My brother and I strongly protested on the grounds that we had Pokémon to catch on our Gameboys, an argument that intensified into hot, bald recalcitrance when we saw where my father had parked the car: on a grassy verge that bordered on farmland and brackens and gorse... and nothing else! Brightly and blithely my mother hopped out and bid us follow her, to conquer the bundle of thatched houses and tithe barns up the road. This she proposed to do only by walking, which would have amused me had I not been so ludicrously inconvenienced by having to join her. But I have since realised that my mother was searching for the village, elusive progenitor of the town, strange mole on the Old World's thigh, lost stage. In America, the next oldest thing beyond a colonial town is a copse of oak trees or a field of twinberry flowers—so, perspective-wise, we lack the depth perception to separate the village from nature itself. Did my mother find it, in its murky, histrionic sense, that day? If so, only for one hot afternoon, surrounded by her whining family.

But she kept insisting that a *Duerf* is a village and a village a *Duerf*, so I knew I had to reconcile this with my fogbound and fantastic expectations, which, I began to realise, had been formed largely by Hobbiton and Hogsmeade. But how?

After reading up a little on medieval villages, I now reckon that we New Worlders are still getting meat off the bones of an outmoded concept of the village that we brought over with us but have added no new empirical evidence to. We forged our towns instead, relegating the village to static cobwebs of memories, then legends, then fables. But in parallel, the village was always changing. Villagers don't fear the evil magic of indoor spaces anymore, or drive pikes into the doorways of neighbours they've agreed to banish. A paper on Elizabethan country settlements showed that their bylaws mostly addressed things like annual ploughland redistribution, votership on communal holding issues, or fines for anyone doing work on an outside farmstead. Villages were disparate microsocieties occupied with securing the fruits of their own land, curtained to the outside.

In these times of post offices and railroads and widespread literacy and fiberoptic cables, such isolation is obviously only for mad people—some of whom, actually, might more likely reside in the fringe towns of the Montana foothills at this point. But, in the tradition of outsider vulgarisation, I can perhaps make some observations on today's Luxembourgish village, like an intimacy with subtle seasonal Zeitgebers few townies would notice: the greylag geese migrating overhead; the arrival of the snails; spring-time's kid goats; toad mating rituals. Or sprigs of dialect, (actually my fiancée's observation), lingual mutations persisting only in one woodsy scratch of the Éisleck for instance—the North American town shuffles populations too rapidly to really develop such sprigs. And there is even a hive memory, too, if you consider an old antagonist, the wolf: offstage for 124 years, he turned up recently, and people spoke not of his arrival but his return. This is perhaps the most villatic cue of all, a medieval beast nipping through the tofts, as uncaring about Norwegian sofas and Netflix as he ever was, all saliva and instinct and songs for his lunar muse.



L'événement

La nouvelle s'est répandue comme un feu de paille il y a quelques semaines à peine : Thomas Murer, ex demi-finaliste de *Top Chef* 2016 et aux commandes du restaurant Aal Schoul à Hobscheid, vient de quitter celui-ci pour ouvrir très bientôt, avec son épouse, son propre local à Steinfort (photo : vidéo de Thomas Murer). Qui est en passe de devenir, avec l'Apdikt et La table de Frank, une des villes-phares de la gastronomie grand-ducale (à l'Apdikt, on nous annonce une période de réservation allant jusqu'à dix semaines). En attendant, et pour garder la forme, Thomas fait des apparitions chez des collègues. Ainsi va-t-il épauler ces mercredi 18 et jeudi 19 avril Guillaume Lempens, le Chef de l'excellent La Cantine du Châtelet (2, bd de la Pétrusse), pour un **dîner à quatre mains**. Et il faut avouer que le menu à 60 euros fait saliver : amuses-bouches, ravioles de tourteaux et mangues avec langoustines justes saisies, ballotine de sole et crémeux petits pois, *pluma ibérico* et tortillas de patates parfumées truffe/asperge/ail des ours, plateau de fromages affinés, betterave-chocolat-glacé au wasabi, nage de rhubarbe. Qui n'a pas l'eau à la bouche après lecture de ces fins délices ? Il est chaudement conseillé de se précipiter pour les dernières tables pour le 18 avril. (Tél. 40 21 01 ou contact@chatelet.lu). GD

L'objet

Après des débuts balbutiants en matière de prêt-à porter et l'abandon de sa boutique au centre Louvigny, la dynamique Jael Redinha (nom de marque : Jael Curiel), semble s'être très bien recyclée dans la création d'accessoires. Outre des porte-cartes, portefeuilles et porte-clés, ce sont surtout ses **sacs-à-main** qui séduisent, dont les modèles sont travaillés dans de très beaux cuirs aux couleurs parfois lumineuses, avec des finitions bien pensées et qui donnent une touche d'élégance supplémentaire à ce qui sinon s'apparente aux classiques Longchamp-Hermès-Vuitton (photo : GD). Les prix restent abordables, les soldes sur le site www.jaelcuriel.com peuvent s'avérer intéressantes. Mais la créativité de la jeune designeuse ne s'arrête pas là. Dernièrement, elle s'est mise à personnaliser des *sneakers*. Que ce soit uniquement sur base de nuages de couleurs mixés selon vos coloris préférés ou carrément avec des motifs anecdotiques, vous amenez une idée, la créatrice met en images. La fête nationale approchant, le « Roude Léiw » fera très bien l'affaire. Ceci dit, votre amour pour la patrie aura un prix : la personnalisation des baskets vous coûtera 150 euros. Et si ce genre de personnalisation vous plaît, Jael sera prête à illustrer aussi votre sac ou votre porte-monnaie. GD

L'endroit

Il fait partie de ces endroits frappés par le frein du destin. Cela fait plusieurs étés que le parc de Merl était privé de son joli pavillon, devenu la victime d'une restauration en « slow motion » avant de subir d'autres inconvénients, comme le décès inopiné du jeune reprenneur. Il y a quinze jours, la **Terrasse du pavillon** a rouvert ses portes, avec un intérieur plus vaste et mieux acheminé, et sa légendaire ouverture sur un mignon petit lac qui offre la possibilité de se laisser aller à oublier les chantiers de la ville le temps d'une parenthèse zen. Ils ont d'ailleurs bien fait, les collaborateurs de l'équipe du Snooze (rue Philippe II et Esch-Belval) d'opter pour une ouverture en sourdine, avec une première semaine sans volet gastronomique. Car à peine le soleil s'était-il pointé le week-end passé que la foule a inondé le lieu, embouteillage de poussettes et aboiements de chiens excités compris (photo : GD). La jeune équipe a à peine eu le temps de se roder, mais le service est resté souriant. Au niveau gastronomique, le hamburger domine en plusieurs versions comme au Snooze. Salades, *Kniddelen*, cordon bleu et autres plats sans surprise sont à la carte. La tarte flambée est un peu sèche, mais la qualité plutôt acceptable et au-delà de celle qu'on a connu sous régie du groupe Goeres. Un guichet de vente sur le côté droit permet aux visiteurs du parc de se rassasier en glaces et gâteaux sans prendre place au pavillon. GD



In the modern *Duerf* people drive hybrid cars and watch Netflix sitting on Scandinavian couches

Entre chien et loup

On appelle « entre chien et loup » le moment qui précède le crépuscule, l'heure de tous les dangers quand les contours des choses s'effacent et qu'on voit les loups garous sortir de leurs repaires et les feux follets s'allumer dans les sous-bois.

Dans son livre porté par un souffle narratif exceptionnel, l'historien Henri Wehenkel dresse le portrait de seize Luxembourgeois pris dans l'engrenage de la Collaboration –

grands bourgeois, ouvriers montés en grade, journalistes *völkisch*, cadres techniques ambitieux, artistes conformistes... L'auteur pénètre jusqu'aux niveaux des enjeux, des lieux de décision, des endroits où les chemins se séparent et où il faut choisir. Le livre donne à sentir ces choix dans toute leur urgence sans pour autant faire de jugement de valeur. Il s'agit, selon l'auteur, d'« éclairer les recoins obscurs de la société luxembourgeoise ».

Le livre de 304 pages richement illustré et qui se base sur une série d'articles du *Lëtzeburger Land*, est disponible en librairie au prix de 29 euros ou peut être commandé en ligne sur www.land.lu, par téléphone 48 57 57-32, courriel land@land.lu ou fax 49 63 09.

